



5. Heft | 5. März 1908

## CONRAD SCHMIDT · ZUR ERINNERUNG AN KARL MARX

**S**EIT Marx am 14. März 1883 die Augen schloss, sind 25 Jahre einer reichen sozialen und ökonomischen Entwicklung ins Land gegangen: manches ist anders gekommen als er sich dachte, manches auch im innern Gefüge seiner Theorie ist durch weitere Erfahrung, manches durch kritische Untersuchungen erschüttert. Seine geschichtliche Grösse, die unvergleichliche Bedeutung, die ihm in der modernen Arbeiterbewegung wie als Erschliesser neuer Horizonte für die gesamte geistige Bewegung zukommt, wird dadurch nicht beeinträchtigt. Dass Systeme nicht für die Ewigkeit gebaut sind, dass es sozusagen zu ihrer Natur gehört mit neuen Einsichten auch neue Widersprüche zu bieten, die dann als Stachel und Antrieb zu immer weiteren Änderungsversuchen drängen: davon konnte niemand gründlicher durchdrungen sein als Marx und Engels, die ja in jeder Hinsicht den Standpunkt historischer Relativität hervorkehren. Nicht darin, dass ein gegliederter Gedankenbau reine und definitive Wahrheit enthält — wo gäbe es dergleichen ausserhalb des Gebietes der exakten Wissenschaften? —, sondern darin, dass er in der Entwicklung des menschlichen Erkennens einen Gipfel darstellt, an dem das Denken fürder nicht mehr vorbei kann, gründet sich sein Wert und seine Wirksamkeit. Wie niemand, der in die Probleme der menschlichen Erkenntnistätigkeit irgend tiefer eindringen will, an der Kantischen Vernunftkritik vorbeikommt, ja wie jeder Versuch eines Fortschrittes hier zugleich auch die Form einer Kritik jener Vernunftkritik annehmen muss, sich nur durch eine solche Auseinandersetzung legitimieren kann, ganz analog ist die Bedeutung des Marxschen Lebenswerkes auf dem Gebiete der sozialen Wissenschaften. Seine Geschichtsphilosophie, seine Auffassung von Wesen und Ziel der Arbeiterbewegung in der modernen Gesellschaft, seine Analyse der kapitalistischen Volkswirtschaft: dieser grossartige in einander greifende Ideenkomplex hat in dem sozialen Denken ebenso Epoche gemacht wie die Arbeiterbewegung in dem realen gesellschaftlichen Leben selbst.

Die politisch revolutionäre Leidenschaft verbindet sich bei Marx mit einem leidenschaftlichen Machtstreben der Intelligenz die verstreuten Erscheinungen in ihrem Zusammenhang zu erfassen, ihr Neben- und Nacheinander durch Aufdeckung verborgen waltender Gesetzmässigkeit dem Einheit suchenden Ver-

stande durchsichtig zu machen, das Reich begreifender Erkenntnis auszuweiten. So scharf er die eng gezogenen Schranken sah, die der Umsetzung jeder nicht zugleich von starken sozialen Interessen getragenen Erkenntnis in die Praxis des gesellschaftlichen Lebens gesetzt sind, so beissend er daher die Ideologen mit ihren abseits von der Wirklichkeit ersonnenen Verbesserungsplänen verspottete, so sehr war er zugleich auch überzeugt von der Kraft des Denkens durch die Erscheinungen zum *Wesen* vorzudringen und von der Wirksamkeit, die es im Rahmen und in Anerkennung jener Schranken auch für die Praxis erhalten kann. In seinem geistigen Entwicklungsgange bildet — er selbst hat wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen — sein Studium der deutschen idealistischen, insonderheit der Hegelschen Philosophie eine Etappe von entscheidender Wichtigkeit. Wie phantastisch immer die metaphysischen Voraussetzungen des Fichte-Hegelschen Philosophierens waren, die universalistische Tendenz dieser Systeme, die Perspektiven, die die auf den Gedanken einer immanent notwendigen Entwicklung basierte Hegelsche Geschichts- und Geistesphilosophie eröffnete, die *dialektische Methode* Hegels, in der neben metaphysischen Vorurteilen und unfruchtbarem Schematismus auch eine wunderbare Spürkraft der begrifflichen Zergliederung zu tage tritt, mussten in einem Geiste wie dem Marxschen eine Saat fruchtbarster Anregungen hinterlassen, die Energie und die Geschmeidigkeit des Denkens in ihm mächtig steigern.

Die Herausbildung seines eigenen Standpunktes vollzieht sich bei ihm Hand in Hand mit der Kritik der überkommenen Philosophie. Er verwirft die Hegelschen Lösungen, aber die Art, wie er nun sich selbst die Probleme stellt und durch begriffliche Verarbeitung des geschichtlich Stofflichen die Linien der Entwicklung aufzudecken sucht, zeigt, wie seine an Hegel geübte Kritik ihn gefördert, ihm Winke für die eigene Forschung gegeben hat. Ohne das Rüstzeug einer solchen Schulung, ohne das Orientierungsmittel einer solchen Kritik ist es schwer vorstellbar, dass er die Gedankenmassen, die ihm durch die Klassenkämpfe Frankreichs und Englands, die Geschichtschreiber der grossen französischen Revolution, die klassischen Vertreter der bürgerlichen Nationalökonomie, die utopistischen Sozialisten zugetragen wurden, zu einem so einheitlich geschlossenen Ganzen hätte ausgestalten können. Marx mag sich täuschen, wenn er Hegels dialektische Methode, nach Abzug der darin enthaltenen Metaphysik, im Nachwort zum ersten Band des *Kapitals* als wesentlich identisch mit seiner eigenen Methode darstellt. Wertvolle Anstösse hat sein nach einheitlicher Zusammenfassung und genetischer Erklärung des sozialen Lebensprozesses strebendes und insofern selbst philosophisches Denken gewiss von jener *Dialektik* erhalten.

Der Durchbruch des jungen Marx zu einer streng naturalistischen, alle metaphysische Dogmatik — freilich auch die Probleme der Kantischen Erkenntnistheorie — prinzipiell ablehnenden Welt- und Lebensanschauung ist durch die Feuerbachsche Religionskritik, die die Religion als blosse Widerspiegelung des noch nicht zu klarem Selbstbewusstsein vorgedrungenen *menschlichen Wesens* darstellt, aufs wirksamste gefördert worden. Die in Ruges *Deutsch-französischen Jahrbüchern* veröffentlichten Marxschen Aufsätze, in denen der durch preussische Zensurschikanen aus der *Rheinischen Zeitung* herausgedrängte Feuerkopf die kritische Auseinandersetzung mit dem philosophischen

Lehrmeister seiner Jugend eröffnete, zeigen, welche Bedeutung als Reizmittel zur *Selbstverständigung* die Grundideen des Feuerbachschen *Humanismus* für ihn erhielten. Die damals in Paris begonnene kritische Revision der Hegelschen Rechtsphilosophie, von der in Ruges Zeitschrift die Einleitung erschien, mündete — so hat Marx etwa anderthalb Jahre später in der berühmten Einleitung zu seiner *Kritik der politischen Ökonomie* erklärt — in dem Ergebnis, »dass Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten *allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes*, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel . . . unter dem Namen *bürgerliche Gesellschaft* zusammenfasst, dass aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen« sei. Ein Ergebnis, das ihm auch den entscheidenden Gesichtspunkt an die Hand gab, der ihn fortan bei der Erforschung der politischen Ökonomie, seiner theoretischen Lebensaufgabe, leitete. In lapidaren Sätzen, deren jeder ganze Kolonnen von Gedanken zusammenpresst, hat er an dieser Stelle das allgemeine Resultat, zu dem ihn seine Untersuchung weiterführte, formuliert. Eine Welt von neuen Fernsichten eröffnet sich, und eine Welt von Fragen. Die Zusammendrängung jener *Resultate* auf zwei knappe Seiten war schwerlich anders als durch eine Ausdrucksweise möglich, die die ungeheure Kompliziertheit der geschichtlichen Zusammenhänge in stark abkürzender Vereinfachung skizziert. Und diese Art der Darstellung bot selbstverständlich offene Angriffsflächen. Riss man die hier gegebene Formulierung der *materialistischen Geschichtsauffassung* aus dem Ganzen des Marxschen Lebenswerkes heraus statt sie im Zusammenhang damit einschränkend zu erläutern, so konnte es an Einwänden nicht fehlen. Hiess es nicht in der Formulierung: »Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozess überhaupt«, während doch offenbar alle diese Sphären in dem Verhältnis wechselweiser Bedingtheit, stehen? War da nicht die Rede von der »ökonomischen Struktur der Gesellschaft« als der »realen Basis«, auf der sich »ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen«, während die Existenz jeder entwickelteren ökonomischen Struktur doch ebenso wieder die Geltung bestimmter staatlich garantierter Rechtsregeln als bedingendes Moment erheischt? Haben Bewusstseinsformen, zum Beispiel Religion und Wissenschaft, die hier wie Recht und Politik als »Überbau« bezeichnet werden, nicht die ökonomischen Verhältnisse in wesentlicher Weise mitbestimmt? Setzt nicht die Fortentwicklung zum modernen Kapitalismus eine entsprechende Entwicklung der Technik, und diese eine solche der Mathematik und Naturwissenschaften voraus? Was soll es heissen, wenn »die Epochen sozialer Revolution« nach ihrer Verursachung darauf zurückgeführt werden, dass die »Produktions- oder Eigentumsverhältnisse« aus »Entwicklungsformen der Produktivkräfte« in deren »Fesseln« umgeschlagen seien? Gibt es nicht Anreize und Tendenzen zu sozialer Revolution und weitgreifenden Verschiebungen der Eigentumsverhältnisse ganz unabhängig von einer solchen Vorbedingung, von der des übrigen nicht klar wird, in welcher Weise sie Motive für das gesellschaftliche Handeln auslöst?

Engels hat mit vollem Recht darauf geantwortet, dass Marx schon als ein an der Hegelschen Dialektik geschulter Kopf eine derartig plumpe Gegenüber-

stellung *bedingender* und *bedingter* Momente, wie sie ihm eine an den Wortlaut sich klammernde Polemik vorwirft, unmöglich im Sinne gehabt haben kann. Und man braucht auch zum Beispiel nur im *Kapital* den Abschnitt über die *ursprüngliche Akkumulation* zu durchblättern, um sich zu überzeugen, welche ausserordentliche Bedeutung Marx politischen Machtverhältnissen und Konstellationen, die sich jedenfalls nicht *restlos* aus ökonomischen Bedingungen ableiten lassen, für die Umwälzung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse beimisst. Aber eine hierauf sich stützende Zurückweisung jener Polemik muss konsequenterweise auch die Unzulänglichkeiten, die dieser epigrammatisch zusammenfassenden Formulierung anhaften, als solche anerkennen; und es erwächst damit die Aufgabe nach Umbildungen des grossartigen Gedankenkerns zu suchen, die alles nicht strikt Erweisbare ausschalten, ihn auf einen eindeutig klaren, nicht weiter anfechtbaren Ausdruck bringen. Wie in der theoretischen Nationalökonomie jedes weitere Vordringen notwendig durch das *Standardwerk* des Marxschen *Kapitals* hindurchführt, so wird jedes ernste Ringen um die Probleme evolutionistischer Geschichtsphilosophie durch die grossartige Konzeption der Marxschen Geschichtsauffassung hindurch müssen, an ihr sich kritisch zu orientieren haben. Der gesicherte Kern und Angelpunkt dieser *Auffassung* wird nicht sowohl in einer Reihe historischer Tatsachen, die durch fortschreitende historische Forschung eventuell ja wieder in Zweifel gezogen werden könnten, zu suchen sein sondern — ein Wort von Engels deutet schon nach dieser Richtung — in einer spezifisch bestimmten *Methode*, die gesellschaftliche Entwicklung zu betrachten, in einer Methode, deren Rechtfertigung in ihrer Fruchtbarkeit an neuen Problemstellungen und Einsichten gegeben ist, die sich aber ihrer Grenzen kritisch bewusst bleibt und keineswegs dem unerfüllbaren Ehrgeiz nachhängt die Rolle einer Universalmethode zur Lösung aller geschichtlichen Fragen spielen zu wollen.

Wenige Jahre nach jenem ersten kritischen Hervortreten in Ruges Journal erschien, am Vorabend der achtundvierziger Revolution, Marx' mit Friedrich Engels zusammen verfasstes unvergängliches *Kommunistisches Manifest*. Mit Windesflügeln war sein Geist in dieser kurzen Spanne Zeit vorangestürmt. Schon in Marx' glänzend geistvoller Streitschrift gegen Proudhons drollig hegelianisierende *Philosophie des Elends* /1847/ hatte sich sein neugewonnener, überall auf den geschichtlichen Charakter der Ökonomie und die sie bestimmenden Produktionsverhältnisse zurückgreifender Standpunkt im Umriss erkennen lassen. Aber die Macht, die diesem Neuen innewohnte, die revolutionäre Glut, die es in seinem Schosse barg, blickt dort doch nur in einigen wenigen Momenten durch. Man hört einzelne Trompetenstösse. Im *Manifest* aber brausen die Fluten einer nie gehörten wild-erhabenen Symphonie. Das Pathos der ergreifendsten Tragödie tritt hinter die packende Gewalt dieser weltgeschichtlichen, in einen mächtigen Kampf ruft aushallenden Wirklichkeitsvisionen zurück. Der Gedanke greift allen rhetorisch ausmalenden Bilderschmuck verschmähend nach dem knappsten, nervigsten Ausdruck und schreitet wie mit stählernem Schwertklang einher.

Die proletarische Bewegung, die in den Aufständen, den Streiks, den verbotenen Koalitionen, dem politischen Chartismus der englischen Arbeiter ihren damals bedeutsamsten Ausdruck gefunden, wird als notwendiges Erzeugnis der gesellschaftlichen Entwicklung dargestellt, die der von ihr erzeugten Bewegung.

notwendig auch das Ziel setzt und die Bedingungen und Mittel zu dessen Verwirklichung aus sich erschafft. Der Fortgang der Gesellschaft aus ihrer mittelalterlich feudalen zur modernen Form schliesst als bestimmendes und treibendes Moment die Umwälzung der Produktionsweise in sich. Aus der feudalen Naturalwirtschaft, der kleinen handwerksmässigen Warenproduktion wuchs, die produktiven Kräfte unermesslich steigernd, der Kapitalismus hervor, der mit der Revolutionierung des äusseren Lebens auch die ganze überkommene Vorstellungs- und Denkweise von Grund aus umgestalten musste. In diesem welthistorischen Prozess war die aufstrebende Bourgeoisie die Führerin, und aller Reichtum, den die Kooperation der Arbeit vereinigt mit der neuen Technik erzeugte, floss ihr als Leiterin der Produktion, als Herrin der vergrösserten Betriebe zu. Der Gegensatz von Ausbeutern und Ausgebeuteten, den die Wirtschaft aller früheren Gesellschaften einschloss, nahm in dem Gegensatze von Bourgeoisie und Proletariat, von Kapitalist und Lohnarbeiter nur neue Formen an. Aber eben jene Produktivitätsentwicklung, die die neue Klasse emportrug, verbürgt am Ende den Ausgebeuteten der kapitalistischen Gesellschaft Sieg und Befreiung: eine Zukunft, in der, was die Gesellschaftsglieder brauchen, planmässig im Auftrag und durch Organe der Gesellschaft, die sich in den Besitz der Produktionsmittel gesetzt hat, produziert wird, in der alle technischen Errungenschaften der Grossproduktion gleichmässig zum Vorteil aller ausgenutzt und unbegrenzt gesteigert werden können.

Nicht die Möglichkeit, nein, die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung ist, wenn anders die Gesellschaft nicht hoffnungsloser Selbstzersetzung verfallen soll, nach Auffassung des *Manifests* durch die Tendenzen der ökonomischen Bewegung sicher garantiert. Marx folgert das aus dem Phänomen der Handelskrisen, die ihm als untrügliches Zeichen gelten, dass die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse — so lange bedingende Momente, Entwicklungsformen für das Wachstum der produktiven Kräfte — zu eng geworden sind, um den in ihnen produzierten Reichtum noch zu fassen. Erzeugnisse der kapitalistischen Produktion, wie es die Krisen sind, müssen sie in dem Masse an verheerender Wirkung zunehmen wie die kapitalistische Produktion sich selbst ausdehnt und weitet. Die Bourgeoisie, die die Zaubermittel der modernen Technik zu ihrem Dienst herbeigerufen, gleicht dem Hexenmeister, der die zitierten Geister nicht mehr los wird. Jeder neue Fortschritt der Produktion zieht in progressiv wachsendem Grade die Überproduktion und damit das furchtbare Elend immer weiter um sich greifender Arbeitslosigkeit hinter sich her. Es zeigt sich damit, dass der Kapitalismus Tendenzen in sich birgt, die mit dem Bestande der Gesellschaft selbst in unauf löslichem Widerspruche stehen. Er wird je länger je mehr unfähig, seinen Sklaven auch nur die nackte Existenz, die Möglichkeit zur Arbeit zu gewähren. Die Gesellschaft kann nicht unter ihm leben, sie muss bei Strafe des Untergangs aus ihm heraus. Dem Klassenkampf der Proletarier, der von partikularen Erhebungen und gewerkschaftlichem Zusammenschluss zu grossen politisch revolutionären Aktionen fortschreitet, sind Weg und Ziele durch jene unabänderlich gegebene Notwendigkeit vorgezeichnet. Es gilt für das Proletariat die Staatsmacht zu erobern und sie dann auszunutzen zu »despotischen Eingriffen« in den Wirtschaftsorganismus, die die Bahn zu einer völligen Sozialisierung freimachen.

Ausdrücklich sind diese Ansichten über Art und Triebkraft der sozialen Fort-

entwicklung von Marx in seinen späteren Schriften nicht zurückgenommen. Aber schon die eine Tatsache, dass sich seine Analyse der modernen Ökonomie im *Kapital* nicht darauf zuspitzt durch eine Theorie der Überproduktion und der Handelskrisen diese Thesen des *Manifests* logisch zu begründen spricht sicherlich dafür, dass ihm ein zwingender Beweis für die einer allgemeinen Katastrophe zusteuern den Selbstersetzungstendenzen des Kapitalismus nicht möglich schien. Wohl findet man Anklänge an den frühern Gedankenkreis, aber gekreuzt und verwoben mit wesentlich anderen Anschauungen, solchen, die heute unserer Partei in Fleisch und Blut übergegangen sind. Die gegenwärtige Sozialdemokratie denkt sich in ihrer ungeheueren Mehrheit die Entwicklung zum Sozialismus als bedingt durch ein allmähliches, auch wirtschaftliches, Aufsteigen des Proletariats im Rahmen der gegebenen Wirtschaftsordnung. Sie setzt also bei ihrer Rechnung in scharfem Gegensatz zum *Manifest* statt des zunehmenden Bankerotts vielmehr eine auf jede absehbare Zeit sich steigernde Produktionskraft und Tragfähigkeit der kapitalistischen Ökonomie voraus. Denn wie anders wäre sonst ein *Aufstieg* möglich? Damit hängt dann aber auch eine Schätzung der im Kapitalismus zu verrichtenden sozialen und politischen Gegenwartsarbeit, ein Vertrauen auf friedliche Formen der Entwicklung zusammen, das dem Geist des *Manifests* nicht weniger zuwiderläuft.

Es ist bekannt, dass es in erster Reihe diese sogenannte *Katastrophentheorie* war, bei der die revisionistische Kritik mit ihrer allgemeinen Forderung einsetzte sich klar zu werden, was heute vom Marxismus noch lebendig sei, und was zum blossen, unnütz weiterweg geschleppten Rudiment geworden. Die kritische Vergleichung der Theorie mit dem Parteibewusstsein, wie es sich unter den gegebenen Verhältnissen notwendigerweise bilden und in der Praxis betätigen musste, die Konfrontierung der Doktrin mit den von der realen Entwicklung zu tage geförderten neuen Tatsachen, das Streben alles, was in der Theorie sich als überlebt herausstellt, auszumerzen — und sei es, wie jene dialektisch revolutionäre Umschlagsperspektive, der genialste und oben-dreiein auch agitatorisch reizvollste Einfall — ist von dem Geiste des Marxismus selbst gefordert. Er bedarf, um zu leben, der steten umbildenden Anpassung an das Leben. Diese Modifizierung der Ansichten über den voraus-sichtlichen Gang der Evolution gibt übrigens ein Beispiel, an dem die oben ausgesprochene Meinung, dass die materialistische Geschichtsauffassung in erster Reihe als Methode geschichtlicher Betrachtung zu fassen sei, sich näher verdeutlichen und illustrieren liesse. Sieht man das Wesen jener Geschichtsauffassung in einer Reihe positiver Thesen, so unter anderm in der, dass die Entwicklung einer gegebenen Produktionsform — hier der kapitalistischen — dadurch bedingt sei, dass die Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch zu den vorhandenen Produktionsverhältnissen (Eigentumsverhältnissen) geraten, dass diese zu Fesseln einer weiteren Entfaltung der Produktionskräfte werden, so scheint die heute im Sozialismus dominierende Auffassung, die, auf Erfahrung gestützt, die Tendenz eines sich immer schärfer zuspitzenden Widerspruchs zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den in ihnen entwickelten Produktivkräften leugnet oder mindestens bezweifelt, in offenem Widerspruch zu dem *historischen Materialismus* zu stehen, und zwar gerade darum, weil sie realistisch mit der real gegebenen, nicht einer konstruierten ökonomischen Bewegung rechnet. Sie zieht dabei gewiss die technische Entwicklung als einen der wichtigsten Faktoren in betracht, jedoch in einer

andern Weise als jene These und das *Kommunistische Manifest* es tun. Der anscheinende Widerspruch verschwindet erst, wenn man das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung in einer Denkart sieht, die, ohne den gesellschaftlichen Entwicklungsrhythmus auf eine einheitlich bestimmte Formel zu bringen, vorerst nur den ganz allgemein orientierenden Gesichtspunkt geltend macht: dass die Wandlungen der Gesellschaft (die historisch vergangenen wie die als Ziel erstrebten) prinzipiell in ihrer Beziehung zu den Wandlungen des ökonomischen Prozesses, der ökonomische Prozess aber nach dem Zusammenhang, der in ihm jeweils zwischen den technischen Entwicklungstendenzen und denen der Produktions- und Eigentumsverhältnisse besteht, zu betrachten sei. Wie immer sich die Auffassungen mit den Verhältnissen geändert haben und weiter ändern, in diesem ihrem allgemeinsten, sozusagen formalen Sinn bleibt die materialistische Geschichtsauffassung ein von der modernen Arbeiterbewegung unablösbares Moment, eine Handhabe sich über ihre Lage wie die Richtungslinien ihres Vormarsches klar bewusst zu werden. In diesem Sinne wird sie auch die wissenschaftliche Erforschung des Gesellschaftslebens mit immer neuen Fragestellungen befruchten.

Nur in flüchtigem Vorüberstreifen wie des *Kommunistischen Manifests* kann der riesigen Gedankenleistung des *Kapitals* gedacht werden, des tiefstdringenden Versuchs den ökonomischen Lebensprozess der modernen Gesellschaft in seinem innersten Gefüge klarzulegen. Jahrzehnte intensivster Arbeit, begrifflich analysierender wie historisch forschender, sind darin aufgespeichert. Marx' Ziel ist den Prozess, ausgehend von dessen allgemeinen Bestimmungen und von da aus zu den spezielleren fortschreitend, zur vollen Klarheit des Begriffes zu erheben. Die Produktion in diesem ökonomischen Prozess erscheint zunächst dadurch charakterisiert, dass nicht ein Teil der Güter, wie auch in früheren Gesellschaftsformationen, sondern deren Gesamtheit für den Austausch, als *Ware* produziert wird. Die Form, in der der Austausch sich vollzieht, kann nur die Geldform sein. Mit der notwendigen Beziehung zwischen Ware und Geld beschäftigt sich der erste Abschnitt. Daran schliesst sich die Untersuchung, aus welchem Grundverhältnis — unter der Voraussetzung, dass der Austausch dem denkbar einfachsten Gesetze Austausch gleicher Arbeitsgrößen zu sein unterworfen ist — die Kapitalfunktion des Geldes in der modernen Waren produzierenden Gesellschaft begrifflich sei. Die näheren Bestimmungen hinsichtlich der modernen Warenproduktion, dass sie eine durch Kauf, und zwar durch Kauf der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte vermittelte Produktion für den Verkauf ist, liefern den Schlüssel zur Erklärung. Im Lohn braucht der Unternehmer dem Arbeiter nur so viel Geld zu zahlen als zum Ankauf der zur Lebensfristung notwendigen Gütermenge erforderlich ist. Das Geldquantum des Durchschnittslohns richtet sich dann also, sofern der Austausch Austausch von Arbeitsäquivalenten ist, nach dem Arbeitsquantum, das zur Erzeugung jener Gütermenge durchschnittlich verausgabt werden musste. Wenn aber der Unternehmer dem Arbeiter in Lohnform eine Anweisung auf eine Gütermenge von 5 Arbeitsstunden gibt, hindert ihn nichts den Arbeiter länger, etwa das Doppelte der Stundenzahl, in seinem Betriebe wirken zu lassen. In dem zusätzlichen — das heisst zum Kostpreis der verbrauchten Produktionsmittel zusätzlichen — Preise des Produktes erzielt der Unternehmer dann natürlich einen Überschuss, *Gewinn*, durch den sein angelegtes Geldvermögen ein sich verwertendes Vermögen, *Kapital* wird. Und





# MAX SCHIPPEL · MARXISMUS UND KOLONIALE EINGEBORENENFRAGE

UND diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt? FRIEDRICH ENGELS

I



IN früheren Heften suchte ich das folgende darzulegen: Einmal, dass der Gedanke die Siedelungskolonisation, diesen einen wichtigen und vielleicht noch immer wichtigsten Teil der gesamten Kolonialpolitik des europäischen Kulturkreises, *prinzipiell* abzulehnen für vernünftige und denkende Parteigenossen niemals auch nur einen Augenblick in Erwägung kommen könne. *Grundsätzlich* war diese eine Frage eigentlich, nach den jüngsten verlegenen Zugeständnissen der vermeintlichen prinzipiellen Kolonialgegner, überhaupt nicht mehr strittig. Es blieb deshalb für dieses eine Gebiet nur noch übrig die mitunter noch beliebte Verwechslung zurückzuweisen von grösserer kolonialer *Selbständigkeit* und Selbstregierung mit dem Erlöschen der siedelungskolonialen Tätigkeit selber. Das Schlussergebnis war alsdann, dass wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus die Besiedlungsausdehnung des europäischen Kulturkreises, deren glänzendstes Beispiel bisher die Vereinigten Staaten von Amerika boten, in Vollkraft weiter als eine der machtvollsten, umwälzendsten Kulturbewegungen wirken werde.

Ferner suchte ich zu entwickeln: Die unaufhörlich höheren Stufen entgegen-eilende europäische<sup>1)</sup> Produktion könne, was ihren, immer rapider anschwellenden Riesenbedarf an Erzeugnissen anderer Zonen anlange, immer weniger die rückständigsten Produktionsweisen in den unentbehrlichen tropischen und subtropischen Liefergebieten neben sich dulden. Zwischen den beiden, immer untrennbarer auf einander angewiesenen Wirtschaftswelten genüge längst nicht mehr, wie die bürgerliche Kolonialtheorie des Manchestertums für alle Zukunft annehmen zu dürfen glaubte, die lose Verbindung des freien Handels, der offenen Tore, nicht mehr der freie Eintauch und Einkauf alles dessen, was wilde, barbarische und selbst mehr oder weniger zivilisierte Eingeborene in ihrer überlieferten urwüchsigen Art schaffen.<sup>2)</sup> Sondern

<sup>1)</sup> Über die abkürzenden, freilich ungenauen Ausdrücke *europäisch*, *aussereuropäisch*, *überseeisch*, *exotisch*, *Wirtschaftszone* vergl. meinen Artikel *Tropenerschliessung und europäische Wirtschaftsentwicklung* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 82, Note 1.

<sup>2)</sup> Ich gehe, wie ich kaum zu sagen brauche, von einer ganz anderen Auffassung der Kolonial- und Weltpolitik aus als Franz Mehring in seiner Schrift *Weltkrach und Weltmarkt* (Berlin 1900). Die Schrift Mehrings zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie in ganz richtiger historischer Erkenntnis die Übereinstimmung ihrer grundlegenden Anschauungen mit der altliberalen manchesterlichen Weltwirtschaftstheorie und internationalen Politik ausdrücklich betont; nach ihr wäre es Aufgabe des Sozialismus die preisgegebenen bürgerlichen Ideale weiter hochzuhalten: »Die Welt-politik der grossen Industrie (?) hat zum erstenmal enthüllt, welche ungeahnten Kräfte im Schosse der gesellschaftlichen Arbeit schlummern: Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen; man lese nur die beredte Schilderung des *Kommunistischen Manifestes!* Freilich nannte sich die Theorie dieser Weltpolitik — *Manchestertum*. Allein so verrufen das Schlagwort bei den deutschen Arbeitern sein mag, so wenig ist es die Art der deutschen Arbeiter sich durch Schlagworte ins Bockshorn jagen zu lassen. Als ihnen vor 20 Jahren ihre Abneigung gegen das Manchestertum zum Narrenseil gedreht werden sollte, sagte der Züricher *Sozialdemokrat* den Bismärckischen Schlaumeiern kurz und treffend: Ist's euch solch' Greuel uns

dem europäischen Kapitalismus in seinem modernsten Aufstreben falle mehr und mehr eine neue, revolutionäre Aufgabe zu, deren Fortführung sich einst eine noch höhere, sozialistische Wirtschaftsweise gleichfalls nicht entziehen könnte: die Aufgabe nämlich auch in den kulturfernen Liefergebieten seiner (und unserer) Rohstoffe und seiner (und der grossen Bevölkerungsmasse) Lebens- und Genussmittel die Produktion, an Ort und Stelle selber, zu steigender, genügender Leistungsfähigkeit, Mengenergiebigkeit und Preisbilligkeit emporzutreiben, die Produktivkraft innerhalb der primitivsten, zurückgebliebensten Gemeinwesen zu heben oder doch mindestens die Aufgabe durch grosse, dem Innern entlegener Erdstriche zustrebende Verkehrsanlagen die bisher verschlossenen, unbeweglichen Schätze der Natur und der primitiven Erzeugung dem Weltmarkt und dem europäischen Verbrauch erstmals erreichbar und mit der Zeit immer zugänglicher zu machen. Je stürmischer der kapitalistische Aufschwung daheim, desto unaufhaltsamer die notwendigen ökonomischen Umwälzungen übersee, weil wir ohne rasch wachsende Zufuhrmengen von Baumwolle, Wolle, Jute, Hanf, Kautschuk und Guttapercha, von exotischen Hölzern, Rinden, Wurzeln, Ölen und Harzen, von Erzen, Metallen und Edelmetallen, von Kaffee, Kakao, Tee, Reis, Tabak, Gewürzen und Spezereien entweder hilflos verkümmern und verschmachten müssten, oder weil der ungestörte Fortbestand rohester exotischer Produktionsweisen uns mit ständiger Rohstoff- und Lebensmittelteuerung und sogar mit Verwüstung und Verschüttung aller Lebensquellen unserer wirtschaftlichen Zukunft bedroht.

Welche neuartigen Rückwirkungen ergeben sich nun, aus diesen unwiderstehlichen modernen Wirtschaftsbedürfnissen Europas heraus, für die Angehörigen und Vertreter der tieferen, absterbenden überseeischen Wirtschaftsordnungen? Oder, mit anderen Worten, wie berühren oder bekämpfen sich, unter dem unvermeidlichen wirksameren und entschlosseneren Hinübergreifen Europas in entlegene Produktionssphären, nunmehr die Interessen der Weissen und der Eingeborenen?

Denn darüber ist kaum ein Wort zu verlieren, dass eine wesentliche und ununterbrochene Umformung des primitiven Produzierens selber, wie sie an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts vielleicht als das grösste kapitalistische Zeitproblem dasteht, viel ernstere internationale Eingriffe und Vorstösse voraussetzt als jene mehr äusserliche Angliederung primitiver Völkerschaften an den europäischen Handel und Warenaustausch, mit der einst die bürgerliche Welt-

Schulter an Schulter mit dem Manchestertum zu erblicken, nun zum Teufel, so treibt nicht eine Reaktionspolitik, die noch um ganze Menschenalter hinter das Manchestertum zurückgeht! Das Kraftwort ist heute wieder sehr am Platze gegenüber den patriotischen Weltpolitikern. Es ist unbillig das Manchestertum nach deutschen Manchesterteuten zu beurteilen. Sie waren immer, auch in ihrer verhältnismässig frischesten Zeit, verwaschene Kopieen nicht einmal des englischen Originals sondern der auch schon verwachsenen französischen Kopie. Wer das Manchestertum in der ihm eigentümlichen historischen Bedeutung kennen lernen will, der lese sein bedeutendstes Geschichtswerk, Buckles *Geschichte der Zivilisation in England* . . . Es ist sehr leicht in dem monumentalen Bau verwitternde Steine auszuspiiren, es ist noch viel leichter den praktischen Manchesterteuten, etwa einem Cobden, diesen oder jenen Widerspruch, diesen oder jenen Rückfall in überlebte Anschauungen nachzuweisen; trotzdem bleibt es dabei, dass, wer das Manchestertum überwinden will, sich zunächst einmal mit dem durchdringen muss, was es historisch geleistet hat. Das letzte bestreite ich keineswegs; ich hoffe aber oben gezeigt oder mindestens zum Nachdenken darüber angeregt zu haben: warum mit der Weiterentwicklung — nicht mit dem Krach — unserer europäischen Produktion die alte Weltpolitik vollkommen hilflos versagte und deshalb zu ihren Vätern versammelt wurde. Am allerwenigsten hat meines Erachtens die Arbeiterklasse die Aufgabe unrettbar Überlebtes wieder von den Toten zu erwecken.

wirtschaftstheorie und Weltpolitik auskommen wollte. Werden freundliche Gesinnungen und Akte, bloss belehrende und aufklärende Traktätchen ferner noch ausreichen, wenn man nicht nur an den Küsten und in den Häfen zum Tausch anzuregen gedenkt, sondern wenn man mitten im Innern der Ländereien und Reiche der Eingeborenen ausgedehnte Siedelungen gründen oder wenigstens europäisches Produktions- und Transportkapital sicher und lebendig funktionierend inmitten der umgebenden Barbarei anlegen will? Oder tauchen hier grosse Interessensgegensätze und Kämpfe auf zwischen eingewurzelter alter und vordrängender neuer Wirtschaftsordnung, zwischen tieferer und oft tiefster Produktionsweise einerseits und höherer und oft höchster Wirtschaftsstufe andererseits?

## II

**A**UCH diese Frage stellen heisst eigentlich, für einen Marxisten, sie schon beantworten. Denn es ist geradezu die historische Grundauffassung des Marxismus, dass die bisherigen privilegierten Nutzniesser einer tieferen Wirtschaftsstufe niemals gutwillig den Vorkämpfern der höheren Stufe weichen, dass niemals gleichsam wie unter dem Einfluss einer prästabilierten *Interessenharmonie* die Repräsentanten der alten Wirtschaftsordnung bloss durch geschickte Belehrung und eindringliche Aufklärung in Anhänger oder gar Selbstvollstrecker einer neuen Wirtschaftsordnung umgewandelt werden können, dass mit anderen Worten das werdende und aufstrebende Höhere sich immer nur im Konflikt, nur im Kampf mit dem Überlieferten und geschichtlich Gewordenen, nur aus eigener Kraft, durch eigene Machtorganisation und Machtanwendung emporringen könne. Gewiss gibt es unter den Nutzniessern des Alten häufig einzelne Individuen, die sich dem vorwärtsdrängenden Neuen nicht entgegenstemmen, die sich ihm sogar begeistert anschliessen, aber sie bleiben für die Gesamtentscheidung vereinzelte, verlorene Ausnahmen. Es lässt sich sogar denken, dass unter ganz besonderen Umständen ein bestimmter Konflikt sich einmal in mehrseitige, vielleicht gar allgemeine Harmonie und Bundesgenossenschaft der sozialen Interessengruppen auflöst. Doch ist das erst recht seltenster Ausnahmefall, und solange uns keine ganz exzeptionellen Voraussetzungen überzeugend nachgewiesen sind, werden wir Marxisten stets von der Regel, vom Konflikt ausgehen. Entgegengesetzte Entwicklungsvorstellungen und Erwartungen verhöhnern wir bekanntlich seit jeher gern als *Harmoniedusel* und *saft- und kraftlose Predigerdenkweise*.

Ist es gar so schwierig diesen marxistischen Grundgedanken auf die Kolonialprobleme folgerichtig anzuwenden? Fast scheint es so, denn auf jeden Fall ist unsere neueste Parteiliteratur zur Kolonialfrage eine Verleugnung aller sozialgeschichtlichen marxistischen Grundanschauungen.

## III

**G**REIFEN wir zur Verdeutlichung den ebenso bekannten wie einfachen und schlagenden Vorgang der Siedelungskolonisation heraus! Der weisse Siedelungskolonist vertritt hier gegenüber Rot- und Schwarzhäuten und sonstigen Farbigen mit ihrer »rückständigsten Wirtschaft« und »winzigen Produktionskraft« unbestreitbar die höhere Wirtschafts- und damit Gesellschaftsordnung, die »Erhöhung der Produktiv-

kraft«, die »höchsten Produktionsmethoden«. Wie erwähnt, sieht das sogar der Genosse K. Kautsky trotz aller prinzipiellen Kolonialgegnerschaft ein: »Gegen diese Art Kolonialpolitik dürfen wir uns sicher nicht ablehnend verhalten . . . man hat sie vielmehr als einen gewaltigen Hebel der menschlichen Entwicklung anzuerkennen.«<sup>3)</sup>

So weit ganz gut. Doch nunmehr zur realen Auseinandersetzung zwischen jener »Rückständigkeit« und diesen »höchsten Produktionsmethoden«. Mit einem Male treten uns in unserer jüngsten Parteischrift diese entscheidenden ökonomisch-historischen Gegensätze auf der nächsten Seite, ganz wie bei einem kleinen ethisch-ästhetischen Vulgärmarxisten — ich hoffe mich in der neuesten, politisch ungemein wichtigen Parteiunterscheidung nicht vergriffen zu haben — in ganz anderer Kennzeichnung und Schilderung entgegen, nämlich als »freier und kühner Wilder« einerseits und andererseits als »beschränkte Bauern und Kleinbürger, die aus Europa kommen«. Und zu unseren wachsenden Erstaunen wird uns alsdann als edelmarxistischer Tiefsinn verkündet:

»Die freie und kühne Eigenart des Wilden erschien den beschränkten Bauern und Kleinbürgern, die aus Europa kamen, als sittenloses Heidentum und teuflische Bosheit. Da [!] entstanden leicht Konflikte, die tiefe und endlose Feindseligkeit hervorriefen. So [!] ist es in den bäuerlichen Kolonien zu einer systematischen andauernden Aufklärungsarbeit unter den Wilden nirgends gekommen.«<sup>4)</sup> Also daran lag es, dass die Weltgeschichte in mehreren Erdteilen so gründlich verfahren wurde: die vordringenden Träger einer höheren Wirtschaftsordnung waren zu beschränkt, um die Wilden über die Schönheiten einer unaufhaltsamen, grundstürzenden, sozialen Neuordnung aufzuklären, und darum klappte eben alles — auseinander statt interessensolidarisch zusammen. Wie marxistisch: nicht etwa vulgär- sondern edelmarxistisch! Etwas pffiffiger, und alles hätte wie geölt gehen können.

Wie verliefen jedoch bei der Siedelungskolonisation, rein ökonomisch-historisch betrachtet, die Dinge meist in Wirklichkeit? Wie mussten sie fast immer verlaufen? Der Wilde ist, in seinem Sinne, der ausschliessliche Herr des ganzen strittigen Landes. Bei seiner primitiven Wirtschaftsordnung braucht er sogar das ganze Land, sagen wir: wie bei den Zulus — und ähnlich, aber noch einfacher, bei den nordamerikanischen Indianern — als Wohnstätte und Gartenland im innersten Ring, als ausgedehnte Viehtrift in der zweiten Zone und, was darüber hinausliegt, als unentbehrliches, weithin sich erstreckendes Jagdgebiet, an das sich wiederum die Aussenjagdgründe des Nachbarstammes anschliessen. Man breche ein Glied aus dieser Kette von urwüchsigen ökonomischen Zusammenhängen heraus, und diese ganze Wirtschaftsordnung empfängt die schwerste Wunde, verblutet sich und bricht rettungslos zusammen. Aufzuklären ist hier zunächst sehr wenig; der mitten in diesem Getriebe sich festnistende, neue weisse Ansiedler muss dem Wilden als Eindringling, Schädling und Zerstörer erscheinen. Wiederum, wenn der Weisse Ansiedler werden soll — selbst unseren Parteisegen hat er nunmehr, wenigstens prinzipiell —, so muss er aus dem naturwüchsigen, kunstvoll verschlungenen und verbundenen Gefüge der Eingeborenen- und Stammeswirtschaft die seine Produktions- (und Absatz-) -bedürfnissen entsprechenden Bodenflächen heraus schlagen und ausschneiden. Der selbe Boden kann nicht Weide für Büffel

<sup>3)</sup> Vergl. Karl Kautsky *Sozialismus und Kolonialpolitik* /Berlin 1907/ und meinen Artikel *Kolonialpolitik* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 3 ff.

<sup>4)</sup> Vergl. Kautsky, loc. cit., pag. 26.

und Jagdgrund und Lebensquelle für Indianer und Zulus bleiben und zugleich umfriedetes, vor Einzelwild und wilden Herden geschütztes Ackerland für Weisse sein. Die höhere europäische Produktionsweise muss auf ihre Geltendmachung verzichten oder sie muss gegen die niedere Wirtschaftsordnung das revolutionäre Machtmittel gebrauchen, das bisher noch bei allen grossen ökonomischen Revolutionen im Vordergrund stand: die Enteignung, die Expropriation.<sup>5)</sup> Wenn bei uns das fortschritthemmende feudale Eigentum nicht einfach der bürgerlichen Aufklärung wich, wenn das abermals zum Hemmschuh werdende kapitalistische Eigentum kaum vor unserer Aufklärungstätigkeit kapitulieren wird, so gehört eine übermenschliche Einbildungskraft oder Gedankenlosigkeit dazu den vielstufigen Todessprung — nicht wie bei uns von einer Stufe zur nächsten sondern über Jahrhunderte und mitunter Jahrtausende der Kulturentwicklung hinweg — aus dem rohesten stammeskommunistischen Besitz in den modernen bäuerlichen und kapitalistischen Betrieb nach europäischem Vorbild, ohne Konflikte, lediglich von der Macht des *Gutzuredens* zu erwarten. Für uns Marxisten könnte dann nur noch die Frage übrig bleiben, ob wir die wahrscheinlich oder ganz sicher ausbrechenden Interessenskonflikte mehr mit den Augen von Zulukaffern und Indianern oder von Europäern ansehen sollen. Und auch hier heisst die Frage stellen sie beantworten.

Dieser Konsequenz kann sich schliesslich unser Edelmarxist selber bis zu einem gewissen Grade nicht entziehen. Denn er spricht grossmütig von Reservaten, mit denen sich die Eingeborenen der Siedlungskolonien an Stelle ihres alten Vollbesitzes schliesslich begnügen müssten, auf denen sich, neben den neuen Ansiedlern, die eingeborene Bevölkerung immer noch dann ernähren könnte, »wenn man diese unterrichtete und bildete und mit der neuen Produktionsweise vertraut machte.«<sup>6)</sup> Aber was sind solche Reservate, um in unserer traditionellen Parteisprechweise zu bleiben? Enteignung mit einer zugebilligten Entschädigung, die in diesem Falle in Landesteilen und Revieren besteht; aber es bleibt hierbei doch die Expropriation, von den Vertretern der höheren Wirtschaftskultur angewendet gegen die, selbstverständlich fast stets widerstrebenden Vorbesitzer und Vertreter einer überwundenen Produktionsweise. Und wie wenig im Ernste Reservate auf die Dauer bedeuten, weiss manches eingeborene Volk gleichfalls aus eigener Erfahrung, so dass diese Entschädigung erst recht nur murrend und erzwungen ertragen wird: sowie das verlorene, exproprierte Land von Weissens vollbesiedelt ist oder das Reservatgebiet — wie neuerdings in Natal durch Kohlenfunde — sonstige Anziehungskraft gewinnt, setzt gegen die Reservatländereien ein ähnlicher Expropriationsprozess ein wie vorher gegen den Kern des Stammesbesitzes. Reservatrechte der Rückständigkeit für die Ewigkeit gibt es nun einmal nicht, und wir, als am

<sup>5)</sup> Friedrich Engels sagt in seinem *Ursprung der Familie* (5. Auflage Stuttgart 1892, pag. 112): »Alle bisherigen Revolutionen sind Revolutionen gewesen zum Schutz einer Art des Eigentums gegen eine andere Art des Eigentums. Sie können das eine nicht schützen, ohne das andere zu verletzen. In der grossen französischen Revolution wurde das feudale Eigentum geopfert, um das bürgerliche zu retten; in der Solonischen musste das Eigentum der Gläubiger erhalten zum Besten des Eigentums der Schuldner... In der Tat, von der ersten bis zur letzten sogenannten politischen Revolution sind sie alle gemacht worden zum Schutz des Eigentums einer Art und durchgeführt durch Konfiskation, auch genannt Diebstahl, des Eigentums einer andern Art. Auch bei den kolonialen Umwälzungen tritt natürlich nur eine höhere Form des Besitzes und Betriebes an Stelle einer niederen Form, aber deswegen bleiben sie doch, in marxistischer Sprechweise, grosse ökonomische und politische Revolutionen fortschrittlichster Art.

<sup>6)</sup> Vergl. Kautsky, loc. cit., pag. 25.

wenigsten konservative Partei, werden sie am allerwenigstens anerkennen oder neuschaffen wollen.

Wollen und können wir also, wie das neuerdings selbst von prinzipiellen Kolonialgegnern als zulässig zugestanden wird, die Siedelungskolonisation nicht aus der Welt schaffen, so tun wir gut auch die notwendig daraus emporwachsen- den Konflikte nicht zu übersehen und zu leugnen. Entweder, oder! Es ist ein unhaltbarer und unmöglicher wissenschaftlicher und politischer Standpunkt das unvermeidliche und, wie man allseits nunmehr zugesteht, kulturfördernde Ringen zweier Wirtschaftsordnungen zugleich marxistisch und — wie man sonst bei uns zu sagen pflegt — *harmonieduseelig* zu beurteilen. Die letzte Art der Auffassung war zwar innerhalb der altliberalen bürgerlichen Theorie durchaus konsequent, denn diese ganze Theorie baute sich auf auf der Vergötterung der einen grossen Triebkraft aller kulturellen und sozialen Fortschritte: der freien wirtschaftlichen Vereinbarung, des gleichen ökonomischen Gebens und Nehmens zwischen den Warenbesitzern, zwischen den Klassen im Innern und zwischen den Völkern nach aussen. In die marxistische Denkweise jedoch passen alle solche Auffassungen überseeischer Umwälzungen wie die Faust aufs Auge.

#### IV

**Z**UDEM zäumt unser Edelmarxist, was die Eingeborenenfrage betrifft, wieder einmal, wie wir das allmählich bei ihm gewöhnt werden, das Pferd beim Schwanze auf. Er billigt, obwohl schüchtern und mehr für gestern als für heute und morgen, die Siedelungskolonisation trotz der bisher meist eingetretenen *Vernichtung* und *Verdrängung* der eingeborenen Landvorbesitzer. Dagegen gerät er in die unbezähmbarste heiligste Entrüstung, wenn in tropischen und subtropischen Erdstrichen die zweite Art der europäischen Kolonisation zwar die Eingeborenen am Leben lässt, sie aber *ausbeutet*, das heisst zunächst doch nur allgemein: arbeiten lässt! Vernichten? Unter Umständen: ja! Arbeiten lassen? Nie und nimmer! Denn, vergessen wir unseren Marxismus nicht: jede Arbeit für andere, sogar die heutige Lohnarbeit europäischen Zuschnitts ist mit Mehrarbeit, Ausbeutung verknüpft. Erst für den Zukunftsstaat werden die Wilden, unter Preisgabe ihrer bisherigen Produktions- und Lebensweise, in moderner Weise arbeiten dürfen.

Ist diese Stellungnahme wirklich noch marxistisch?

Ich fürchte zunächst, die meisten Eingeborenen selber werden einen solchen Sachwalter ihrer Interessen trotz aller beizubringenden *Aufklärung* wie einen recht sonderbaren Kauz und Heiligen spöttisch belächeln. Denn das Vernichtetwerden oder Verhungernmüssen galt bisher noch jederzeit den dabei passiv interessierten Menschen als das Schlimmere im Vergleich zum Weiterleben, wenn auch, wie durch die Jahrhunderte und Jahrtausende hindurch, als Abgabepflichtige oder als Fronbauern oder als Lohnarbeiter. Hätte die zivilisierte Menschheit auf fast allen ihren Entwicklungsstufen nicht dieser Wertung von Dasein und Mehrarbeit gehuldigt, so wären heute die meisten nicht da, die man als oft recht fröhliche Lebewesen ringsum auf der Erde sich tummeln sieht. Den Heineschen Spottvers auf das Horazische *Dulce et*

*decorum est* brauche ich hier nicht zu wiederholen. Aber darauf sei hingewiesen, dass Friedrich Engels sogar die Sklaverei für einen riesenhaften Fortschritt gegenüber dem Totschlagen und Totgeschlagenwerden und sonstiger Vernichtung erklärte:

»Selbst für die Sklaven war dies ein Fortschritt; die Kriegsgefangenen, aus denen die Masse der Sklaven sich rekrutierte, behielten jetzt wenigstens das Leben, statt dass sie früher gemordet oder noch früher gar gebraten wurden.«<sup>7)</sup>

Und nun hören wir bei dieser Gelegenheit gleich Engels weiter, wie er die Mehrarbeit, für gewisse soziale Entwicklungsstufen natürlich, nicht als Ruin jeder Kultur, sondern als unentbehrlichsten, machtvollsten Kulturhebel, als Voraussetzung jedes Kulturfortschrittes geradezu preist:

»Es ist sehr wohlfeil über Sklaverei und dergleichen in allgemeinen Redensarten loszuziehen und einen hohen sittlichen Zorn über dergleichen Schändlichkeit auszugiessen. Leider spricht man damit weiter nichts aus als das, was jedermann weiss; nämlich, dass diese antiken Einrichtungen unseren heutigen Zuständen und unseren durch diese Zustände bestimmten Gefühlen nicht mehr entsprechen. Wir erfahren aber damit kein Wort darüber, wie diese Einrichtungen entstanden sind, warum sie bestanden, und welche Rolle sie in der Geschichte gespielt haben. Und wenn wir hierauf eingehn, so müssen wir sagen, so widerspruchsvoll und so ketzerisch das auch klingen mag, dass die Einführung der Sklaverei unter den damaligen Umständen ein grosser Fortschritt war. Es ist nun einmal Tatsache, dass die Menschheit vom Tiere angefangen und daher barbarische, fast tierische Mittel nötig gehabt hat, um sich aus der Barbarei herauszuarbeiten. Die alten Gemeinwesen, wo sie fortbestanden, bilden seit Jahrtausenden die Grundlage der rohesten Staatsform, der orientalischen Despotie, von Indien bis Russland. Nur wo sie sich auflösten, sind die Völker aus sich selbst weiter vorangeschritten, und ihr nächster ökonomischer Fortschritt bestand in der Steigerung und Fortbildung der Produktion vermittelt der Sklavenarbeit. Es ist klar: Solange die menschliche Arbeit noch so wenig produktiv war, dass sie nur wenig Überschuss über die notwendigen Lebensmittel hinaus lieferte, war Steigerung der Produktionskräfte, Ausdehnung des Verkehrs, Entwicklung von Staat und Recht, Begründung von Kunst und Wissenschaft nur möglich vermittelt einer gesteigerten Arbeitsteilung, die zu ihrer Grundlage haben musste die grosse Arbeitsteilung zwischen den die einfache Handarbeit besorgenden Massen und den die Leitung der Arbeit, den Handel, die Staatsgeschäfte und späterhin die Beschäftigung mit Kunst und Wissenschaft betreibenden wenigen Bevorrechteten. Die einfachste, naturwüchsigste Form dieser Arbeitsteilung war eben die Sklaverei. Bei den geschichtlichen Voraussetzungen der alten, speziell der griechischen Welt konnte der Fortschritt zu einer auf Klassengegenseitigen gegründeten Gesellschaft sich nur vollziehen in der Form der Sklaverei.«<sup>8)</sup>

Für uns, als überzeugte Marxisten, ist also niemals schon deswegen eine Entwicklung verhängnisvoll, fortschrittsfeindlich und darum zu verwerfen, weil sie auf irgendwelcher, selbst der rohesten Form der Ausbeutung beruht. Vielmehr erscheint gerade uns, an der Hand gerade unserer grossen Lehrmeister, die gesamte soziale Entwicklung der Länder des europäischen Kulturkreises, von einem gewissen Zeitraum ab, als notwendige stufenweise Folge von immer reiferen, höheren Ausbeutungsformen: von der Sklaverei angefangen — dem »grossen Fortschritte«, unter bestimmten Voraussetzungen, und zwar »selbst für die Sklavene«, die nunmehr der *Vernichtung* entgingen — über die Leibeigenschaft hinweg bis zur allermodernsten europäischen Lohnarbeit. Bis zur euro-

<sup>7)</sup> Vergl. Friedrich Engels *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, 3. Auflage (Stuttgart 1894), pag. 190.

<sup>8)</sup> Vergl. Engels, loc. cit., pag. 189.

päischen Gegenwart dürfen wir sagen: ohne die jeweils adäquate Form der Ausbeutung, das heisst Mehrarbeit, kein grosser ökonomischer Fortschritt! Ohne Sklaverei kein griechischer Staat, keine griechische Kunst und Wissenschaft; ohne Sklaverei kein Römerreich. Ohne die Grundlage des Griechentums und des Römerreiches aber auch kein modernes Europa. Wir sollten nie vergessen, dass unsere ganze ökonomische, politische und intellektuelle Entwicklung einen Zustand zur Voraussetzung hat, in dem die Sklaverei ebenso notwendig wie allgemein anerkannt war. In diesem Sinne sind wir berechtigt zu sagen: ohne antike Sklaverei kein moderner Sozialismus.<sup>9)</sup>

Nun wiederholt sich in den Kolonien und sonstigen überseeischen Erdstrichen vieles aus der ältesten europäischen Wirtschaftsgeschichte von neuem. Selbstverständlich nicht immer in genau dem gleichartigen Ablauf, und sehr häufig in abgekürztem Verfahren. Aber deshalb braucht man nicht immer gleich den Sprung aus der Menschenfresserei in den Zukunftsstaat für denkbar zu halten. Indianer, Zulus, Farbige der mannigfaltigsten Rassen stehen, wie gleichfalls Friedrich Engels den Parteigenossen nahezubringen suchte, in der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung um Jahrhunderte hinter den ersten geschichtlichen Griechen und Römern zurück, über die wir abermals um Jahrhunderte hinausgewachsen sind. Sollen wir solche Wilden zwar allenfalls zu gunsten der Siedelungskolonisation *vernichten* und *verdrängen* dürfen, aber niemals den viel weniger menschenfeindlichen Gedanken hegen können: sie würden ihren allmählichen Aufstieg zur Kultur, genau wie unsere Vorfahren, durch eine Reihe von Ausbeutungsstufen, mindestens durch die Lohnarbeit hindurch, vollziehen? Grundsätzlich und prinzipiell können wir also in der Kolonialfrage nicht sagen: wir seien jederzeit gegen jede Kolonisation, bei der irgendwelche Ungleichheit und Ausbeutung an Stelle der alten Stammesgleichheit tritt. Denken wir doch nicht einmal bei uns selber daran unsere bestehende Ausbeutung, die Lohnarbeit, vor heute auf morgen abschaffen zu können, und halten wir doch für manche europäische Länder die raschere *Herausbildung* einer Klasse von Lohnarbeitern, also *Ausgebeuteten*, aus Kleinbauern und Kleinhandwerkern für einen grossen und notwendigen Fortschritt. Um so mehr können wir für unser kolonialpolitisches Verhalten von vornherein lediglich die eine Richtlinie vorzeichnen: dass wir, gleich den weiterblickenden bürgerlichen Kolonialpolitikern, jede *rohere* Ausbeutungsform verwerfen und *bekämpfen*, die bereits durch eine *höhere*, mildere Form ersetzt werden kann — wobei wir die letzte konkrete Entscheidung natürlich für jeden einzelnen Fall von den vorliegenden, sehr vielgestaltigen Tatsachen und Umständen abhängig machen müssen.<sup>10)</sup>

Und wer, wie unser Edelmarxist, bei der Siedelungskolonisation ruhig Kamele

<sup>9)</sup> Vergl. Engels, loc. cit., pag. 191.

<sup>10)</sup> Im Einzelfalle haben Marx und Engels zuweilen viel zögernder geurteilt als bürgerliche Reformer. Zum Beispiel über die Abschaffung der Negersklaverei in den amerikanischen Südstaaten. Hierzu schreibt Marx 1847 (vergl. das *Elend der Philosophie* /Stuttgart 1885/, pag. 103): »Ohne Sklaverei keine Baumwolle; ohne Baumwolle keine moderne Industrie... Ohne die Sklaverei würde Nordamerika, das vorgeschrittenste Land, sich in ein patriarchalisches Land verwandeln. Man streiche Nordamerika von der Weltkarte, und man hat die Anarchie, den vollständigen Verfall des Handels und der modernen Zivilisation. Lasst die Sklaverei verschwinden, und ihr streicht Amerika von der Völkerkarte.« Und Engels erklärt 1884 das »vollkommen richtig für das Jahr 1847«, erst später sei »die Abschaffung der Sklaverei möglich« geworden, »und selbst dann hatte sie zur Folge den Ruin des Südens«. Ich halte das eine und das andere für falsch, für eine falsche Abschätzung der Tatsachen von 1847 und 1884, aber so wenig für unsozialistisch wie oben die allgemeinen Äusserungen über Sklaverei.



zu schlucken bereit ist, sollte vollends bei der tropischen Kolonisation nicht *predigerhaft jämmerlich* Mücken sehen. Denn es ist wirklich nicht allzu schwer zu begreifen und es wird durch die ganze neuere Kolonialgeschichte bestätigt, dass gerade die tropische Kolonisation niemals so vernichtenden Raubbau mit Menschenkräften treiben darf wie es die Siedlungskolonisation nicht nur tun kann sondern nach Meinung der aktiv Beteiligten oft-sogar tun muss. Die tropisch koloniale Produktion braucht die Eingeborenen so bitter notwendig wie das tägliche Brot, weil Weisse in solchen Erdstrichen wohl die Produktion organisieren, aber nicht selber arbeiten können. Die Eingeborenen bilden hier das unentbehrliche, unersetzliche Reservoir von Arbeitskräften; und wie der Kapitalismus bei uns, um seiner eigenen Zukunft willen, der ersten greuelvollen Verwüstung von kindlichen und weiblichen Menschenleben Einhalt gebieten musste, so erwachte in allen tropischen Kolonisationsrevieren nach den ersten brutalen Vorstößen und Auseinandersetzungen das Streben durch einen gewissen Eingeborenenschutz auch späteren europäischen Generationen die Fortsetzung der überseeischen Betriebe zu sichern: durch Sicherung der farbigen Arbeitskräfte. Auf den ersten, kurz-sichtig profitgierigen Menschenraubbau der Pflanzler, die nach ein paar Jahren bereichert wieder von dannen ziehen möchten, und denen es im übrigen gleichgültig ist, in welchem Zustand sie das fremde Land zurücklassen, folgt fast immer und überall — um an Bekanntes anzuknüpfen — eine weiterblickende *Derenburgpolitik*. Das war in England so und ist heute in Deutschland und sonstigen Ländern nicht anders. Sogar der Kampf weiterblickender kapitalistischer Kolonialpolitiker gegen die dauernde, nicht ganz vorübergehende Einführung von fremden Farbigen — vor allem von indischen und chinesischen Kulis — erklärt sich aus ähnlichen durchschlagenden Erwägungen. Dass hier noch unendlich viel zu tun bleibt, ist selbstverständlich; und dabei mitzuwirken oder dabei selbst die Führung zu übernehmen, erscheint wiederum selbstverständlich als eine unserer ersten kolonialpolitischen Aufgaben. Aber die eingeborenenfeindlichen Wirkungen der tropischen Kolonisation sind gar nicht zu vergleichen mit den vernichtenden Tendenzen der Siedlungskolonisation. Der nordamerikanische Bauer brauchte keine Indianer als Farmknechte. Er brauchte nur das alte Indianerland, und deswegen jagte er die Rothäute aus ihren uralten Stammsitzen auf. Er brauchte nur Ruhe vor so gefährlichen und unruhigen Nachbarn, und deshalb schoss er wie wildes Raubzeug ab, was sich mit Späherblicken in seine Nähe wagte. Wo sind deshalb die Eingeborenen fast ganz verschwunden? In den grossen siedlungskolonialen Erdstrichen: in Nordamerika, in Australien, in Teilen Südafrikas. »Sie beruhen nicht auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Eingeborenen«, frohlockt unser Edelmarxist über diese, von ihm gebilligten Siedlungskolonieen. In der Tat treffend bemerkt; denn die Eingeborenen sind hier noch etwas mehr als ausgebeutet und unterdrückt, nämlich ausgerottet worden. Und die Kunst Tote auszubeuten ward bis zur Stunde nirgends erfunden und geübt. Weil aber die andere Art der Kolonisation vernünftigerweise gar nicht so weit gehen kann und darf, deswegen können und dürfen wir eben, belehrt uns Genosse K. Kautsky, höchstens für die — Siedlungskolonisation sein, deren Zeit nur leider, nach dem selben zuverlässigen Gewährsmann, schon endgültig vorüber ist.

## V



CH habe oben vielfach Engelssche Darlegungen zustimmend herangezogen. Allerdings, muss ich hinzufügen, ist Engels nicht ganz davon freizusprechen, dass er durch seine fesselnden Schilderungen der alten klassenlosen Stammesgemeinwesen mit den Anstoss zu jener recht kritiklosen Überschätzung des *kühnen und freien Wilden* gegenüber dem *beschränkten*, dünnkelhaft aufgeblähten und rohen Europäer gegeben hat, wie sie heute in parteigenössischen Kreisen und Kundgebungen mitunter zum Ausdruck kommt. Früher trat das viel mehr zurück, und Friedrich Engels selber hat, neben allem gespendeten Lob, auf die kulturhemmenden, zivilisationsfeindlichen Schattenseiten der primitiven Verbände offen hingewiesen.

So heisst es bei ihm von den amerikanischen Indianern: sie hätten »mit wenig Menschen ein ungeheures Gebiet besetzt« und sich gegenseitig »durch ewige Kriege geschwächt«. Der Irokesenbund, die fortgeschrittenste gesellschaftliche Organisation, zu der es die Indianer überhaupt brachten, nahm sofort im Gefühl seiner Stärke einen angreifenden Charakter an und hatte auf der Höhe seiner Macht »grosse Landstriche ringsum erobert und die Bewohner teils vertrieben teils tributpflichtig gemacht«, er wurde »der Schrecken des ganzen Landes, von den grossen Seen bis an den Ohio und Potomac«.

Die einzelnen griechischen Völkchen, lesen wir weiter, »führten unaufhörliche Kriege um den Besitz der besten Landstriche und auch wohl der Beute wegen; Sklaverei der Kriegsgefangenen war bereits anerkannte Einrichtung«. Gleich darauf wird über die griechische Heldenzeit berichtet: der alte Krieg von Stamm zu Stamm sei bereits in systematische Räuberei zu Land und zur See, um Vieh, Sklaven, Schätze zu erobern, in regelrechte Erwerbsquelle ausgeartet. Die deutschen Gefolgschaften wurden »nur durch fortwährende Kriege und Raubzüge zusammengehalten, der Raub wurde Zweck«.

Zusammenfassend wird dann geurteilt:

»Vergessen wir aber nicht, dass diese Organisation [der alten freien Gentilgenossen] dem Untergang geweiht war. Über den Stamm ging sie nicht hinaus; der Bund der Stämme bezeichnet schon den Anfang ihrer Untergrabung . . ., wie sich schon zeigte in den Unterjochungsversuchen der Irokesen. Was ausserhalb des Stammes, war ausserhalb des Rechts. Wo nicht ausdrücklicher Friedensvertrag vorlag, herrschte Krieg von Stamm zu Stamm, und der Krieg wurde geführt mit der Grausamkeit, die den Menschen vor den übrigen Tieren auszeichnet, und die erst später gemildert wurde durch das Interesse. Die Gentilverfassung in ihrer Blüte, wie wir sie in Amerika sahen, setzt voraus eine äusserst unentwickelte Produktion, also eine äusserst dünne Bevölkerung auf weitem Gebiet . . . Die Macht dieser naturwüchsigen Gemeinwesen musste gebrochen werden: sie wurde gebrochen.«<sup>11)</sup>

Auch sonst war früher in der Partei das Verhimmeln der Träger der rückständigsten Wirtschaft als fremdenfreundliche, friedliebende, freie und kühne Aufklärungsdürstende und das Schmähen der Vertreter der »höchsten Produktionsmethoden« als mordgierige »beschränkte« Kaffern keineswegs Sitte. Ich finde in meinen Belegen zum Beispiel folgende drastische Kennzeichnung der südafrikanischen Eingeborenen, unterschrieben G. L. und erschienen in dem sächsischen Blatte, das damals Genosse Georg Ledebour redigierte:

»Die Hottentotten sind die Ureingeborenen Südafrikas. Sie waren von jeher ein in kleine Stämme zerfallendes Nomadenvolk, das wenig Widerstand zeigte

<sup>11)</sup> Vergl. Engels, loc. cit., pag. 86, 87, 149, 99, 103, 148, 91, 92.

und deshalb durch die von Nordosten, von der Küste und den Bergketten sich herunterziehenden kräftigeren Negerstämme verdrängt worden war... Die Kaffern sind nachweislich als ein Eroberer volk, Hottentotten und Betschuana ausrottend, an der Küste südwärts vorgedrungen, bis sie schliesslich an der Kapkolonie eine Grenze fanden... Unter den kriegerischen Kafferstämmen wiederum hat der Stamm der Zulu oder, wie sie nach deutschem Lautsystem geschrieben werden müssten, der Sulu die grösste Rolle gespielt. Die Sulu hatten sich auf ihrer Wanderung in dem Küstenstrich festgesetzt, der jetzt nach ihnen den Namen *Sululand* trägt. Es bildete sich unter ihnen eine richtige Militärmonarchie heraus, deren Streitkräfte ihre Könige Tschaka, Dingaana, Mosilikatse zur Ausrottung aller anderen Eingeborenenstämme mit furchtbarer Konsequenz ausnutzten... Das Auftreten der länderverwüstenden und völkervernichtenden Suludespotie rief in Südafrika Zustände hervor, für deren Ebenbilder wir in der europäischen Vergangenheit schon bis zur Zeit der Völkerwanderung zurückgreifen müssen. Damals hat der Militärdespotismus der Hunnen in Europa eine ähnliche Rolle gespielt wie in unserem Jahrhundert der Militärdespotismus der Sulu in Südwestafrika. Tschaka war der südafrikanische Attila. Aber selbst die Hunnen haben nicht mit so blutdürstiger Grausamkeit gewütet wie die Sulu auf das Geheiss der gekrönten Ungeheuer an ihrer Spitze. War es doch ein besonders auszeichnender Brauch der Sulukönige, dass sie nicht nur ihre Feinde sondern meist ihre eigenen Landeskinder zum höheren Ruhme des erlauchten Herrscherhauses abschlachten liessen. Oft aus blosser Laune sogar aber, wenn es sich um die Totenfeier bei der Beerdigung der geheiligten Person des erhabenen Herrschers oder irgend eines Mitgliedes seiner Familie handelte. Ist doch später die Zertrümmerung des Sulureiches durch die Engländer im Jahre 1879 dadurch herbeigeführt worden, dass der damalige Sulukönig Ketschwayo sich weigerte auf eine solche Massenabschlachtung seiner getreuen Landeskinder zu Ehren der verstorbenen Königin-Mutter — oder war es eine Prinzessin-Tante? — Verzicht zu leisten.<sup>12)</sup>

Damals sah man noch im Einschreiten der Engländer eine Notwendigkeit. Heute sollen wir alles Ernstes glauben müssen, es sei eigens unsere Aufgabe solchen angenehmen schwarzen Kulturträgern die verlorene *Selbstverwaltung* und damit dem ganzen Südafrika das alte Regime zurückzugeben. »Selbstverwaltung der Eingeborenen! Ihre Erhebungen zur Abschüttelung der Fremdherrschaft werden stets der Sympathieen des kämpfenden Proletariats sicher sein.« Wenn das »sicher« ist, so darf ich mir am Ende keine besonderen Einwendungen erlauben. Ich bin mir nur im vorliegenden Falle nicht ganz klar, welche Fremdherrschaft hier abgeschüttelt werden soll. Die der kulturfeindlichen Europäer (Siedelungseuropäer!), ja? Die der gleichfalls erobernd eingedrungenen Zulu, nein? Aber wir können doch keinesfalls gegen die »höchsten Produktionsmethoden« und für die furchtbar ausrottenden, länderverwüstenden, völkervernichtenden, rein aus Laune die eigenen Landeskinder massenabschlachtenden Überhunden Partei nehmen? Also bleibt uns wohl nur das Bündnis der Block... mit den Hottentotten, den wirklichen echten Ureingeborenen Südafrikas. Doch nein, auch die Hottentotten werden sich nur mit unseren »Sympathieen« begnügen müssen:

»Die Machtmittel der kapitalistischen Nationen sind so ungeheuer gross, dass nicht zu erwarten ist, eine dieser Erhebungen vermöchte in der Gegenwart ihr Ziel zu erreichen. Sie können das Los der Eingeborenen nur verschlechtern. [!] So sehr wir solche Rebellionen begreifen, und so sehr wir mit den Rebellen fühlen, sie fördern kann die Sozialdemokratie nicht, ebensowenig wie sie aussichtslose Putsche des Proletariats in Europa selbst fördert.«<sup>13)</sup>

Am Ende dürfen wir also diese, seit jeher unterdrückenden *Unterdrückten* und

<sup>12)</sup> Vergl. den Leitartikel der *Sächsischen Arbeiterzeitung* vom 21. Februar 1900.

<sup>13)</sup> Vergl. Kautsky, loc. cit., pag. 76.

seit jeher enterbenden *Enterbten*<sup>14)</sup> noch nicht einmal über unser Eingeborenenideal, über ihr Selbstregierungsrecht lediglich *aufklären* und *belehren*; denn machen sie Ernst mit unserer und ihrer Grundforderung, so geht es ihnen — in der Gegenwart nur noch schlechter. Ja, die Politik ist eine verwickelte Geschichte, sagte der Bauer im Wirtshaus; und so kam er schliesslich nur zu dem Ergebnis erst am nächsten Morgen nach Hause zu gehen.

## VI



BER Scherz bei Seite: sollen wir als Marxisten fatalistisch alle koloniale Entwicklung sich selbst überlassen und vielleicht gar zu Beschönigern kapitalistischer und siedelungsbäuerlicher Ausschreitungen werden? Keineswegs. Wir sollen jedoch zunächst, wie es uns unsere Meister für andere, ihnen damals näherliegende Gebiete so unübertrefflich gelehrt haben, die modernen grossen ökonomischen und politischen Umwälzungen übersee in ihrem notwendigen Zusammenhang mit unserem ganzen europäischen Wirtschaftsleben verstehen und begreifen lernen. Hier ist bisher nur das eine erreicht: Wir brauchen uns glücklicherweise über die Unentbehrlichkeit und die überwiegenden weltwirtschaftlich-kulturellen Vorteile der Siedelungskolonisation nicht mehr zu unterhalten; hier sind wir nicht mehr *prinzipiell* gegen Kolonialpolitik. Es gilt nunmehr auf der gleichen Erkenntnisbahn fortschreitend vor allem die Unentbehrlichkeit der anderen grossen überseeischen Produktionsumgestaltungen zum Bewusstsein zu bringen, die sich in den tropischen und subtropischen Erdstrichen unaufhaltsam vollziehen, um der europäischen Wirtschaftswelt ihre Rohstoff- und Lebensmittelgrundlage zu sichern und, parallel dem riesenhaften Wachstum des europäischen Bedarfes, immer von neuem zu schaffen.

Dass sich solche überseeischen Wirtschaftsrevolutionen nicht ohne europäisches Eingreifen und nicht ohne Konflikte vollziehen werden — wie will man zum Beispiel siedelungskolonisieren, ohne Eingeborenenland einzuverleiben? —, widerspricht durchaus nicht sondern entspricht vielmehr gerade denjenigen besonderen Vorstellungen, die wir als Marxisten über den Kampf niederer und höherer Wirtschaftsordnungen, aufstrebender und überlebter Produktionsweisen gewonnen haben, hegen und pflegen. Was wir allenfalls, durch die Tatsachen und Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in unserem Wissen bereichert, hinzulernen müssen, ist nur, dass höhere und niedere Wirtschaftsordnungen im Laufe der Geschichte sich nicht nur im Innern der selben Gemeinwesen als aufstrebende und untergehende Klassen gegenüberstehen sondern mehr und mehr auch in den Aussenbeziehungen der Völker zur Geltung kommen: die aufstrebende europäische Wirtschaftszone muss, wenn sie ihren Aufschwung erhalten und, wie das ihre historische Pflicht ist, nach Kräften beflügeln will, ihre zurückgebliebenen Aussenzonen, die leistungsschwachen

<sup>14)</sup> Es ist kindlich aus Bezeichnungen wie *unterdrückt*, *enterbt* eine Art sozialer Wesengleichheit und Interessengemeinschaft zwischen unseren europäischen Arbeitern und den Eingeborenen herleiten zu wollen. Etwa ebenso geistreich wäre es, wenn man, was an sich den Tatsachen viel mehr entspricht, die Eingeborenen als unfähigste *Latifundienbesitzer* (vergl. oben Engels über die ungeheuren Stammesgebiete mit minimalstem Ertrage) anklagen und danach vor dem Richterstuhl der Geschichte zum Verluste aller ihrer so gut wie brachliegenden Riesenländereien verurteilen wollte. Auf solche ethisch-ästhetische Schlagwortspielereien stösst man aber vielfach bei Edelmarxisten, mitunter allerdings auch bei Vulgärmarxisten.

Liefergebiete ihrer Rohstoffe, Lebens- und Genussmittel, gleichfalls wirtschaftlich revolutionieren und mit sich emporreißen.

Träumen wir hier wie bei anderen wirtschaftlich-sozialen Umwälzungen, unserer ganzen marxistischen Grundauffassung entsprechend, nicht von eitel Harmonie, so bleibt natürlich die Milderung der Geburtswehen nach wie vor unsere Parteaufgabe. Ich bin sogar der festen Überzeugung, dass man erst von einem solchen Standpunkt aus eine wirksame, schon in der Gegenwart kulturfördernde Stellungnahme zur Eingeborenenfrage gewinnen kann.

Was man uns aber neuerdings hierüber als Marxismus vorzuführen suchte, ist noch nicht einmal das schlechte Papier wert, auf dem es gedruckt wurde.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · OPPORTUNISMUS



IN England spielt seit längerer Zeit ein Meinungskampf unter Sozialisten über die Frage der Taktik im Kampf um das politische Stimmrecht der Frauen. Er dreht sich nicht darum, ob man überhaupt für die Erteilung des Stimmrechts an die Frauen kämpfen soll. Es hat allerdings Sozialisten gegeben und gibt deren heute noch, — darunter auch Frauen —, welche die Einführung des Frauenstimmrechts unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine schwere Gefährdung des politischen und allgemeinkulturellen Fortschritts halten, weil die übergrösse Mehrheit der Frauen meistens politisch gleichgültig, kirchenfromm, engherzig und daher sehr geneigt seien die ärgsten Reaktionäre zu wählen oder ihre Stimme nach Laune und Stimmung und nicht nach politischen Überzeugungen wegzugeben. Indes, diejenigen, die so denken, sind an Zahl erheblich zusammengeschmolzen oder machen sich öffentlich wenig bemerkbar. Man hört fast nur noch Leute, die das Frauenstimmrecht teils als Naturrecht verteidigen teils aber als reales Bedürfnis unserer Zeit auf die Tagesordnung gesetzt wissen wollen.

In den Reihen derer nun, die das Frauenstimmrecht wollen, herrscht Meinungsverschiedenheit darüber, ob man die von den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erhobene Forderung der Ausdehnung des geltenden Wahlrechts auf die Frauen unterstützen oder lediglich für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht aller Erwachsenen kämpfen sollte. Diejenigen, die für das erstere sind, erklären gleich den anderen, dass nur das allgemeine und gleiche Stimmrecht aller Erwachsenen sie als Sozialisten befriedigen könne, halten aber die Verleihung des jetzigen Stimmrechts unter gleichen Bedingungen wie für die Männer auch an die Frauen für eine Etappe auf dem Wege dazu. An das absolute und gleiche Stimmrecht aller sei zurzeit nicht zu denken; konzentriere man aber alle Energie darauf, dass zunächst einmal Gleichheit für Frau und Mann in der Wahlrechtsfrage gesetzlich anerkannt werde, so sei, da hierfür schon weite und einflussreiche Kreise gewonnen seien, ein Erfolg wohl möglich, und wenn erst die Mauer einmal durchbrochen sei, sei auch die Bahn für weiteren Fortschritt geebnet.

Die Frage wird dadurch etwas kompliziert, dass auch darüber Meinungsverschiedenheit herrscht, welchen Klassen die Ausdehnung des jetzigen Wahlrechtes auf die Frauen vornehmlich zu gute kommen würde. Das Wahlrecht zum Parlament ist in England zwar an die Angehörigkeit zum Staatsverband

geknüpft, das heisst, es kann nicht, wie zum Beispiel das englische Gemeindegewahlrecht, von Ausländern ausgeübt werden, es ist aber in den Städten ganz wie das Gemeindegewahlrecht nicht Wahlrecht der Person in ihrer staatsbürgerlichen Eigenschaft sondern Wahlrecht der Person als Mieter einer Wohnung im Mietswert von mindestens 200 Mark im Jahr.<sup>1)</sup> Dies und der Umstand, dass in England die Wählerlisten stets im voraus gleich für ein ganzes Jahr aufgestellt werden, und nur der auf die Liste kommt, der seine Wohnung mindestens schon ein Jahr inne hat, hat zur Folge, dass eine sehr grosse Zahl von Arbeitern — man kann sie gut auf etwa 2 Millionen schätzen — noch ausserhalb des Wahlrechtes stehen.<sup>2)</sup> Es würden also nur Frauen das Wahlrecht erhalten, die Mieter einer Wohnung in gedachtem Mietswert und einigermaßen sesshaft sind. Einige meinen, das träfe in der Mehrzahl der Fälle nur von Frauen der besitzenden Klassen zu, die bezeichnete Stimmrechtserweiterung würde daher vorwiegend diesen zu gute kommen und reaktionär wirken. Dass unter dieser Voraussetzung Sozialisten nicht die Neigung verspüren für die geschilderte Teilreform sich ins Zeug zu legen kann man gut verstehen. Aber die Richtigkeit der Voraussetzung wird bestritten. Von den Anhängern der Teilreform wird im Gegenteil behauptet, dass die Mehrzahl der Frauen, die bei ihr das Stimmrecht erhalten würden, Lehrerinnen, Buchhalterinnen, Verkäuferinnen, gewerbliche Arbeiterinnen, kurz Personen sein würden, die dem sozialistischen Kontingent oder Werbekreis angehören, dass aber keinesfalls die Mehrzahl der Frauen, die in selbstgemieteten Wohnungen oder Zimmern wohnen, den besitzenden Klassen angehören. Eine Ansicht, die in Industriezentren sehr wahrscheinlich zutrifft. Ist sie aber richtig, so kann von einem vernünftigen Grund für Sozialisten sich der Teilreform in den Weg zu stellen kaum die Rede sein. Es wäre nur zu fragen, ob Sozialisten unter dieser Voraussetzung auch berechtigt wären der Agitation für die Teilreform sich anzuschliessen oder die Teilreform als Forderung aufzustellen, wenn davon ihre Erlangung abhängt und die ganze Reform ersichtlich nicht zu erlangen ist. Das ist der eigentliche Streit. Und so gestellt nimmt die Frage eine Form an, die zum allgemeinen Schema wird für die Reformtaktik der Sozialdemokratie, gleichviel welches die Reform ist, die gerade in Frage kommt, ob es sich um das Frauenstimmrecht, das Wahlrecht schlechthin, ein wichtiges Arbeiterschutzgesetz oder irgend welche sonstige Reform von Bedeutung handelt. Dass die Sozialdemokratie gegebenenfalls weniger annimmt als sie grundsätzlich fordert ist unbestritten. Darf sie aber, wenn der Erfolg davon abhängt, so weit gehen ihre Forderungen selbst zu ermässigen, unter Umständen für weniger kämpfen als sie nach ihrem Programm verlangen müsste?

Es ist dies eine Frage derjenigen Politik, die man gewöhnlich *Opportunismus* nennt, das heisst die Politik der Anpassung an die Umstände des Moments. Eine Politik, deren Abgrenzung von jeher das Fragezeichen der Staatsmänner und Parteien gewesen ist, weil sie ebenso leicht in schwächliches Zurückweichen und verräterisches Preisgeben ausarten kann wie ihr Gegenteil zu

<sup>1)</sup> Dabei ist es aber gleichgültig, ob der Betreffende die Wohnung vom Besitzer des Hauses oder einem Mieter abgemietet hat, und aus wieviel Räumen die Wohnung besteht.

<sup>2)</sup> Trotzdem bilden die Arbeiter heute in England die Mehrheit der Parlamentswähler. Dies den *Grensböten* zur Antwort, die meine Kritik des preussischen Wahlrechts kürzlich mit der Frage zu entkräften suchten, ob ich etwa bereit wäre das preussische Wahlrecht mit dem englischen zu vertauschen. Ich möchte den *Grensböten* nicht raten diesen Tausch englischen Arbeitern anzubieten.

unfruchtbarer Prinzipienreiterei führt. Innerhalb gewisser Grenzen sind wir schliesslich alle Opportunisten, in der Politik wie in unseren sonstigen Beziehungen; wer im gesellschaftlichen Leben nicht als Verträumter erscheinen will, sucht sich mit Sitten und Gebräuchen abzufinden, auch wenn er sie für sinnlos hält, was natürlich noch nicht bedeutet, dass er sich zum Sklaven jeder Mode und jedes eingewurzelten Vorurteils zu machen braucht. Aber der Kampf gegen Modetorheiten und verrottete Überlieferung wird nicht von denen mit Erfolg geführt, die mit allen Gebräuchen ihrer Umgebung im Kampf liegen, sondern von denen, die zu unterscheiden und ihren Angriff zu konzentrieren, ihr Angriffsobjekt zu isolieren wissen. Nicht anders ist es in der Regel im politischen Kampf. Ohne ein Stück Opportunismus ist noch kein politischer Kampf zu erfolgreichem Ende geführt worden.

Das ist so weit eine Binsenwahrheit, und die Kunst des Politikers, ob radikal oder nicht, besteht darin in jedem bestimmten Fall das richtige Mass von Opportunismus zu finden. Das Mass und den Moment der Selbstbeschränkung. Denn selbstverständlich ist es nicht jederzeit opportun Opportunismus zu treiben. Am allerwenigsten für eine Partei wie die Sozialdemokratie, die nicht für diese oder jene Verbesserungen im einzelnen sondern für eine Reform des ganzen Gesellschaftskörpers kämpft. Um eine grosse Partei der an dieser Gesellschaftsreform vornehmlich interessierten Klasse — der zahlreichsten Klasse in diesem Falle — sein zu können, muss sie ein umfassendes Programm mit weitgestecktem die Richtung bestimmenden Ziel aufstellen, muss sie das Gefühl rege erhalten, dass ihr Kampf sich nicht in Tagesforderungen erschöpft und nicht von Erfolgen oder Niederlagen des Sieges abhängt. *Unser der Sieg trotz alledem!* muss in der Tat ihr unvergängliches Wort sein. Aber das grosse Gut eines durch nichts zu erschütternden Bewusstseins von der Unbesiegbarkeit der verfochtenen Sache kann aus einem Faktor sonst kaum zu erwirkender Widerstandsfähigkeit und Siegeskraft zur Ursache verhängnisvoller Unterlassungsfehler und Quelle schwerer Niederlagen werden, wenn es zu dem Glauben verleitet, man müsse unter allen Umständen schliesslich siegen und brauche also gar nicht auf die vor sich gehenden Veränderungen in der umgebenden Welt Rücksicht zu nehmen und die Kampftart ihnen gemäss einzurichten. Wenn wir nicht jeden einzelnen Kampf so kämpfen, als ob von ihm der endgültige Sieg abhinge, dann wird auch dieser nie erreicht werden. Denn der Sieg des Sozialismus kann nur das Ergebnis einer ganzen Reihe von Siegen sein, nicht ein plötzlicher grosser Umsturz nach vorangegangenen Niederlagen.

Unter diesem Gesichtspunkt muss auch der Kampf um die Wahlreform in Preussen geführt werden, den die Sozialdemokratie Preussens jetzt aufgenommen hat. Wir müssen siegen wollen und uns dessen bewusst bleiben, dass der Weg zum Sieg über Siege geht. Ich schreibe das nicht als allgemeine hin sondern als Mahnwort, zu dem mir Anlass vorzuliegen scheint. Man kann heute über den Wahlrechtskampf in Preussen in Partekreisen Ansichten vernehmen, die es als sehr notwendig erscheinen lassen uns rechtzeitig über die taktischen Massnahmen zu verständigen, die im Verlauf des Kampfes notwendig werden können.

Um des Beispiels halber eine Frage heruszugreifen, die an den oben geschilderten Meinungsstreit der englischen Sozialisten anknüpft: Wir kämpfen in der Agitation für dasjenige Wahlrecht, das wir im Programm der

Partei als Grundsatz aufgestellt haben, für das Wahlrecht aller Erwachsenen ohne Unterschied des Geschlechts. Das ist durchaus in Ordnung, wir müssen diese Forderung, die das Frauenstimmrecht einschliesst, propagandistisch bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit allem nur möglichen Nachdruck vertreten, wenn sie nicht bloss dekoratives Beiwerk sein soll. Verbietet uns das aber in der Aktion unter bestimmten Umständen unsere Wahlrechtforderung zeitweilig zu begrenzen, die Forderung auf weniger zu stellen als was wir prinzipiell erstreben, wenn wir wissen, dass zurzeit nicht eine einzige Partei ausser der Sozialdemokratie das Wahlrecht im obigen Sinne gutheisst, wir es also nur dann durchsetzen könnten, wenn wir die Macht hätten den Gegnern, Regierung und Parteien insgesamt das Wahlrecht zu diktieren? Eine Reihe von sozialistischen Parteien des Auslandes sind in den letzten Jahren in die Lage gekommen sich diese Frage vorzulegen und haben sie dahin beantwortet, dass sie in der Tat von ihrer Programmforderung diejenigen Abstriche machten, die sich als unumgänglich notwendig erwiesen, um den unternommenen Wahlrechtskampf einen grossen Schritt vorwärtszuführen.

Das klassische und uns nächstliegende Beispiel ist das Vorgehen der österreichischen Genossen bei der Wahlreform. Nachdem sie am 31. Oktober 1905 in Wien eine Strassendemonstration gemacht hatten, die an Temperament und Wucht die unserige vom 12. Januar dieses Jahres um ein erhebliches übertraf, beschlossen sie Tags darauf, um den nächsten Schritt, das gleiche Wahlrecht für alle Männer, um so sicherer zu erreichen, einstweilen auf die Forderung des Frauenstimmrechtes zu verzichten. Die sozialdemokratischen Frauen Österreichs stimmten dem begeistert zu; begeistert, weil sie voraussahen, dass das gleiche Wahlrecht der Männer nach Lage der Dinge nur so zu erlangen war, und sich sagten, dass für die Arbeiterklasse, Männer wie Frauen, die ein Riesenschritt auf dem Wege der Befreiung sein würde. Zwei hervorragende Vertreterinnen der sozialdemokratischen Frauen Österreichs, Adelheid Popp und Therese Schlesinger-Eckstein haben, die eine in den *Sozialistischen Monatsheften*, die andere in der *Neuen Zeit*, dies und die näheren Umstände, die jene Haltung bestimmten den deutschen Genossen in vorzüglichen Artikeln dargelegt, die an Aktualität für uns nichts eingebüsst haben.<sup>3)</sup> Die österreichischen Genossen sind dann noch weiter gegangen. Sie haben später die Regierungsvorlage akzeptiert, obgleich diese das Wahlrecht an einen einjährigen Wohnsitz und das erreichte 24. Altersjahr knüpfte und die Wahlkreise ungleich liess. Ja, sie haben, unbekümmert, ob man sie darob *Regierungspartei* schelten werde, sich gegen jeden Versuch erklärt, die so fixierte Reform zu verschleppen oder zu gefährden. Wer daran Gefallen findet gleich gewissen indischen Philosophen in seinem eigenen Nabel den Mittelpunkt der Welt zu bewundern, dem wird das als höchst verwerflicher *Opportunismus* erscheinen. Opportunismus war es allerdings, aber man kann hier wirklich sagen *revolutionärer Opportunismus*. Durch diese Politik und nur durch sie konnte die Wahlreform von 1906 in Österreich durchgesetzt werden, die eine vollständige Umwälzung der politischen Machtverhältnisse in dem bis dahin noch halbfeudalen Staat zur Folge

<sup>3)</sup> Vergl. Adelheid Popp *Die österreichische Wahlreform und das Frauenwahlrecht* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Band, pag. 301 ff., und Therese Schlesinger-Eckstein *Die österreichische Wahlrechtsbewegung und das Frauenstimmrecht* in der *Neuen Zeit*, 1906-1907, 1. Band, pag. 147 ff.



hatte und die österreichische Arbeiterpartei zu einem entscheidenden Faktor der Gesetzgebung ihres Landes gemacht hat. Der Redakteur der Wiener *Arbeiterzeitung* Genosse Austerlitz hat in einem äusserst lesenswerten Artikel die Bilanz der damaligen Taktik der österreichischen Sozialdemokratie gezogen; er sagt unter anderem:

»Wer freilich immer nur die Parteien sieht und zuweilen sogar nur ihre Vergangenheit, der wird die zweifellose Differenz zwischen den Klasseninteressen der Bourgeoisie und dem Parteiprofit der bürgerlichen Parteien lebendig zu machen für unmöglich erachten; das österreichische Exempel, darin das bürgerliche Interesse die Parteivorurteile schlug, beweist aber sehr einleuchtend das Gegenteil.«<sup>4)</sup>

Das ist, als sei es direkt für unsern preussischen Wahlrechtskampf geschrieben, und ist namentlich denen zur Beherzigung zu empfehlen, die das letzte Wort aller politischen Weisheit gesprochen zu haben glauben, wenn sie beständig *Klassenkampf! Klassenkampf! Klassenkampf!* ausrufen.

Klassenkampf selbstverständlich, aber mit Unterscheidung. Ich habe wiederholt an dieser Stelle gegen die verdummende Gepflogenheit polemisiert die bürgerlichen Parteien schlechthin mit bestimmten Klassen oder gar kurzweg mit der Bourgeoisie zu identifizieren. Die Parteien sind nach beiden Seiten hin den Klassen inkongruent: das Parteiinteresse ist zuweilen Reformen günstiger, zuweilen aber auch den Reformen feindlicher als das Interesse der der Parteien am nächsten stehenden Klassen oder Klassengruppen. Es gibt neben den Arbeitern noch grosse Schichten der Bevölkerung, die, sei es aus materiellen, sei es aus ideologischen Gründen, für die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts sind. Wenn es daher richtig ist in erster Linie die Arbeiterklasse zum Kampf für das demokratische Wahlrecht aufzurufen so ist es doch grundfalsch den Wahlrechtskampf als ein ausschliessliches Interesse des Proletariats hinzustellen, und es würde, konsequent durchgeführt, ihn im höchsten Grade schädigen. Wir müssen alle Kräfte lebendig machen helfen, sie ermuntern und ermutigen, die für den Wahlrechtskampf überhaupt zu haben sind.

»Die taktische Meisterleistung der Sozialdemokratie«, heisst es an anderer Stelle bei Austerlitz, »war wohl die Isolierung der eigentlichen Gegner.« Und weiter: »Dass kein Wahlrechtskampf vorwärts kommen kann, wenn er die eigentlichen Nutzniesser des Wahlunrechts nicht zu isolieren vermag, das darf nach den österreichischen Erfahrungen geradezu als Axiom betrachtet werden.« Auch noch einen Satz möchte ich denjenigen Genossen in Preussen ans Herz legen, die da glauben, dass wir unter allen Umständen die stärkste Politik treiben, wenn wir uns vollständig isolieren, und dass wir infolgedessen uns auf das Demonstrieren beschränken, das andere aber bis auf weiteres der Regierung und den bürgerlichen Parteien überlassen sollen:

»Hier sich zu bescheiden das Wahlrecht zu fordern, seine reale Verwirklichung in dem buntgemengten Nationalitätenstaat aber etwa den bürgerlichen Parteien zuzuschieben, die von jeder anderen Notwendigkeit mehr als von der überzeugt waren, die ihnen Vorrechte nimmt: das wäre eine unfruchtbare Politik, das wäre die T a t o h n e d e n G e d a n k e n g e w e s e n.«

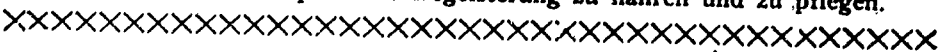
Man wird mir antworten, das möge ganz gut für Österreich gepasst haben. könne aber für Preussen nicht massgebend sein, wo ganz andere Verhältnisse obwalten. Der Einwand ist aber keineswegs schlagend. So gross die Unterschiede zwischen hier und dort sind, so liefert die derzeitige politische Situation

<sup>4)</sup> Vergl. Fritz Austerlitz *Zwischen zwei Kämpfen* in der *Neuen Zeit*, 1906-1907. 1. Band, pag. 709.

in Deutschland doch den kräftigsten Beweis, dass die Demokratisierung des Wahlrechts in Preussen ein weit grösseres Interesse ist als das zeitliche einer einzelnen Klasse. Wenn in Österreich die Nationalitätenfrage die Wahlreform als ein staatliches Interesse erscheinen liess, so ist bei uns es das Reichsinteresse, das durch die Frage der Gestaltung des preussischen Wahlrechts eng berührt wird, sowie die internationale Stellung Deutschlands, und es liegt ganz an uns dieses wichtige Moment im Wahlrechtskampf zu seiner vollen Geltung zu bringen. Dies und noch ein zweites. »So lässt sich eine Wahlreform natürlich nicht durchsetzen, dass man hartnäckig ihre Schädlichkeit beweist: für den Staat, der sie annehmen soll, für die Parteien, die sie beschliessen müssen, also etwa ihnen versichert, dass *sie den Ast absägen, auf dem sie sitzen*, wenn sie ihre Privilegien aufgeben«, schreibt Austerlitz, und hier darf sich gar mancher Freund unter uns an die Brust schlagen und mit dem seligen Wrangel sagen: »Damit meint er mir!« Wir dürfen mit ehrlichem Gewissen die Demokratisierung des Wahlrechts als eine Reform hinstellen, an der, eine sehr kleine Klasse von Privilegierten ausgenommen, das breite Bürgertum auch ein Interesse hat, als Gewähr und mächtigem Hebel organischen sozialen Fortschritts.

Schon heute wird das von mehr Menschen im Bürgertum begriffen als viele unter uns sich träumen lassen. Man findet bei Leuten, von denen man es nach ihrer gesellschaftlichen Stellung am wenigsten vermuten würde, eine viel freiere oder, um es anders auszudrücken, radikalere Stellung zur Wahlrechtsfrage, als bei den Parteien, die als der Ausdruck ihrer Interessen gelten. Die Parteien, die an ihre Mandate denken, sind ängstlicher und mehr zu Winkelzügen geneigt als ein grosser Teil selbst ihres bürgerlichen Gefolges. Wir würden daher auch manchem bürgerlichen Politiker von Beruf einen grossen Gefallen tun, wenn wir uns als moderne Catone auf den letzten Buchstaben unserer Forderung steifen. Unzweifelhaft benachteiligt das Reichstagswahlrecht selbst bei Gleichheit der Wahlkreise die Arbeiterklasse zu gunsten der besitzenden Klassen. Wir muten also nicht nur den Frauen sondern auch im allgemeinen der Arbeiterklasse ein grosses Opfer zu, wenn wir die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen gegebenenfalls als derzeitiges Objekt der Wahlreform in Preussen akzeptieren. Wir würden aber den Gegnern der Wahlreform den grössten Gefallen tun, wenn wir das letztere verweigerten. Denn auf diese Forderung sich zu verpflichten haben sich schon verschiedene Parteien genötigt gesehen, und sie beim Wort zu nehmen muss unsere Aufgabe sein.

Wenn wir um uns blicken, nach den Ländern, die im Laufe des letzten Jahrzehnts ihr Wahlrecht demokratisch entwickelt haben, so werden wir finden, dass es dabei nirgends ohne eine gewisse Kooperation von Parteien verschiedener Richtung abgegangen ist. Eine solche ist möglich, ohne dass man sich mit Krethi und Plethi zu einem *Block* zusammen tut; sie ist möglich bei vollständiger Aufrechterhaltung der Geschlossenheit und Unabhängigkeit der eigenen Partei. Sie fordert nur, dass man es versteht revolutionäre Energie mit opportunistischer Abmessung des nächsten Ziels zu vereinen, dass man es versteht dem als zuverlässig erkannten Willen entgegenzukommen und, wo die Neigung zum Grosstun sich zeigt, das so oft von Ausnutzung sich bietender Möglichkeiten ablenkt, statt seiner schöpferische Begeisterung zu nähren und zu pflegen.



## EDUARD DAVID · WO STEHT DER FEIND?



IE Erringung eines demokratischen Wahlrechts zum preussischen Landtag bildet die grosse Aufgabe, von deren glücklichen Lösung jeder weitere nennenswerte politische Fortschritt in Preussen-Deutschland abhängt. Der ehemals von der Sozialdemokratie gehegte Glaube, das preussische Junkerparlament werde in sich selbst verfaulen, hat sich als schwerer Irrtum erwiesen. Von Jahr zu Jahr ist es deutlicher geworden, dass die Herrenkaste Preussens ihre Machtposition im Landtage meisterhaft auszunutzen versteht, nicht nur um die preussische sondern auch um die Reichspolitik nach ihrem Willen zu steuern. Die Reichsregierung ist faktisch nichts als eine Filiale des preussischen Staatsministeriums. Letzteres aber ist vollkommen in der Hand der feudal-klerikalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses, die obendrein noch eine mächtige Rückendeckung in dem Herrenhause hat. Ihr Wille ist in Wahrheit das oberste Gesetz im Deutschen Reich. Diesem Umstand dankt das immer mehr auf Industrie und Welthandel angewiesene Deutsche Reich seine agrarische Hochschutzzoll- und Grenzsperrpolitik, die ihm den internationalen Wettbewerb aufs äusserste erschwert. Aus ihm resultiert die blamable Rückständigkeit der *Kulturpolitik*, die geistige und geistliche Bevormundung des wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens, die das Volk der Dichter und Denker nachgerade zum Gespötte der westeuropäischen Kulturvölker macht.

Nichts ist nun verkehrter als zu meinen, dass die derzeitigen politischen Zustände in Preussen-Deutschland das notwendige Produkt einer normalen *kapitalistischen Entwicklung* seien. Es ist geradezu absurd in dem Klassengegensatz zwischen *Bourgeoisie* und *Proletariat* den Schlüssel zum Verständnis unserer derzeitigen politischen Verhältnisse zu suchen. Der Gegensatz zwischen kapitalistischem Unternehmer und proletarischem Lohnarbeiter ist zweifellos ein mächtig wirkender Faktor in Fragen sozial- und wirtschaftspolitischer Natur. Aber wer nur diesen Gegensatz sieht, wer ihn für den allein massgebenden oder auch nur für den hauptsächlich entscheidenden Faktor in unserer politischen Konstellation hält, der tritt mit Scheuklappen durch die politische Arena. Die ganze deutsche Wirtschaftspolitik segelt seit Jahren einen ausgesprochen antikapitalistischen Kurs. Nicht die Interessenten des modernen mobilen Kapitalprofits sind bei uns die Herren der Situation sondern die Interessenten der Grundrente. Hie höhere Grundrente, hie höherer Kapitalprofit: das waren die beiden Losungen, die sich in England während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegenüber standen. Dort siegte die Kapitalistenpartei über die Grundherrenpartei. In Preussen-Deutschland hat die letztere bis auf den heutigen Tag die Oberhand behalten. Das dankt sie Bismarck. Er war es, der zur kritischen Zeit, Ende der siebziger Jahre, die ins Wanken gekommene Position der Grundherren dadurch vor dem Zusammenbruch bewahrte, dass er die mächtige Gruppe der schweren Industrie, deren wirtschaftliche Basis die monopolisierte Montanrente ist, mit den Agrariern durch ein Schutzzollgeschäft auf Gegenseitigkeit liierte. Dieser Block der ober- und unterirdischen Agrarier hat dann aber erst seine ganze Wucht dadurch erhalten, dass es den grossen Grundherren gelang die Masse der mittleren und kleineren Landwirte an sich heranzuziehen und in einem grossartigen Organisationswerke fest zusammenzuschmieden.

Position für Position sind die Interessenten des mobilen Kapitalprofits, die Fertigfabrikanten, die Bank- und Handelsinteressenten, zurückgeworfen worden. Die neue Transport- und Verkehrsmittelpolitik hatte die Erschwerung und Verteuerung der städtisch-industriellen und kommerziellen Erwerbstätigkeit zum Ziel. Trotz des verzweifelten Geschreis der Fach- und Tagespresse der städtischen *Bourgeoisie* sind die Personentarife erhöht, die billigen Ortspfortaxen beseitigt, Frachtstempel und Fahrkartensteuer eingeführt worden. Der Hauptstoss aber, den die Interessenten der Grundrente gegen die Interessenten des mobilen Kapitalprofits führten, richtete sich gegen das Herz des modernen Geld- und Warenhandels, die B ö r s e. Wer angesichts einer solchen Gesetzgebung Behauptungen aufstellt wie die, dass die politischen Geschehnisse in Preussen-Deutschland die *naturnotwendigen Produkte* der kapitalistischen Entwicklung, dass wir es hier mit den unvermeidlichen Erscheinungen eines *verschärften Klassengegensatzes*, mit den Kampfphasen zwischen *Bourgeoisie* und *Proletariat* zu tun hätten, der ist einfach nicht ernst zu nehmen. Der Staat Preussen ist ein *Ausnahmefall*, ein Anachronismus ganz besonderer Art. Wer daraus *allgemeine Gesetze* für die *kapitalistische Entwicklung* auf politischem Gebiet ableitet, produziert Unsinn.

Die ganze Entwicklung ausserhalb Preussens geht seit Jahren sichtbarlich auf Demokratisierung. Nur wo ein noch genügend starker Rest der alten Herrschaft mit zuverlässigem bewaffneten Anhang vorhanden ist, gelingt es den Demokratisierungsprozess zeitweilig aufzuhalten. Die modernen, kapitalistisch höchstentwickelten Völker sehen in der Demokratie die ihnen allein adäquate Staatsform. Frankreich, England, Amerika, Australien sind Beispiele dafür. An der Durchsetzung der Demokratie auch in Deutschland ist das städtisch-industrielle und kommerzielle *Bürgertum* darum nicht weniger interessiert als die Lohnarbeiterschaft. Nur mit Hilfe der Demokratie kann es sich freie Bahn für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen, die ihm Lebensbedürfnis ist. Bei allen sonstigen Interessengegensätzen zwischen ihm und der Lohnarbeiterschaft liegt hier doch eine fundamentale Interessengemeinschaft. Die ungehemmte Entwicklung der Produktivkräfte und Verkehrsmittel, des Konsums, der ganzen wirtschaftlichen Kultur ist gleichermassen für das Bürgertum wie für die Arbeiterschaft die Existenzfrage. Und was die Vorrechte der feudalen Herrenkaste in der Staatsverwaltung, im Offizierkorps, in der Diplomatie und in der Gesellschaft anlangt, so empfindet naturgemäss das *gebildete und besitzende Bürgertum* trotz der vereinzelt Konzessionsschulzen die Zurücksetzung mit noch grösserem Ingrimm als das Proletariat, das an ein Aschenbrödelndasein in jeder Hinsicht noch mehr gewöhnt ist.

Aus diesen Gründen erklärt es sich, dass die Bewegung auf Demokratisierung des preussischen Landtagswahlrechts nicht bloss auf das Proletariat beschränkt ist. Letzteres ist in Preussen erst spät zu lebendigem Interesse für den Landtag und seine Reform gekommen. Soweit es nicht unmittelbar von der sozialdemokratischen Agitation berührt wird, steht es heute noch ziemlich teilnahmslos der Sache gegenüber. Es ist gewiss eine hochwichtige Aufgabe unserer Presse die gesamte werktätige Bevölkerungsmasse in Stadt und Land in Bewegung zu setzen und sie, soweit sie nicht für unsere Partei gewinnbar ist, wenigstens zu einem aktiven Element der Demokratisierung innerhalb der anderen Parteien zu machen. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum zu

glauben auf diesem Wege allein eine so starke Sturmflut der öffentlichen Meinung erzeugen zu können wie sie erforderlich ist, um das bestehende Regiment hinwegzufegen. Das kann nur geschehen, wenn alle Elemente, die an der Demokratisierung interessiert sind, sich zu seiner Niederwerfung zusammenschliessen.

Die Zerfahrenheit ihrer Gegner hat die Herrschenden bis jetzt triumphieren lassen. Der feindliche Zwiespalt zwischen linksliberalem Bürgertum und sozialdemokratischer Arbeiterschaft garantiert ihnen die Fortdauer ihrer Vorherrschaft. Das wissen sie sehr wohl, und sie verstehen sich meisterhaft auf die *Kunst Teile deine Gegner, um sie zu beherrschen!* Erleichtert wird ihnen das durch den Umstand, dass sich das Bürgertum und die Sozialdemokratie um die nämlichen städtisch-industriellen Reichstags- und Landtagsmandate zu reissen haben, indessen die zahlreichen Bastionen der konservativ-klerikalen Herrschicht auf dem flachen Lande von beiden unberannt bleiben. Namentlich ist es die lokale Kampfsituation zwischen Freisinn und Sozialdemokratie in Berlin, die beide immer wieder zu wütendem Aufeinanderhauen treibt. Gewiss lassen sich diese Kämpfe nicht vermeiden, gewiss klaffen grosse prinzipielle und praktische Gegensätze zwischen Linksliberalismus und Sozialdemokratie, gewiss ist ein parteipolitisches Ineinanderaufgehen ein Ding der Unmöglichkeit; aber ebenso gewiss wäre es für beide Teile eine unverantwortliche Verblendung, wollten sie darüber vergessen, dass ihnen beiden eine nächste, allernotwendigste historische Aufgabe gestellt ist, die sie nur mit vereinter Kraft lösen können: die Niederbrechung des Herrenregiments. Die gemeinsame Losung für diesen Kampf gegen den gemeinsamen Feind ist schon gegeben: Reichstagswahlrecht für Preussen! Selbst die rechtsstehenden Elemente im freisinnigen Lager, die Männer um Fischbeck und Wiemer, haben sich durch ihren Antrag im preussischen Abgeordnetenhaus auf diese Parole festgelegt und sich auch nach dem 10. Januar wiederholt öffentlich dazu bekannt. Gut. Rücken wir fortan die Demokratisierung des preussischen Wahlrechts in den Mittelpunkt all unseres politischen Denkens und Handelns; scheiden wir die Geister einzig und allein nach dem Gesichtspunkt, ob sie in dieser einen Frage für oder gegen uns sind; betrachten wir jeden als Verbündeten, der in dieser einen Frage mit uns geht; isolieren wir den konservativ-klerikalen Feind! Das ist die einzige Taktik, die in dieser Sache zum Ziel führt.

Der konservativ-liberale Block ist seit dem 10. Januar tot. Wenn auch massgebende freisinnige Abgeordnete noch den Schein wahren und wenigstens einige Resultate dieser unnatürlichen Paarung mit nach Hause bringen möchten: die politische Kombination, ein Angstprodukt Bülow'scher Diplomatie, ist gerichtet. Kein Zweifel, dass das linksliberale Bürgertum auch eine heilsame Lehre aus dem Blockexperiment gezogen hat. Der schlimmste Feind steht rechts, Führung nehmen nach links: das ist die Stimmung, die in seinen Reihen von Tag zu Tag wächst. Diese Stimmung nicht zu zerstören sondern nach Kräften zu fördern ist in der gegebenen Situation eine ernste Pflicht. Nur wenn sie das Gros des Bürgertums wie der Arbeiterschaft durchdringt, kann die kommende Landtagswahl zu einer entscheidenden Etappe im Wahlrechtskampf werden.

Es gibt Parteigenossen, denen der *agitorische Gesichtspunkt* bei dieser wie

bei anderen Fragen höher steht als der positive Erfolg. Denen muss gesagt werden: Wer im preussischen Wahlrechtskampf aus agitatorisch-taktischen Gründen den Zusammenschluss aller opponierenden Elemente verhindert und damit einen baldigen, durchschlagenden Erfolg vereitelt, der schädigt nicht nur die Sache des Fortschritts, er schwächt auch die Anziehungskraft der Partei, den Enthusiasmus und das Vertrauen unserer Wählermassen. Der positive Erfolg ist der beste Agitator. Und wahrhaftig, es ist hohe Zeit, dass die preussische Sozialdemokratie beweist, dass sie nicht nur viel zu fordern sondern auch einiges durchzusetzen vermag. Die konservativ-klerikale Reaktion triumphiert seit Jahren auf der ganzen Linie, und die starke Sozialdemokratie — vermag nichts daran zu ändern! Die Sozialdemokratie muss endlich heraus aus diesem Zustand der Ohnmacht. Die weiteren Ziele unserer Bewegung in Ehren, aber die nächste uns gestellte Aufgabe von weltgeschichtlicher Bedeutung ist die Umwandlung Preussens in ein modernes, konstitutionelles Staatswesen. Erst auf dem Boden eines solchen demokratischen Staates können unsere Kämpfe mit der bürgerlichen Demokratie zum Austrag gebracht werden. Vorerst haben wir einen mächtigen gemeinsamen Feind, der die gesunde Entwicklung der gesamten Partei auf Schritt und Tritt hemmt. Ihn niederzuwerfen kann nur durch vereinte Kräfte gelingen; darüber kann sich kein Verständiger einer Täuschung hingeben. Darum vereinigen wir sie jetzt, um dem Fortschritt die nächstnotwendige Gasse zu brechen!

XX

## WOLFGANG HEINE · DER ENTWURF EINES KURPFUSCHEREIGESETZES



IEDER einmal schiebt sich die reaktionäre Strömung auf wirtschaftlichem Gebiet — die bemüht ist Schritt für Schritt die aus der liberalen Ära die Reichspolitik von 1867 bis 1878 stammende Freiheit des Gewerbebetriebes einzuengen — an einen wichtigen entscheidenden Erfolg zu erringen. Und charakteristisch für die gegenwärtige politische Lage Deutschlands ist es, dass dieser Rückschritt, wie auch mancher andere, von Kreisen ausgeht, die früher die hauptsächlichsten Vertreter der Idee des freien Wettbewerbes waren, von den Kreisen der intellektuellen Arbeit. Dem ewigen Drängen der Ärzte will die Reichsregierung nachgeben und etwas schaffen, das trotz allen Verwahrungen praktisch auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Aufhebung der Kurierfreiheit. Dies noch dazu in der besonders bösartigen Form, dass nicht der Gesetzgeber selbst die rückschrittliche Massregel auf seine eigene Verantwortung nehmen sondern sie dem Ermessen der Verwaltung, des aus unverantwortlichen Vertretern der verbündeten Regierungen bestehenden Bundesrats übertragen soll.

Dabei benutzt der Entwurf geschickt die berechnete Entrüstung über unzweifelhafte Ausschreitungen gewissenloser Spekulanten auf die Dummheit des Publikums, Ausschreitungen, die dank den Mitteln der Publizistik heut mehr zum öffentlichen Bewusstsein gelangen als früher. Dass Geheimmittelschwindel und wirkliche Puscherei vielfach erfolgreiche Raubzüge gegen den Geldbeutel derer, die nicht alle werden, veranstaltet haben, und dass in manchen Fällen die

Opfer auch Schädigungen der Gesundheit davon getragen haben mögen, ist nicht zu bezweifeln. Zur Bekämpfung solcher Missbräuche würden aber die bestehenden Strafgesetze völlig ausreichen. Wenn hie und da angeklagte Kurpfuscher freigesprochen worden sind, so geschah es, weil das Gericht nicht zur Überzeugung kam, dass eine bewusste Hintergehung der Patienten oder eine Schädigung ihrer Gesundheit vorläge. In solchen Fällen besteht aber auch kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung.

Namentlich dürfte aber auch kein wissenschaftliches Interesse an einem neuen Eingriff der Gesetzgebung vorhanden sein. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass die Entwicklung des modernen Lebens, dass auch die Gesetzgebung durch den Ausbau der Unfall-, Kranken- und Invaliditätsversicherung die Behandlung der Krankheiten durch wissenschaftlich gebildete Ärzte in einem früher ganz unbekanten und unerwarteten Masse gefördert haben. Sicher liegt heut das Verhältnis der durch nicht studierte Personen behandelten Krankheiten zu den wissenschaftlich kurierten Fällen für die wissenschaftliche Medizin weit günstiger als vor einem Menschenalter, trotz der angeblich schrecklichen Ausbreitung des wirklichen Kurpfuschertums und trotz des Emporblühens einer von der Schulmedizin nicht als voll anerkannten Naturheilkunde. Also auch von diesem Standpunkte aus könnte man ruhig die weitere Entwicklung abwarten und sie dem freien Wettbewerb zwischen der akademischen Medizin und der freien Heiltätigkeit überlassen.

Ein eigentliches Interesse an den Einschränkungen der Kurierfreiheit hat nur der Stand der approbierten Ärzte, aber dies Interesse liegt wesentlich auf wirtschaftlichem Gebiet und besteht in der Beseitigung der Konkurrenz. So wichtig nun für die Gesellschaft das Bestehen eines wissenschaftlich durchgebildeten, geistig unabhängigen Ärztstandes ist, so verkehrt ist es, wenn man in zünftlerischen Privilegien das Mittel zur Erzeugung oder Erhaltung dieser notwendigen Eigenschaften sucht. Jedenfalls liegt darin eine Verleugnung des liberalen Grundprinzips; es ist eine bedauerliche Kurzsichtigkeit, wenn selbst das entschieden liberale *Berliner Tageblatt* an dem Gesetzentwurf noch nicht genug hat sondern eine volle Aufhebung der Kurierfreiheit fordert. Dabei will der Entwurf nur der Form nach das Recht der Ausübung der Heiltätigkeit durch jedermann aufrecht erhalten. Er will es aber durch Ausnahmen so durchlöchern, dass es tatsächlich als aufgehoben gelten kann.

Die Begründung des Entwurfs verwendet durchweg nur den beschimpfenden Ausdruck *Kurpfuscher*, aber sie verschweigt, wer alles nach der Terminologie unserer Bürokratie und unseres privilegierten Ärztstandes darunter fällt.

**Kurpfuscherinnen:** das waren und sind noch die mutigen und energischen Frauen, die in den siebziger und achtziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts sich die wissenschaftliche Bildung und Approbation, von der Deutschland sie ausschloss, im Auslande holten, die dann in die Heimat zurückgekehrt ohne deutsche Approbation praktizierten, die Unentbehrlichkeit und die Leistungsfähigkeit weiblicher Ärzte durch die Tat bewiesen, und deren Wirksamkeit allein es zuzuschreiben ist, dass endlich die Ausschliessung der Frauen vom medizinischen Studium, vom Doktorgrad und der Approbation auch in Deutschland beseitigt wurde. Diese Frauen, die sich durch ihr selbständiges Vorgehen den Dank der ganzen Nation verdient haben, leben und arbeiten noch unter uns,

zu grösster Anerkennung ihrer im Inland approbierten Kollegen und Kolleginnen, aber sie sind *Kurpfuscher* und würden unter das neue Gesetz fallen.

Als *Kurpfuscher* im offiziellen Sinne gelten auch die nicht approbierten Zahnärzte und Zahnkünstler, die sich ebenfalls ein nicht geringes Verdienst um die Wissenschaft und um die Gesundheit der Nation erworben haben. Zu einer Zeit, wo die Zahnheilkunde in Deutschland noch nicht als voll galt, haben sich deutsche Dentisten und Dentistinnen in Amerika eine wissenschaftliche Ausbildung erworben, die sie damals in Deutschland auch an den Universitäten überhaupt nicht hätten finden können. Sie haben dann in Deutschland praktiziert als *Kurpfuscher*, wie der medizinische Zünftlerjargon sie geschmackvoll nennt, haben dadurch erst die Möglichkeit einer sorgfältigen Zahnbehandlung bei uns geschaffen und deren Notwendigkeit zum öffentlichen Bewusstsein gebracht und haben einen Stand wissenschaftlich und technisch ausgezeichnet gebildeter Zahnheilkundiger und Zahntechniker schaffen helfen, auf den Deutschland stolz sein kann. Jeder weiss, dass die approbierten Zahnärzte im Deutschen Reiche nicht genügen würden, um auch nur einen winzigen Bruchteil der notwendigen Zahnbehandlungen durchzuführen. Trotzdem erleben wir seit einer Reihe von Jahren eine fortgesetzte Treiberei der approbierten Zahnärzte und der Behörden gegen die freie Zahnheilkunde. Man untersagte den Krankenkassen, sie zur Behandlung heranzuziehen. Man versuchte die Zahnkünstlerinnen aufzulösen; unerhörterweise, weil diese sich bemühten durch wissenschaftliche Schulung und Fachprüfungen die Leistungen der Gewerbsgenossen zu heben. Neuerdings macht man Zahnheilkundigen Schwierigkeiten beim Bezug der für ihren Betrieb nötigen Chemikalien, indem man ihnen den Giftschein verweigert. Konsequenterweise drängt man dahin jede eigentliche Heilbehandlung den approbierten Medizinalpersonen vorzubehalten.

Diese kleinliche Interessenpolitik soll jetzt durch das neue Gesetz vollendet werden. Wer gewerbsmässig die Heilkunde betreiben will, ohne im Besitz einer *Approbation* zu sein, soll einer *Anzeigepflicht* unterworfen werden, was allerdings jetzt schon vielfach auf grund von Polizeiverordnungen vorgeschrieben ist. Diese Personen sollen auch auf Erfordern der Behörde Auskunft über ihre Vorbildung und ihr Vorleben geben. Schlimmer ist, dass sie verpflichtet werden sollen *Geschäftsbücher* zu führen, die der *Polizeibehörde* auf Verlangen vorzulegen sind, und deren Einreichung der Bundesrat bestimmen soll. Selbstverständlich führt jeder Arzt seine Journale; das ist aber etwas ganz anderes als diese polizeilich schematisierte und kontrollierte Buchführung, wodurch die freien Heilkundigen den Trödlern, Pfandleihern und Gesindevermietern gleichgestellt werden sollen. Die Verpflichtung sich und die Verhältnisse seiner Patienten täglich polizeilicher Schnüffelei zu unterwerfen ist unvereinbar mit einer anständigen Praxis. Die Begründung des Gesetzes gibt deutlich zu erkennen, dass damit direkt beabsichtigt wird das Publikum von der Konsultierung nicht approbierter Heilkundiger abzuschrecken.

Das Gesetz will aber allen Nichtapprobierten gewisse Arten von Praxis gänzlich untersagen. Es will in § 3 bestimmen:

»Den im § 1 Absatz 1 bezeichneten Personen ist bei der Ausübung ihres Gewerbebetriebes verboten:  
an Menschen und Tieren:



- a) eine Behandlung, die nicht auf grund eigener Untersuchung des zu Behandelnden erfolgt (Fernbehandlung);  
an Menschen:
- b) die Behandlung von Tripper, Schanker, Syphilis:
- c) die Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln, die über den Ort der Anwendung hinaus wirken;
- d) die Behandlung mittels Hypnose;
- e) die Behandlung mittels mystischer Verfahren.

Damit würde zunächst den verdienstvollen tüchtigen Ärztinnen, die eine Approbation in Deutschland nicht haben erlangen können, jede Kurierung von Geschlechtskrankheiten verboten sein, obgleich doch gerade auf diesem Gebiet der Vorzug der Behandlung von Frauen ganz evident ist. Hat sich doch das Berliner Polizeipräsidium aus diesem Grunde vor etlichen Jahren genötigt gesehen eine nicht im Inland approbierte Ärztin, die nach der kleinlichen Judikatur nicht das Recht hatte sich *Ärztin* zu nennen, als *Polizeiärztin* anzustellen. Ebenso bedenklich ist die Bestimmung über die Anwendung von Betäubungsmitteln. Die Formulierung des Gesetzes gestattet nicht etwa die Anwendung der Mittel, die die medizinische Wissenschaft nach der Art ihrer nächsten Wirkung als *lokale* Betäubungsmittel bezeichnet und zu lokalen Betäubungen anwendet, sondern das Gesetz will alle verbieten, die überhaupt über den Ort der Anwendung hinaus wirken, das heisst eine Wirkung irgendwelcher Art haben. Es dürfte kaum ein Mittel geben, von dem nicht hinterher ein medizinischer Sachverständiger begutachten würde, dass es zwar für lokale Betäubungswirkung bestimmt sei, dass es aber auch Wirkungen anderer Art auf weitere Gebiete des Körpers haben könnte. Jedenfalls würde man damit den nicht im Inland approbierten Ärzten, Zahnärzten und den Zahnkünstlern ihre Praxis gründlich erschweren können.

Der Entwurf will aber noch weiter gehen. Im Absatz 2 des § 3 heisst es: »Durch Beschluss des Bundesrats kann die Anwendung der unter c) bis e) genannten Verfahren auch bei Tieren, sowie die Anwendung anderer als der unter c) bis e) genannten Verfahren bei Menschen und Tieren untersagt werden.«

Das ist ein Blankettgesetz, das dem Bundesrat ermöglicht, jede Art ärztlicher Behandlung nicht approbierter Personen allgemein zu untersagen. Bei der zünftlerisch reaktionären Richtung, die in den Regierungen herrscht, bedeutet das nichts weniger als die Aufhebung der Kurierfreiheit, die Proskribierung aller von der offiziellen Medizin noch nicht anerkannten Methoden, die Vernichtung zahlloser Existenzen, die bisher redlich und tüchtig an der Gesundheitspflege gearbeitet und teilweise Hervorragendes geleistet haben. Es bedeutet aber auch eine direkte Schädigung der Volksgesundheit. Denn für den hilfeschreitenden Kranken ist bekanntlich das Vertrauen zu seinem Arzt und dessen Verfahren eins der wichtigsten Momente. Diesem Glauben verdanken nicht nur die unapprobierten, sondern auch die approbierten Heilkundigen viel Geld und auch viele wahre Heilerfolge. Unzählige Kranken beraubt man dieses förderlichen psychischen Heilfaktors, wenn man sie hindert sich an die Leute zu wenden, denen ihr Vertrauen gilt. Die Heilbehandlung im ganzen kann durch solches Zünftlertum einer privilegierten Kaste nur beeinträchtigt werden.

Die Begründung des Entwurfs ist nicht völlig blind gegen die schweren Bedenken, die einem solchen gesetzgeberischen Vorgehen entgegen stehen. Sie

sagt von dem gesetzlichen Kurpfuschereiverbot, das die Ärzte verlangt haben:

»Zudem würde es zu Ergebnissen führen, die nicht erwünscht und nicht nötig sind, denn es müssten folgeweise alle von der Schulmedizin zunächst nicht anerkannten Heilmethoden dem Verbot unterstellt werden. Es lässt sich aber nicht leugnen, dass, wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem der Medizin von Nichtfachmännern mancherlei Heilmethoden empfohlen und zur Anwendung gebracht sind, die später auch in der wissenschaftlichen Medizin Eingang und Verbreitung gefunden haben. Alle solche Versuche oder Bestrebungen für die Zukunft zu unterbinden, dazu dürfte ein zwingender Grund nicht vorliegen.«

Das ist ganz richtig, nur bilde man sich nicht ein, dass der Zustand, den das Gesetz schaffen will, eine solche Unterdrückung neuer Methoden ausschliessen würde. Der Bundesrat wird sich immer auf seine Sachverständigen, auf die aus Schulmedizinern, Pharmakologen und Juristen bestehende Kommission (§5) verlassen müssen, und diese wird einer sehr formalistischen Behandlung geneigt und wie jede bürokratische Organisation gegen Neues sehr miss-träuisch sein.

Das Gesetz will in § 4 bestimmen:

»Den im § 1 Absatz 1 bezeichneten Personen ist der Gewerbebetrieb zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme begründen, dass durch die Ausübung des Gewerbes das Leben der behandelten Menschen oder Tiere gefährdet oder deren Gesundheit geschädigt wird oder dass Kunden schwindelhaft ausgebeutet werden.

Der Betrieb kann untersagt werden, wenn der Gewerbetreibende wegen einer strafbaren Handlung, die mit der Ausübung des Gewerbes in Verbindung steht, rechtskräftig verurteilt ist, bei Übertretungen jedoch nur im Falle wiederholter Verurteilung.«

Schon der erste Absatz ist nicht ganz ohne Gefahr und kann Anlass zu schikanösen Denunziationen geben. Viel schlimmer aber ist der zweite Teil. Fast alle der erwähnten nicht approbierten Ärztinnen und männlichen und weiblichen Zahnheilkundigen sind in Deutschland bestraft worden wegen »Beilegung eines ärztlichen Titels, durch den der Glaube erweckt würde, der Inhaber sei eine geprüfte Medizinalperson« (§ 147 der Gewerbeordnung), und zwar waren das Verurteilungen, die sie gar nicht vermeiden konnten. Die Polizei handhabte diese Gesetzesbestimmung anfänglich sinnemäss und tolerant und gestattete jede wahrheitsgemässe Bezeichnung. Erst kleinlich-formalistische Auslegungen der obersten Gerichte schafften den unerquicklichen Zustand absoluter Rechtsunsicherheit für die nicht im Inland approbierten Heilkundigen, der jetzt herrscht. Wie sie sich auch immer nennen wollten, so deutlich sie hervorheben mochten, dass sie keine inländische Arztapprobation besaßen, immer wieder reichten ärztliche Kollegen, die Adressbücher durchschnüffelten und die Türschilder und die Briefbogen bespitzelten, Denunziationen ein und erzielten nicht selten den Erfolg einer Verurteilung auf grund des § 147 der Gewerbeordnung. Dieser Denunziationsfeldzug ist kein Ruhmesblatt für die Ärzte. Nun ist aber die Straftat des § 147 der Gewerbeordnung im Sinne des Gesetzes ein *Vergehen*; die Behörde könnte also ohne weiteres allen diesen Personen die Ausübung der Heilkunde dauernd untersagen. Es ist nicht anzunehmen, dass zurzeit schon beabsichtigt ist gegen die angesehensten der nicht approbierten Ärztinnen vorzugehen. Aber kollegiale Denunziationssucht und behördlicher Unverstand dürften sich an die minder bekannten Ärztinnen und Zahnärztinnen und an die nicht akademisch

vorgebildeten Zahnheilkundigen und Naturheilkundigen sehr bald heranwagen. Jedenfalls sind sie alle damit einer Willkür der Behörden ausgeliefert, deren Konsequenzen grenzenlos sein können.

Übrigens greift der Entwurf auch tief in das Privatleben ein. So will er selbst gelegentliche Heilhilfe, wenn sie gegen Entgelt erfolgt, unter Strafe stellen, sofern nicht vorher Anzeige gemacht ist (§ 9). Auf die Bestimmungen über die Geheimmittel einzugehen würde hier zu weit führen.

Hoffentlich wird der Entwurf, über den bisher die Presse merkwürdig still hinweggegangen ist, noch entschiedenen Protest wach rufen. Er bedeutet einen gefährlichen Schritt zur Bürokratisierung des ärztlichen Berufes, zur Einengung freier geistiger Tätigkeit in zünftlerische Schranken und zu ihrer Unterwerfung unter die Aufsicht des Polizeistaats. Die Schichten der sogenannten *Intelligenz* untergraben den Boden, auf dem sie stehen, wenn sie solche Staatseingriffe herbeiführen.

XX

## PAUL GÖHRE · DER MODERNISMUS



ON Monat zu Monat hat der Kampf um den Modernismus in der katholischen Kirche weitere Kreise gezogen. Jetzt tobt er so laut, dass auch unsere Parteipresse beginnt von einzelnen besonders charakteristischen Erscheinungen und Wirkungen dieses Krieges Notiz zu nehmen. Es ist deshalb in diesem Augenblick vielleicht manchem Genossen willkommen zu erfahren, was es eigentlich mit diesem Modernismus auf sich hat. Deshalb soll die Angelegenheit im folgenden so kurz wie nur immer möglich dargelegt werden.

Der Modernismus bedeutet nichts Geringeres als den kühnen Versuch einer völligen Revolutionierung der gesamten alten, durch ein Jahrtausend und länger überlieferten, starr festgehaltenen katholischen Glaubenslehre und einer zu deren Stützung gewaltsam zugestutzten Wissenschaft, der sogenannten *Scholastik*. Die Grundgedanken dieser alten Glaubenslehre sind etwa folgende: Der katholische Glaube ist unmittelbar von Gott den Menschen offenbart, als Offenbarung ihnen geschenkt. Menschen haben ihn weder erfunden noch je etwas dazu getan. Er ist etwas schlechthin Übernatürliches, unveränderlich, einer Umbildung und Fortentwicklung weder bedürftig noch fähig, auch in keiner Weise in den Gang der Geschichte verflochten. Der Vermittler dieses geoffenbarten Glaubens ist Jesus, der unfehlbar war, allwissend wie Gott, ewig seit der Erschaffung der Welt und noch heute lebendig, sitzend zur Rechten Gottes. Er selbst ist diese Offenbarung, in seinem Sein und Wesen Inhalt und Einheit des gesamten katholischen Glaubens. Dessen Formulierung im Dogma der Kirche ist nichts als eine nach innerem Gesetz erfolgende einheitliche und organische Entfaltung des Lebens und der Wesenheit Jesu. Aus ihm haben die in der Urkirche niedergelegten Keime nicht nur der Lehre, sondern auch des Kultus und der *heiligen Gewalten* ihre besondere und unverwüstliche Triebkraft. Auch die katholische Kirche selbst, ihre Priesterschaft, ihr Betrieb sind ein Stück entfaltetes Leben Jesu, ein Stück seines Leibes und damit Gottes, und deshalb unantastbar. Die Offenbarungen Gottes sind niedergelegt in der Bibel. Auch diese ist unfehlbar und unantastbar wie

Gott und Jesus, ein heiliges Ganzes. Sie sind lautere und reine Offenbarung, bis zum letzten Punkte über dem letzten *i*. Sie ist deshalb aller Kritik entzogen. Alle Bibelforschung hat nur die Aufgabe den Inhalt der Schrift immer heller, gründlicher, verständlicher den Gläubigen darzulegen. Der Rest aller theologischen Wissenschaft aber soll nichts anderes tun als die eben charakterisierten *Heiltatsachen* und *Heilswahrheiten* als logisch, vernünftig und mit der Wirklichkeit des Lebens im Einklang stehend zu erweisen; das heisst natürlich Logik, Vernunft, Wirklichkeit und Geschichte so lange umzukneten, bis sich dieser Einklang zeigt. Diese Wissenschaft, die Scholastik, ist die eigentliche Wissenschaft des europäischen Mittelalters gewesen. Ihr klassischster Vertreter, Thomas von Aquino, ist deshalb zum Heiligen erhoben. Die Vernunft hat sich nach ihr dem Glauben zu beugen, um den Glauben als vernünftig zu erweisen. Der Glaube des einzelnen Katholiken hat zunächst reiner Gehorsamsakt zu sein, verstandesmässige Aneignung der *Heilslehren* unter schweigender Unterordnung des eigenen natürlichen Denkens unter den *Intellekt* der Kirchenlehre; also Anerkennung der Dogmen und Institutionen der Kirche, zu denen erst nachträglich auch ein persönliches, gefühlsmässiges Verhältnis gefunden werden soll, das heisst Knebelung des ganzen Menschen. Die katholische Kirche aber ist nicht mehr und nicht weniger als die sichtbare Anstalt dieses *Heils*. Seine Vermittler sind die Priester, sie stehen zwischen Gottheit und Menschheit. Der Laie hat zu schweigen und zu gehorchen, genau wie sich alles Weltliche dem Kirchlichen, jeder Staat der Kirche unterzuordnen hat.

Diese überlieferte katholische Glaubenslehre und Wissenschaft erklärt der Modernismus für unhaltbar. Er verlangt eine Reform des Katholizismus an Haupt und Gliedern, auf allen Gebieten. Der modernen Wissenschaft sollen die Tore der Kirche geöffnet, durch deren Verschmelzung mit den katholischen Glaubenswahrheiten soll der Katholizismus modernisiert und zu neuem, grösserem Einfluss und Macht über die modernen Menschen gebracht werden. Nach ihm ist auch der katholische Glaube keine übernatürliche Schöpfung, sondern ein Produkt der Geschichte. Er wurzelt nicht im Intellekt und in der Philosophie, vielmehr im Gefühl, in einem inneren natürlichen Bedürfnis des Menschen nach dem Göttlichen. Die Offenbarungen Gottes sind nichts weiter als die religiösen Erlebnisse so begabter und fühlender Menschen. Aber als solche Erlebnisse sind sie andererseits auch wirkliche Offenbarungen Gottes. Auch Jesu Offenbarungen waren nichts als religiöse Gefühlsempfindungen, klarer als die anderer, und darum höhere Offenbarungen Gottes als die in allen anderen Menschen. Der geschichtliche Jesus war ein Mensch wie alle und ist der Geschichtsforschung unterworfen wie alle. Nur sein Glaubensleben ist Gegenstand religiöser Betätigung, aller geschichtlichen Forschung unzugänglich, nur dem Glauben verständlich und erschliessbar, von diesem über die historischen Bedingungen hinausgehoben. Deshalb ist der geschichtliche Christus zu scheiden von dem Christus des Glaubens. Jener war Mensch und ist auch aus dem Evangelium nur als solcher erweisbar, dieser kann und darf als *Gottessohn* empfunden werden und wird es in der Kirche, der Gemeinschaft der Gläubigen. Aber auch Jesu religiöse Erlebnisse und Erkenntnisse waren wieder geschichtlich bedingt und darum nicht von absolutem sondern nur von relativem Werte. Auch Jesus konnte irren. Er hatte kein un-

begrenztes Wissen. Er hat auch nicht daran gedacht eine Kirche zu stiften, gar etwa die katholische. Die Lehren der Apostel, ganz besonders aber die ihrer Nachfolger, waren verschieden von denen Jesu. Es waren auch nicht bloss *Entfaltungen* religiöser Lehren Jesu sondern Ergänzungen, Fortsetzungen, Umgestaltungen, Überarbeitungen. Aber als ehrliche religiöse innere Erlebnisse aufrichtiger Gläubiger hatten sie wieder eigenen Wert und waren geschichtlich angesehen die Fortentwicklung der christlichen Religion. Nach alledem verwerfen die Modernisten notwendig auch die Lehre von der wörtlichen Inspiration (*Offenbarung*) der Bibel. Die Bibel ist eine historische Urkunde wie jede andere, daneben allerdings auch ein hervorragendes religiöses Dokument. Aber sie ist zu behandeln wie jedes andere. Bibelkritik ist darum eine Notwendigkeit, und sie ist kein Schaden. Nur um so heller leuchten die tatsächlichen religiösen Erlebnisse derer, die sie schrieben und die in ihr beschrieben werden, hervor. Die Sakramente sind keine Schöpfung Jesu sondern Einrichtungen der Apostel, um die Gläubigen immer von neuem unter tiefsten seelischen Erschütterungen an Gott zu erinnern. Die Dogmen sind keine absoluten und unveränderlichen religiösen Wahrheiten sondern nur verstandesmäßige Formulierung von Glaubenswahrheiten und Glaubenserlebnissen, insofern Symbole des Glaubens, Hilfsmittel für den Gläubigen, um sich den Inhalt seines Glaubens immer schnell parat und bewusst zu halten. Bilder und Werkzeuge, Werkzeuge auch, um neue bessere Formulierungen zu finden. Sie sind also im Fluss, in der Entwicklung wie das ganze religiöse Leben, Glauben, Bewusstsein selbst. Dessen Vermittelung ist nicht bloss an die Priesterschaft gebunden, und diese selbst nicht zuerst Mittler des *Heils*, sondern der Glaubenslehre. Nur insofern diese *Heil, Erlösung* im Gläubigen schafft, sind sie wie andere auch Mittler des *Heils*. Auch der Kultus ist im Fluss und heute einzuschränken, sein Prunk ist abzuschaffen. Die Kirche aber hat sich auf ihre rein religiösen Aufgaben zu beschränken. Sie hat sich in weltlichen Dingen dem Staate ebenso unterzuordnen wie dieser der Kirche in Glaubenssachen.

So viel zur Charakteristik des Modernismus. Es wird manchem, der gegen Religion innerlich gleichgültig ist, schon viel zu viel gewesen sein, doch lässt sich ohne Details kein sachliches Bild gewinnen. Was ersehen wir aus diesem Bilde? Zunächst dies eine, dass es den Modernisten nicht darum zu tun ist den katholischen Glauben zu vernichten, vielmehr den ins Wanken geratenen zu stützen, zu stärken, zu neuer Achtung und Berücksichtigung zu bringen. Dass es ihnen nicht darum zu tun ist die katholische Kirche zu bekämpfen sondern ihr zu dienen, sie von neuem lebensfähig zu machen. Sie wollen eine Neugestaltung des Katholizismus, nicht seinen Untergang. Es ist also eine wengleich reformatorische, so doch durchaus kirchenfreundliche und positiv aufbauende Arbeit, die sie vorhaben. Auch an eine Ersetzung des Katholizismus durch den Protestantismus denken sie nicht. Dann hätten sie ja längst nur von jenem zu diesem überzutreten brauchen. Vielmehr ist es ihnen darum zu tun im katholischen Lager eine Parallelbewegung hervorzurufen zu derjenigen, die in der protestantischen Kirche durch die sogenannte *moderne Theologie* rege gemacht worden ist. Der Modernismus ist auf katholischer Seite etwa das selbe, was auf protestantischer heute der Liberalismus der Harnack und Genossen ist. Und von hier aus gesehen bestehen zwischen

den beiden Strömungen die allzählreichsten und intimsten Beziehungen und Verbindungen. Wer, selbst ehemals liberaler protestantischer Theologe, modernistische Schriften und Aufsätze liest, wird tausendfach an eigene frühere Gedankengänge und an die Forschungsergebnisse der modernen protestantischen Theologie erinnert. Man kann sogar noch weiter gehen und, ohne in die Gefahr der Übertreibung zu geraten, sagen, dass diese, die moderne protestantische Theologie die eigentliche Mutter des katholischen Modernismus ist. Nicht freilich in dem engen Sinne, als ob die modernistischen katholischen Theologen die liberalprotestantischen Arbeiten einfach abgeschrieben hätten: aber sie fussen durchaus auf deren Forschungsergebnissen, haben sie stellenweise sogar weiter ausgebaut und im übrigen in ein selbständiges System gebracht, das der katholischen Eigenart genau so entspricht wie das Lehrsystem der modernen protestantischen Theologie auf den Leib der geschichtlichen protestantischen Kirche zugeschnitten ist. So sind beide gleichgeartete Schwestererscheinungen, von denen die modernistische nur die viel jüngere und abhängige ist, die aber im übrigen beide die gleiche Ursache und Wurzel haben: den Geist der modernen, vorurteilslosen, vorwiegend geschichtlich und naturwissenschaftlich bedingten Wissenschaft, die ihrerseits wieder das Produkt der modernen kapitalistisch umgewälzten, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neugestaltung ist. Katholischer Modernismus wie moderne protestantische Theologie stellen mithin den Versuch eines Kompromisses dar zwischen dem alten überlieferten Glauben, dem alles als von Gott geordnet unerschütterlich feststeht, und der neuen Weltanschauung, der alles nur relativ und im stetigem Flusse befindlich ist.

Es ist selbstverständlich, dass eine Reformbewegung von der Gründlichkeit und Tragweite des Modernismus nicht von gestern und vorgestern ist. Vielmehr liegen ihre Anfänge schon mehrere Jahrzehnte zurück. Auch beschränkt sich die Bewegung bei weitem nicht auf Deutschland. Im Gegenteil, der deutsche Katholizismus marschiert nicht einmal mit ihm an der Spitze. Viel verbreiteter, viel offener vorgetragen und rücksichtsloser propagiert ist er in Italien, Frankreich, England und Nordamerika worden. In Frankreich war ihr Führer Loisy, in England der Jesuit Tyrrell, in Italien drei Laien, der Ingenieur Alfieri, Casati und ein Graf Callarati-Scotti, die seit Januar 1907 in Mailand eine Zeitschrift *Il Rinnovamento* als Organ des internationalen Modernismus herausgeben. Auch Frankreich hatte seine modernistische Zeitschrift, *Demain* mit Namen, und für den deutschen Modernismus wurde die in München erschienene *Renaissance* ein tapferes, schneidiges Sprachrohr. Doch benutzten die Modernisten, deren Führer sich allenthalben teils aus katholischen Universitätstheologen teils aus gebildeten Laien rekrutierten, nicht bloss diese Zeitschriften als ihre Tribünen. Sie verkündeten ihre neuen religiösen Anschauungen ebenso — versteckter oder offener — von Universitätslehrstühlen, auf Kongressen, in Vereinen, durch Bücher, Broschüren, Zeitungsartikel, Vorträge. Die Erfolge, die sie mit ihrer eifrigen und fast jesuitisch schlaun Agitation schon erzielten, waren erstaunlich. Man darf sagen, dass durch sie in den letzten Jahren der ganze internationale Katholizismus in eine starke geistige Gärung geraten war. Breite Massen der Priesterschaft und der sogenannten *gebildeten Laien* hingen ihnen bereits an. In Italien sollen ganze Klerikerseminare von ihnen *durchseucht* sein, in Frank-

reich zählten, ebenso übrigens wie in Deutschland, einige hohe Kirchenfürsten zu ihren Freunden und Protektoren, in Holland sollen gar modernistisch gesinnte Priester von ihren Vorgesetzten vor den anderen bevorzugt worden sein.

Schon des jetzigen Papstes Vorgänger, Leo XIII., hat deshalb mit Besorgnis die wachsende Macht des Modernismus beobachtet und gelegentlich vor ihm gewarnt. Doch hat er sich noch gehütet gegen ihn offiziell loszuschlagen. Auch Pius X. hat fünf lange Regierungsjahre gewartet, ehe er sich dazu entschloss. Als es geschah, waren die Wasser des Modernismus der katholischen Kirche in der Tat bis an die Stufen des Altars gestiegen. Die Vorgänge, die das päpstliche Vorgehen schliesslich veranlassten, waren einesteils die geradezu überraschenden Erfolge und Wirkungen des *Rinnovamento* in Italien und der Kampf, der sich in Deutschland an den Namen des Würzburger katholischen Theologen Schell anknüpft. Man kann Schell als den deutschen Führer des Modernismus bezeichnen. Er starb im Juni 1906. Schon bei seinen Lebzeiten waren einige seiner wissenschaftlichen Werke auf den Index gesetzt, das heisst als ketzerisch verurteilt worden. Er hatte sich aber dieser Verurteilung gebeugt und der römischen Allmacht löblich unterworfen. Trotzdem erschien ein knappes Jahr nach seinem Tode aus der Feder eines Wiener Professors der katholischen Theologie, Commer, eine Streitschrift gegen den toten Schell, die von allen modernistisch Denkenden als Pamphlet empfunden wurde. In den selben Tagen hielt Pius X. in Rom bereits eine Ansprache, in der er die Absicht aussprach alle fortschrittlichen reformkatholischen Bestrebungen in Theologie und Philosophie zu unterdrücken. In Deutschland weckte diese Ansprache sowohl wie Commer's Angriffe auf Schell laute Opposition. Freunde Schells, die Professoren Merkle und Kiefl, traten für den Toten ein. Da erfolgte von Rom aus ein zweiter Schlag. Der Papst schrieb im Juni 1907 einen Brief an Commer, in dem er sich über dessen Buch und seinen Inhalt höchst erfreut und lobend aussprach und nicht nur vor jenen auf den Index gesetzten, sondern vor allen Schriften Schell- und seiner Freunde warnte. Gleichzeitig wurde der Versuch Schell ein Denkmal zu errichten so sehr diskreditiert, dass es unseres Wissens noch heute nicht zu stande gebracht worden ist. Inzwischen war auch gegen den *Rinnovamento* vorgegangen worden. Der Erzbischof von Mailand verbot ihn; ohne Erfolg, denn die Herausgeber erklärten, dass sie das Verbot ganz kühl liesse. Das brachte Rom vollends in Harnisch. Aber der letzte Tropfen, der das Fass der päpstlichen Intoleranz wieder einmal zum Überlaufen brachte, war wieder ein Vorgang in Deutschland. Die *Corrispondenza Romana* in Rom, die mit dem Vatikan enge Beziehungen und in den einzelnen katholischen Ländern offenbar weniger Korrespondenten als Spitzel unterhält, brachte in den allerersten Tagen des Juli 1907 die Enthüllung einer geheimen Verbindung deutscher katholischer Laien »nach Art der Freimaurer« zu dem Zweck die Indexbehörde in Rom zu besichtigen und eine dauernde christliche Kulturgesellschaft zu schaffen. Beides ist bald danach von den Beteiligten zwar abgeleugnet worden, doch beweist das angstvoll-rasche Auseinanderfahren der eben heimlich in Bildung begriffen gewesenen Organisation, dass die Wahrheit nicht weit davon gelegen haben wird. Rom war damit an seinem empfindlichsten Punkt getroffen: sein schneidigstes Machtinstrument, die Indexkongregation, das Kardinalkollegium, das alle katholischen Bücher der Welt

zu zensurieren hat, sollte untergraben werden. Und es waren Laien, die nun auch in Deutschland wie in Italien ihr Haupt erhoben: die, auf deren absoluten, demütigen, schweigenden Gehorsam die ganze Weltmacht Rom seit mehr als anderthalb Jahrtausenden aufgebaut ruht, zeigten wie Protestanten, Freimaurer, Ungläubige eigene Ansichten und eigene Absichten, eigenen gegen Rom gerichteten Willen! Ein *Syllabus* der *heiligen römischen und allgemeinen Inquisition*, unter dem Vorsitz des Papstes am Juli 1907 erlassen, war die erste Antwort. Sie war noch nicht *ex cathedra* erlassen, das heisst noch kein reiner, unfehlbarer Papsterlass. Der aber folgte dann neun Wochen später, am 8. September 1907, als die nun schon bekannte Enzyklika gegen den Modernismus, nach den Anfangsworten, mit denen sie — sie ist wie alle römischen Kundgebungen lateinisch geschrieben — beginnt, *Pascendi Dominici gregis* geheissen. Am 18. November ist dann noch ein kurzer päpstlicher Nacherlass dazu erschienen, der mit den Worten *Motu proprio* anfängt und nach ihnen bezeichnet wird. Alle drei zusammen haben in der deutschen Übersetzung, die soeben in der bekannten *Christlichen Welt* als Beiblatt erschienen ist<sup>1)</sup>, einen Umfang, der ungefähr 44 Seiten der *Sozialistischen Monatshefte* füllen würde. Von ihnen nimmt die Enzyklika den Hauptraum ein. Natürlich war der *Syllabus errorum* schon vor den Enthüllungen der *Corrispondenza Romana* vorbereitet, aber sicher ist der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung durch diese bestimmt. Er richtet sich noch vorwiegend gegen französische Modernisten, insbesondere gegen deren Führer Loisy, ohne ihn zu nennen: man sah damals, vor dem Eintreffen der Nachrichten aus Deutschland, dort wohl noch den Hauptherd. Der *Syllabus* zählt kurz und bündig 65 einzelne Sätze auf, die er als unkatholische Lehren verwirft; ihnen sind 65 andere entgegengestellt, die die reine katholische Lehre zum Ausdruck bringen. Die Enzyklika dagegen begnügt sich mit solcher Auswahlammlung nicht. Sie geht aufs Ganze. Auch sie nennt freilich keine Namen. Aber sie entwirft in weitausgreifenden Darlegungen ein erschöpfendes, und, wie man zugestehen muss, im allgemeinen zutreffendes Bild von dem Modernismus. Alle irgendwie hervorragenderen modernistischen Lehrmeinungen irgend eines katholischen Theologen sind in dieses Bild eingegliedert; und wenn auch kaum einer der Modernisten zugeben wird, dass das, was in der Enzyklika als Modernismus hingestellt ist, alles seine Meinung ist, so ist doch auch seine Meinung in dem Bilde mit dargestellt.

Rom, das muss man bekennen, hat in ihr eine gründliche Arbeit getan. Die Enzyklika geht auf alle modernistischen Details ein, behandelt sie mit einem unglaublichen Ernst und erschöpfender, freilich natürlich scholastischer Gelehrsamkeit, um, von ihrem Standpunkt aus, Punkt für Punkt, wuchtig, ja zerschmetternd, die ganze Irrlehre, den ganzen angeblichen Widersinn, die vollendete Halbheit und ungeheure Gefährlichkeit für den Bestand der unfehlbaren Kirche aufzudecken. Gelegentlich wird auch eine persönliche Charakteristik der Modernisten eingeflochten. Man ist auch da gerecht genug ihre guten Absichten, ihre persönliche Ehrenhaftigkeit anzuerkennen; aber sie seien deshalb nur um so gefährlicher, und auch diese Vorzüge seien nichts als Teufelswerk; im letzten Grunde sei es aber ebensosehr Denkfaulheit,

<sup>1)</sup> Für Interessenten vom Verlag der *Christlichen Welt* in Marburg zum Preise von 80 Pfennigen zu beziehen.



Neugierde, Hochmut und Hass gegen die Scholastik, die sie zu solchen bedenklichen Neuerungen getrieben haben. Aus allen diesen Gründen gelte es die Bewegung einfach zu vernichten, mit Stumpf und Stiel aus dem Boden der katholischen Kirche auszurotten. Und um das zu erreichen, ordnet die Enzyklika am Schlusse eine Reihe kirchlicher Massnahmen an, die, angewandt, in der Tat im stande sind diese Absicht zu verwirklichen. Sie sollen hier noch aufgezählt werden: denn nichts charakterisiert den Geist der römischen Kirche, der vor keiner Gewaltsamkeit, keiner Niederträchtigkeit und Hinterhältigkeit zurückschreckt, besser als diese Aufzählung.

1. Alle theologischen Studien sollen künftig allein die mittelalterliche Scholastik zum Gegenstand haben.
2. Jeder modernistisch Verdächtige ist von jedem Lehramt fernzuhalten, selbst ein solcher, »der die Modernisten nur entschuldigt, die Scholastik, die heiligen Väter und das Lehramt bloss kritisiert, weltliche Wissenschaften vorzieht und überhaupt nach Neuerungen in der Wissenschaft strebt«.
3. Die Doktorwürde darf nur an Scholastiker verliehen werden, sonst wird sie von vornherein für ungültig erklärt.
4. Kein Modernist darf zum Priester geweiht werden.
5. Theologiestudierende dürfen nur noch solche Vorlesungen hören, die ihnen erlaubt werden.
6. Jede Lektüre und erst recht jede Veröffentlichung modernistischer oder des Modernismus verdächtiger Schriften ist unbedingt zu meiden, auch von Studenten und Laien.
7. An allen Bischofssitzen werden geheime Zensoren angestellt, die alle Veröffentlichungen zu überwachen haben.
8. Kein Geistlicher darf ohne Erlaubnis seines Bischofs die Leitung von Zeitungen und Zeitschriften übernehmen.
9. Jede modernistische Schriftstellerei oder die danach aussieht, ist verboten.
10. Jede katholische Zeitung erhält ebenfalls einen bestimmten Zensor; dieser hat das Recht der Korrektur, eventuell an seiner Statt der Bischof.
11. Jeder kahtolische Buchhändler wird auf seinen Büchervertrieb hin überwacht. Macht er sich modernistisch verdächtig, wird ihm sein Prädikat als *katholischer Buchhändler* entzogen.
12. Da Kongresse bisher besondere Agitationszentren der Modernisten waren, sollen Priesterkongresse künftig nur in den allerseltensten Fällen geduldet werden. Zu ihnen muss schriftliche Erlaubnis des Bischofs vorliegen.
13. In jeder Diözese ist ein *Aufsichtsrat* zur Unterstützung des Bischofs (und dessen Überwachung) einzurichten neben dem Zensor. Das Kollegium hält zweimonatliche Sitzungen ab; seine Aufgabe ist die »Aufspürung aller Anzeichen und Spuren des Modernismus im Religionsunterricht sowie Schutz der Reliquienschriften«; seine Verhandlungen und Beschlüsse sind geheim.
14. Alle drei Jahre haben Bischöfe und Ordensobere über Befolgung aller vorstehenden Vorschriften Bericht an den päpstlichen Stuhl zu erstatten.
15. In Rom wird ein *Internationales katholisches Institut für Fortschritt der Studien*, das heisst für Schaffung einer modernismusfreien Wissenschaft, errichtet. Ihr Präsident wird Rampolla, Leos XIII. ehemaliger Staatssekretär.

Es bedarf in einer sozialistischen Zeitschrift keines Wortes mehr, um diese 15 Polizeimassregeln noch irgendwie zu beleuchten: das ganze Mittelalter der Inquisition und Ketzerverbrennung wird in ihnen wieder lebendig. Deutentsprechend hat auch, noch bevor sie zur Durchführung gekommen sind, ihr blosses Erscheinen auf Priester und katholische Laien gewirkt. Schon heute darf man ohne Übertreibung erklären, dass der Modernismus überall im Sterben liegt. Zwar in Italien hält sich der *Rinnovamento* noch; aber sein gräflicher Herausgeber schied schon aus; die Zahl der Mitarbeiter hat sich bedenklich gelichtet wie die der Leser, und die noch übrig gebliebene Zeitung erklärt

künftig die Angriffe auf die Kirche zu unterlassen: mindestens der halbe *Rinnovamento* ist tot. In Frankreich ging *Demain* schon ein: Loisy ist die Exkommunikation angedroht. Auch über Tyrrell hängt das Schwert der Exkommunikation. Und in Deutschland? Auch hier hat die *Renaissance* seit dem 1. Januar 1908 ihr Erscheinen eingestellt, »der Reformaktion völlig entsagend«, nachdem ihr Redakteur, Dr. J. Müller, aus der bayerischen Diözese Freysing ausgewiesen wurde. Die deutschen Bischöfe haben in einer Zusammenkunft zu Köln in den vergangenen Weihnachtstagen dem Papst wegen seiner Enzyklika gehuldigt und ihm treuen Gehorsam gegen sie versprochen. Die katholische Presse, allen voran die *Kölnische Volkszeitung* und die *Germania*, sind in Sachen Modernismus fast verstummt. Auf grund der Enzyklika ist auch schon die Bildung eines Priestervereins der Diözese Augsburg untersagt worden. Freiherr von Hertling, der noch im Sommer 1907 den Demonstranten gegen die Indexkongregation sehr nahe gestanden haben soll, hat bereits auf dem Katholikentag im Herbst 1907 völlig eingeschwenkt. Der Modernist Professor Ehrhardt in Strassburg hat sich unseres Wissens ebenfalls schon löblich unterworfen. Der Freund Schells, Kiefl in Würzburg, schwenkt soeben im *Hochland* ein, indem er erklärt, Modernisten gäbe es bei uns nicht. Nur einer, Benefiziat Dr. Engert-Ochsenfurt, hat sich nicht unterworfen und ist bereits exkommuniziert; und um Professor Schnitzer in München tobt eben der Kampf. Was will man also mehr? In Jahr und Tag wird nichts mehr, kaum noch das Wort, vom Modernismus übrig sein. Rom hat wieder einmal gesprochen und — gesiegt.

Aber welche Folgen wird dieser Sieg haben? Sicher die eine, dass die Kluft zwischen den modernen Menschen und der katholischen Kirche sich wieder ungeheuer erweitert und vertieft. Es wird uns Sozialdemokraten jetzt leichter werden den katholischen Arbeitern über die Welt des Mittelalters, in die man sie jetzt von neuem doppelt und dreifach bannen will, die Augen zu öffnen. Andererseits werden die Priester, denen alle selbständige geistige Arbeit nunmehr entzogen ist, sich noch zahlreicher auf politische Arbeit und *soziale Fürsorge* stürzen, und der politische Kampf mit dem Zentrum wird vielleicht noch stärker werden, weil drüben noch intensiver der Versuch gemacht werden wird die katholischen Arbeitermassen zentrumstreu zu bearbeiten. Auch auf die protestantische Kirche wird die Wirkung nicht ausbleiben: die moderne Theologie in ihr ist mehr als bisher isoliert, der Orthodoxie ist vom neuen der Rücken gestärkt. Und Scharen der sogenannten *Gebildeten* in beiden Kirchen werden nun auch religiös und geistig noch zahlreicher und schneller als bisher in die Arme der Reaktion getrieben werden, der sie wirtschaftlich und politisch sich längst zugewandt haben.

XX

## EMMY VON EGIDY · EIN NEUER SCHAUSPIELER



**L**ORENZ: das *Politeama Nazionale*, ein Volkstheater, ein grosser Raum voll Rauch und Menschen, Herren mit Hüten, Damen mit Hüten, ganze Pinien wandelnd auf Damenköpfen, lebhaftes Gewirr, Bier und Orangen werden angeboten, Kissen vermietet. Das Publikum tobt Beifall, wenn ein schönes Mädchen hereinkommt, tobt Unwillen, wenn der Beginn der Vorstellung sich hinausschiebt, wahrt sich auf jede Weise

sein Recht mitzuspielen. Eine sizilianische Truppe spielt. Wie der Vorhang aufgeht, sehen wir Schauspieler, die Rollen spielen, gut oder schlecht. Sie spielen ein schlechtes deutsches Stück, es wird agiert, man regt sich auf, erhitzt sich. Auf einmal kommt ein Mensch auf die Bühne, ein Mensch. Alle anderen rücken von ihm fort wie Kulissen; so einzig beherrscht er vom ersten Augenblick das Interesse des Zuschauers, man sieht nur ihn, alle Sinne sind gefesselt, er bemächtigt sich irgend eines Teiles in uns, nein, unserer selbst, und wir sind gebunden, mit dem eigenen Leben gebunden ihm zu folgen, in jede Regung, solange er zu sehen ist.

Das ist Grasso. Wieder einer von jenen Armen, die nur sich selbst spielen, einer von diesen Reichen, die in jedem Zuschauer den Eindruck erwecken, dass sie den Menschen spielen, den einzig wahren Menschen.

Wir wissen es nun — denn man hat es uns sehr oft gesagt, und wir glauben es auch —, dass das nicht Schauspielkunst sei, wenn ein Mensch sich selbst in allen Variationen seines Wesens aufrollt, wenn er das Werk des Dichters, oft des minderen Schriftstellers nur benutzt, um, sich selbst ein ewiges Rätsel, eine Erklärung für sich zu suchen, eine Auslösung der eigenen Stimmung, ein Aufgehen in Nuancen der eigenen Natur; wenn er spielt, um sich in seinen eigenen Farben zu schattieren. Und doch. Unbestreitbar gibt es einige grosse Schauspieler, die nie etwas anderes taten, und die wir einfach in eine Reihe stellen dürfen mit den grossen Figuren grosser Dichter, mit denen sie den Rest problematischen Lebens teilen, an dem wir immer rätseln werden, ohne eine Auflösung zu finden: Sie sind. Ihre Hände bilden das sprechende Symbol dieses ewig Unveränderlichen in ihnen. Der grosse Schauspieler wird eine Maske, nehmen, welche er will, er wird sein Gesicht unkenntlich machen; an der Bewegung seiner Hände wird er nichts ändern, er hat diese besondere, nur ihm eigene Sprache der Hände, die er nicht unterdrücken kann. Man denke an die Hände einer Duse, einer Sada Yakko, eines Kainz. Auch Grasso hat so die seine. Alle Italiener sprechen mit den Händen wie wir mit Worten, aber sowenig ein Dichter mit den Worten spricht, die andere brauchten, so wenig sprechen die Hände Grassos mit den üblichen Bewegungen seines Volkes.

Als ich ihn zuerst sah, spielte er einen entlassenen Sträfling auf der Flucht vor Hunger, Not und Polizei. Er kommt in ein Haus, das ihm ein Asyl werden soll, eine Stellung sogar ihm bietet. Verängstigt, geduckt fast wie ein Tier unter das unverständene Geschick, demütig, hoffnungslos steht er, fast ohne zu hören, was man ihm sagt, stets auf dem Sprunge zu fliehen. Man reicht ihm Brot und Wein. Mit hungernden Händen bricht er das Brot, Krümel fallen zu Boden, er bückt sich nicht zu verlieren, mehr fällt herunter, hungernde Hast gemischt mit Verehrung der Gottesgabe macht seine Bewegungen ungeschickt, nur schwer gelingt es ihm den Bissen zum Munde zu führen. Und dabei spielen seine Hände, erheben den Ausdruck dumpfer Angst und Scheu, der hungernden erbärmlichen Kreatur zu einem seelischen Leiden, so tief verborgen, von dem er selbst, der Zuchthäusler, keine Ahnung hat.

Aber uns ergreift da etwas Sonderbares. Die Bewegungen dieser Hände rühren an tiefe und ewige Seiten in uns, der ganze Vorgang, scheinbar nichts als die realistische Darstellung eines hungernden Brotessers, rückt in eine symbolische Bedeutung: irgendwo weit fort von hier, auf dem Hintergrund des unendlichen Raumes fallen Sterne in tiefer Nacht, irgendwo in endlicher Vergangenheit

fallen herrliche Worte von den bleichen Lippen eines Gottes, lechzende Seelen bemühen sich in Hast, ohne zu begreifen. Dunkel, nur geahnt werden solche Erinnerungen in uns gestreift; wir waren entrückt, wir sammeln uns wieder und verfolgen den Vorgang. Diese geraden, in einem Stück aus dem Gelenk spielend bewegten Hände fassen nicht mit den Fingern, sie fassen mit der Fläche der Hand. Die Finger wenig gebogen, leicht auseinandergespreizt, scheinen nur die Fläche der Hand fortsetzen zu wollen, eine grössere Ausdehnung der fühlenden Fläche zu schaffen. Sinnlichste Gefühlbarkeit gepaart mit keuschester Zartheit ist ihr Ausdruck. Die Kraft eines ganzen mächtigen Körpers liegt als Nachdruck auf ihrem Befehl, demütigste Ergebenheit in ihrer Bitte, süsseste Hingabe an das Geliebte in ihrer Zärtlichkeit. Erstes und letztes verbindet sich hier: erste primitive Reaktion des Menschen gegenüber Seinesgleichen, gegenüber aufgedrängtem Gesetz und erlogener Kultur wird eins mit letzter, scheinbar durch unzählige Generationen geläuterter Empfindung, Zartheit des Herzens, Einfachheit des vollkommen durchgebildeten Wesens. Es erinnern diese Hände ebensowohl an die höchste Form des geistigen Menschen wie an die primitivste des Schwachbegabten; dazwischen allerdings laufen sie die ganze Skala der Leidenschaften ab, sie fassen, halten, töten und lieben wie selbständig bewegte Wesen. Sie offenbaren das Leben einer Seele direkt aus der animalischen Schicht des Menschen, oft vollständig in eins verschmolzen, oft ohne Übergang sich trennend von der nährenden Basis.

In seiner natürlichen Gestalt ist Grasso gross, kräftig, mit kurzem Hals, etwas zwischen die Schultern gedrückten Kopf. Mächtig entwickelte Schultermuskeln treiben die Arme in leichter Biegung vom Körper ab. Das macht seine Erscheinung der typischen des Athleten nicht unähnlich. Und athletische Kräfte entwickelt er in seinem Spiel. In Italien heisst er *l'artista del coltello* — eine oberflächliche Benennung, die nur dadurch verständlich wird, dass er noch nicht den Bannkreis des populären nationalen Schauspielers überschritten —, zahllose Raufereien kommen in den Stücken vor, die er spielt, oft auch erzählt er nur den Hergang eines Kampfes, einer Gefangennahme, einer Flucht aus dem Gefängnis. Dann erwacht die brutal-reale Kraft seines Körpers, wie Donner rollen seine Worte, wie Blitze zünden die Bewegungen seiner Hände, der starke Körper neigt und biegt sich, hingerissen von der fortschreitenden Handlung, die ihn ganz benimmt. Der Schmerz des Unrechts, das er litt, geht unter in der Wonne des Kampfes, im Rausch des Handelns. Wir folgen berauscht wie er diesen Szenen, wir glauben im Moment Zuschauer zu sein eines Weltereignisses, eines wichtigsten Naturgeschehens, eines elementaren Kampfes von Zentauren und Göttern. Denn schön, schön von selbst, schön nach einem innersten Gesetz, schön in Wildheit wie in Zähmheit bleibt eine jede seiner Bewegungen. Wie in Bildern rollen die Gebärden dieses Menschen unaufhörlich wechselnd vor uns ab. Stets sind alle Linien auf einander bezogen, einander zugeneigt, und A. Hildebrand würde mit den Reliefwirkungen, die sich hier zeigen, zufrieden sein. Auch wenn er in seltenen Momenten still ist, kann die Illusion grosser Kunstwerke entstehen: in höchster Ruhe eine Möglichkeit grösster Bewegung, eine fortwährende Täuschung des Auges. Denn niemals schlummert sie ganz, die eminente Kraft dieses Körpers; wenn sie nicht in Angriff, Abwehr oder irgend einer Anstrengung sich äussert, muss sie sich in Schönheit allein umsetzen und leuchtet als solche aus seiner Erscheinung.

Wir sind sehr bescheiden geworden in unseren Ansprüchen. Wenn irgend ein mageres, dürrtiges menschliches Wesen eine einzige Linie hat, die uns nicht gerade stört, gleich sind wir bereit dieses Wesen für schön zu erklären. Verstehen wir überhaupt noch die Fülle einer wirklichen Natur, den sinnlich wahrnehmbaren Komplex verschiedener Möglichkeiten, wacher und schlummernder Leidenschaften, das durch einander bedingte, in einander verflochtene Gewebe elementaren und geistigen Lebens? Können wir noch ein ursächlich mit dem tiefsten Weltgeheimnis verknüpftes Menschenrätsel unterscheiden von hysterischer Selbststeigerung und Verworrenheit? Hier ist eine Natur. Grasso ist wie das springende Blut seiner heimatlichen Erde, das in keine Form gefasste, heisse, das vergossen wird; fremdes wie eigenes gleich einem rauchenden Opfer dargebracht der unzählbaren Natur des Landes, aus der es geschaffen. So wie er sich darstellt, macht er uns alle jene Helden der Revolution wirklich, wie Ricarda Huch sie in ihrer *Verteidigung Roms* geschildert, sie leben auf vor unseren Augen: Masina, Nino Bixio, Luciano Manara und alle anderen, die um Garibaldi sich scharten.

Manchmal wirken Grassos Worte wie mächtiges Geschehen, und eine Bewegung wie ein süsser Laut oder ein heisser Schrei. Nur eine Szene: An einem andern Abend sah ich ihn in einem noch schlechteren, italienischen Stück die Rolle eines arglos und toll liebenden Mannes spielen, der eine Frau heiratet, obwohl er hätte bemerken können, dass sie einen anderen liebt, und voraussetzen, dass sie ihn betrügen wird. Während die Erkenntnis anfängt als eine vage Befürchtung in ihm zu dämmern kommt er zu seiner Frau herein, die eben die Liebeserklärung des andern anhörte. Er sagt nur ihren Namen, einmal, leise an der Tür: gleichgültig steht sie an den Tisch gelehnt, er kommt zu ihr heran, beugt sich vor, bückt sich demütig, den Arm halb über den Kopf gehoben, halb vor das Gesicht, wie ein Kind, das sich schämt, lehnt sich so tief seufzend mit Kopf und Arm an sie und küsst sie unter die Brust auf das Kleid, einmal, scheu, zart; dann hebt er etwas den Kopf, sieht nach ihren ungerührten Augen, beugt sich wieder und wiederholt den Kuss, ebenso scheu, ebenso zart, nur mit mehr verzweifelter Bitte. Ergreifendere Klage als den einzigen Blick, den er aus dem Winkel seines Auges zu ihrem kalten Gesicht erhebt, ist mit Worten nicht auszudrücken. Dies stumme Spiel ist eines von den seltenen Malen, in denen das eigentlich erotische Moment aus der allgemeinen sinnlichen Gegenwärtigkeit seiner Natur aufspringt, einfach und überzeugend wie eine Quelle am Schöpfungstage. Und dies auch ist eine seiner Besonderheiten, dass, obwohl sein alles Lebendige liebendes Herz immer fühlbar, immer offen in seinen Worten und Handlungen liegt, obwohl seine Hände, was sie auch berühren und fassen, mit sinnngemässer Eindringlichkeit halten, doch davon ganz verschieden und anders geartet die Glut seiner Liebe ist, das Werben seiner Anfassenden Zärtlichkeit und das Bekenntnis seiner flehenden Bedürftigkeit dem Weibe gegenüber. Niemals mischt er das Metall dieses Gefühls unter andere, niemals gibt er es in kleiner Münze aus, keine unklare Vermischung und Entwertung. Und wenn er einen Liebenden spielt, so öffnen sich Abgründe vor uns und in uns, nie Begriffenes wird lebendig, weit über den Moment hinaus greift die Offenbarung.

So spielt Grasso jeden Abend aus tiefsten Fasern eine andere Nuance seiner immer gleichen und doch wandelfähigen Natur, in Rollen, die er sich selber

zurecht macht aus Stücken, die auch dadurch nicht besser werden können, vor einem Publikum, das ihn *l'artista del coltello* nennen darf. Wann werden die ersten Strahlen seines Weltruhmes ihn erreichen? Vor 15 Jahren hatte, wie man sich erzählt, Cav. Uff. Giovanni Grasso ein Marionettentheater, wo ihn Rossi entdeckte und auf die Bühne brachte. Jetzt reist er in Italien umher mit einer eigenen Truppe, die mehrere vorzügliche Schauspieler hat und einen besonderen Stern, seine Partnerin: Madame Mimi Aguglia, ein Temperament von elementarer Gewalt. Auch war er einmal in Brasilien, und jetzt in Paris. Wird das der Anfang seines Weltruhms sein? Vielleicht. Vielleicht aber ist es doch uns vorbehalten das schlagende Herz zu entdecken, das unter der Maske des Schauspielers Grasso der Menschheit einiges zu sagen hat.

Einmal wird er der Liebling des Theaterpublikums europäischer Metropolen werden. Und unter der Masse, die ihm zjubeln wird, weil er etwas von den gefährdenden Energieen offenbart und auslöst, die mit angenehmem Gruseln der Grossstädter sich lieber vorspielen lässt als dass er sie in Wirklichkeit lebendig werden sieht, weil er leichtlich sich einreden kann in seiner Bewunderung eines solchen Schauspielers den Tribut gezahlt zu haben, den elementare Kräfte des Lebens von ihm fordern zu wollen willens scheinen, unter der so schmarotzenden Masse werden immer einige sein, die ihr tiefstes Leben bewegt fühlen durch diesen Menschen. Der scheinbare Realismus seiner Darstellung wird die nicht täuschen über die wahre Symbolik seines Spieles, die zu fühlen im stande sind. Künstler, Dichter und alle, die den Menschen suchen, werden ihn lieben. Am meisten die Dichter. Nicht weil er ihre Werke interpretieren wird, sondern weil er sie einiges zu lehren hat. Es gibt eine Stelle in d'Annunzios *Fuoco*, die über das, was Dichter von Schauspielern zu gewinnen haben, vielleicht alles aussagt: Die Tragödin empfängt von dem Dichter einige Notizen, einige undeutliche Striche der Figur, die er zu schaffen gedenkt, und sofort bemächtigt sich der elementare Stoff in ihr dieser Worte seines Geistes, sie nimmt Maske und Geste dessen an, was er nur erst körperlos als eine bloss geistige Geburt konzipierte, sie spielt ihm vor, was er meint, und indem er das so Gedachte sinnlich schaut, vollendet sich in ihm der dichterische Vorgang; er sieht sein Geschöpf, die Figur ist geschaffen.

Als eine ihrer vielen Möglichkeiten schlummerte in ihr, was er schaffen wollte. Möchten alle schlummernden Möglichkeiten Giovanni Grassos zu unsterblichen Figuren unserer Dichter erwachen!

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft / Richard Calwer

**Frühjahrsaus-** Schwächer als in den letzten  
**sichten** drei Jahren setzt 1908 die  
Belebung von Handel und  
Wandel nach der Winterstille ein. Aus  
fast allen Gewerben kommen Klagen über  
den matten Geschäftsgang, über die Zu-  
rückhaltung der Käufer auf dem Waren-  
markt, über Differenzen zwischen Arbeit-

gebern und Arbeitnehmern, über die noch ungeklärten Verhältnisse am Geldmarkte usw. Es würde zu weit führen, wollte man nur die häufigst wiederholten Klagen alle einzeln aufführen. Es wird nicht erst lange untersucht, inwieweit die Klagen berechtigt sind, die allgemeine Missstimmung ist Rechtfertigung genug für das Klagen über schlechte Zeit. Dass die Missstimmung ihren Grund hat, das zu bestreiten wäre vermessen: im Gegen-

satz zum Vorjahr gehen die Geschäfte schlechter. Man verträgt nach den fetten Jahren schon nicht mehr ein einziges weniger fettes. Denn als mager möchten wir vorläufig das Jahr 1908 nicht bezeichnen. Es beginnt erst, und der Anfang schaut keineswegs so aus, als ob der Rückgang unaufhaltsam weiter gehen sollte. Wir haben im Januar eine ziemlich erhebliche Arbeitslosigkeit in den Grossstädten konstatieren müssen, aber der festbestimmte Rhythmus des monatlichen Beschäftigungsgrades hat schon im Februar wieder eine Abnahme der Arbeitslosigkeit gebracht. Der März wird eine weitere Erleichterung bringen. Schon jetzt lässt sich überschauen, dass die Baukonjunktur in sehr vielen Gegenden und vor allem auf dem platten Lande sich weit lebhafter gestalten wird als man aus dem Gesichtswinkel der Grossstädte heraus annimmt. Landwirtschaft und Gewerbe in kleinen Orten werden auch im Jahre 1908 wieder wie in den Vorjahren die allgemeine Bautätigkeit überaus günstig beeinflussen. Aber selbst in einigen Grossstädten sind die Hauptvoraussetzungen für flottes Bauen vorhanden: die Zahl der leerstehenden Wohnungen ist 1907 stark zurückgegangen, während die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt im Steigen begriffen ist. Die Baukonjunktur wird weniger lebhaft ausfallen als in den Vorjahren, aber der Grad des Rückganges dürfte mässiger sein als man ihn in der augenblicklichen Missstimmung sich vorstellt. Ruhiger vollzieht sich auch zweifellos die Marktbewegung in den verschiedenen Branchen des Bekleidungsgebietes, obwohl hier die Fachpresse ganz ausnahmsweise sich seit einiger Zeit ziemlich zuversichtlich gibt. Aber Witterung, Warenpreise und Verdienstegelegenheit während der letzten Monate wirken zusammen, um den Bedarf an Bekleidung während des Frühjahrs etwas unter Druck zu halten. Davon dürfte auch der Beschäftigungsgrad in Textilgewerbe berührt werden, der jetzt noch auf der nämlichen Höhe wie im Vorjahre steht. Am wenigsten werden bis jetzt von der Ermattung die Nahrungsmittelgewerbe betroffen, während freilich der Absatz an Genussmitteln eine Abschwächung zeigt. Am unsichersten sind die Aussichten für das Eisengewerbe, für die Industrie der Metalle, Maschinen und Instrumente. Die Erweiterung des Produktionsapparates, die in den letzten Jahren den genannten Industrien reichliche Arbeitsgelegenheit gebracht hatte,

geht im laufenden Jahre lange nicht mehr in der Progression vor sich wie 1906 und auch noch 1907. Hier ist sogar mit einem absoluten Ausfall an Arbeitsgelegenheit zu rechnen, der weder durch die kaufkräftige Landwirtschaft noch durch eine gesteigerte Ausfuhrstätigkeit ganz ausgeglichen werden dürfte.

Wenn so alles in allem die diesjährige Frühjahrsbelebung hinter der des Jahres 1907 zurückbleiben wird, so rechtfertigt dieser Unterschied doch noch lange nicht die übertriebenen Klagen, nach denen jeder Rückgang der Konjunkturkurve als eine Krise aufzufassen wäre. Solange der Rückgang sich noch so langsam und allmählich vollzieht wie bisher, solange die Beschäftigung noch besser ist als in der ersten Zeit des letzten Aufschwungs, solange möchten wir den Ausdruck *gewerbliche Krise* zur Bezeichnung der jetzigen Gestaltung der wirtschaftlichen Lage vermeiden. Wird doch nebei bei dem Wort *Krise* in der wirtschaftlichen Terminologie eine Bedeutung beigelegt, die mit dem eigentlichen Sinne des Wortes nichts zu tun hat.

× **Fleischkonsum** Die Feststellung einer Steigerung des Fleischkonsums im Jahre 1907 hat vielfach so überraschend gewirkt, dass ein Teil der Presse von dieser überaus wichtigen Tatsache überhaupt keine Notiz genommen hat. Da die Abnahme des Fleischkonsums im Jahre 1906 zu geringsten Teile auf die begüterten Schichten der Bevölkerung entfallen sein dürfte, vielmehr mit Recht angenommen wurde, dass diese Kreise trotz der hohen Preise im allgemeinen den Fleischkonsum nicht einschränkten, so muss man umgekehrt heute zugeben, dass die Zunahme des Fleischverbrauchs im Jahre 1907 wiederum den minderbemittelten Schichten zu gute gekommen ist. Was hat es für einen Sinn aus parteipolitischen Gründen Tatsachen bestreiten zu wollen? Solange der Fleischkonsum zurückging, hat man mit Recht darauf hingewiesen, dass die Arbeiterbevölkerung am meisten unter dieser Bewegung leide. Ändern sich nun die Verhältnisse wieder, so berücksichtige man diese Wendung und stecke nicht wie der Vogel Strauss seinen Kopf in den Sand.

× **Kurze Chronik** Auf die neue preussische Schuldbuchanleihe wurden 181 Mill. M. gezeichnet. × Die Bank von England er-

mässigte am 16. Januar den Diskont von 6 auf 5, am 23. von 5 auf 4%. Die Reichsbank setzte am 25. Januar den Diskont von 6½ auf 6% herab. × Ende Januar wurden neue Insolvenzen aus New York berichtet.

× **Literatur** ×

Der Redakteur der *Frankfurter Zeitung* A. Feiler hat unter dem Titel *Das Ende der Hochkonjunktur* /Frankfurt a. M., *Neuer Frankfurter Verlag*/ Betrachtungen veröffentlicht, in denen er zu dem Schlusse kommt: »Ein Konjunkturrückgang, aber noch keineswegs eine Krisis... Es unterliegt keinem Zweifel, dass wir dem Konjunkturmarsch diesesmal viel besser gerüstet begegnet sind als 1900-1901.« Wir können dies Urteil nur unterschreiben, wie wir denn überhaupt die ganze Broschüre als eine durchaus sachliche und nüchterne Betrachtung und Würdigung der Momente, die den Umschwung veranlasst haben, zur Lektüre dringend empfehlen möchten. × Unter dem Titel *Billiges Geld* /Berlin, *Concordia*/ macht Regierungsrat Rudolf Martin Vorschläge zu einer Reform des deutschen Geld- und Banknotenwesens. × Das wichtigste aus dem Handels- und Wechselrecht nebst den einschlägigen Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches und der Ergänzungsgesetze gibt Alfred Jorcke unter dem Titel *Handelslehre* /Dresden, *Reuter*/ heraus. × In der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, *Dietrich*/ ist von L. Parlett eine kurze Darstellung der *Lage und Entwicklung der italienischen Industrie im Vergleich zur deutschen* erschienen. × Hinter dem etwas gesuchten Titel *Die kapitalistische Mausefalle* /Leipzig-London, *Owen*/ verbirgt sich ein Katechismus für Privatkapitalisten von A. Gomoll, der das mit Banken und Börsen in Verbindung stehende Publikum durch Aufklärung vor Verlusten schützen will.

### Politik / Max Schippel

**Reichsschatz-**  
**amt** Der neue Leiter des Reichsschatzamtes ist gefunden, und zwar in der Person des bisherigen Postunterstaatssekretärs Sydow, der schon beim Wechsel im preussischen Kultusministerium ernsthaft in betracht kam. Es ist die übliche Folge unserer bürokratischen Regierungsweise, dass die grössere Öffentlichkeit den Berufenen politisch kaum

näher kennt. Während in Ländern wie England in ähnlicher Lage jeder Minister ein bekanntes, wesentlich durch seine langjährige Mitwirkung zum Siege gelangtes Programm verkörpern würde, müssen die Blätter aller deutschen Parteien Herrn Sydow noch als unbeschriebenes Blatt behandeln und sich im übrigen mit der Feststellung begnügen, er sei ein ausgezeichneter Jurist, arbeitsfreudig und im parlamentarischen Verkehr nicht allzu zugeknöpft und unzugänglich. Er kann, da man nichts Gegenteiliges von ihm weiss, vielleicht der ersehnte Peel und Gladstone werden. Ebenso leicht jedoch ist es möglich, dass er auf eine Stufe zu stellen ist mit so vielen anderen deutschen Schatzsekretären, die ihm vorangegangen und meist sang- und klanglos mehr oder weniger rasch wieder verschwunden sind, auf deren Namen und Wirken man sich heute kaum noch besinnt. Von unzweifelhafter Bedeutung ist deshalb zunächst nur die vorläufige Vertagung der Stengelschen Steuervorlagen bis zum nächsten Herbst und die Aufnahme des neuen Reichsschatzsekretärs in das preussische Staatsministerium. Wie man wohl nicht mit Unrecht annimmt, als Gegengewicht gegen den finanzpolitischen Einfluss des Freiherrn von Rheinbaben; wie manche liberale Blätter hoffen und wie es wenigstens denkbar wäre: zur Geltendmachung der Reichsinteressen gegenüber dem Ressortpartikularismus des preussischen Finanzministers und zur Erhöhung der Einflussnahme des Schatzsekretärs auf die gesamte Reichsverwaltung. Die kollegialische Ministerverfassung Preussens hat jedenfalls in den letzten Jahren einen immer stärkeren Einschlag zu Gunsten des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers erhalten. Im Reiche sind die Staatssekretäre von Bethmann-Hollweg, von Tirpitz und Sydow Untergebene des Reichskanzlers; in Preussen erscheinen sie neben ihm, dem Premier, als Vizepräsident und Minister, gleich stimmberechtigt mit den übrigen Mitgliedern. Der Reichskanzler wirft, neben seiner überragenden Stellung als Ministerpräsident, zugleich noch drei weitere Stimmen in die Wagschale, falls bei preussischen Entscheidungen grössere Gegensätze hervortreten sollten.

× **Polenpolitik** ×  
Einem kaum erwarteten Widerstand begegnete die preussische Enteignungsvorlage im Herrenhause. Schon bei der



Abstimmung im Abgeordnetenhaus fiel es auf, dass Herr von Kröcher sogar die abgeschwächte Enteignung unannehmbar fand und dagegen stimmte. In der Kommission der ersten Kammer waren die prinzipiellen Bedenken des Grossgrundbesitzes gegen eine staatliche Expropriationsgewalt noch stärker. Man legte daher eine Reihe von Ausnahmen fest, in welchen die Enteignung ausgeschlossen sein sollte: vor allem für den Fall, dass dem Eigentümer das Eigentumsrecht an dem Grundstück seit mehr als 10 Jahren zusteht. Im Plenum sprachen sich am 26. und 27. Februar der ostpreussische Graf Mirbach wie der märkische Graf Schulenburg-Grünthal, der ehemalige Landwirtschaftsminister von Lucius und der Feldmarschall Graf Haeseler, der Kardinal von Kopp und Fürst Radziwill gegen die Verschärfung der unglücklichen preussischen Polenpolitik aus. Für den mit der zweiten Kammer erzielten Kompromiss griff neben den preussischen Landwirtschafts-, Justiz- und Finanzministern Fürst Bülow persönlich mehrmals in die Debatte ein, unterstützt von den Bürgermeistern von Posen und Frankfurt a. M., von dem ehemaligen Ministerpräsidenten Graf Botho Eulenburg, von Schmoller und anderen. Die Abstimmung war bis zum letzten Augenblick ungewiss; sie endete mit einem Siege der Regierung. Folgender, von ihr gebilligter Vermittlungsantrag Adickes-Schmoller kam mit 143 gegen 111 Stimmen zur Annahme: »Ausgeschlossen ist die Enteignung a) von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind, und von Begräbnisstätten, b) von Grundstücken von Religionsgesellschaften, denen Korporationsrechte verliehen sind, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Februar 1908 vollendet war, c) von Grundstücken im Eigentum von milden Stiftungen, sofern das Eigentumsrecht vor dem 26. Februar 1908 vollendet war.« Die Gruppierung bei dieser Hauptentscheidung war abermals die seltsamste. Die meisten Bürgermeister und Professoren billigten den Antrag. Es lehnten ihn ab neben dem Berliner Oberbürgermeister und den oben genannten Granden der Fürst Fürstenberg, der frühere Reichsmarinechef von Hollmann, der Herzog von Trachenberg, der Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Bruder der Kaiserin, Graf Tiele-Winkler. An dem Beitritt des Abgeordnetenhauses zu diesen Abänderungsbeschlüssen ist nicht zu zweifeln. Ihr

politischer Erfolg wird kaum etwas anderes sein als eine Verstärkung und Erleichterung der polnischen Agitation, der neuer Zündstoff zugeführt worden ist.

× Kongo Die Erledigung des Kongo-  
besitzes rückt noch immer  
nicht vom Flecke. Die

Nutzniesser der alten kolonialen Monopole und Vorrechte, mit dem belgischen König an der Spitze, machen dadurch Stimmung gegen die schreiend notwendigen Reformen, dass sie fremden Mächten, vor allem England, die Anstiftung künstlicher Beunruhigung und selbstsüchtiger Nebenzwecke vorwerfen. Auch leidlich unabhängige Blätter finden sich, die es mit der Würde Belgiens für unvereinbar erklären eine Kolonialerb-schaft anzutreten, in die, auf grund der Kongoakte von 1885, fremde Mächte dauernd hineinzureden beanspruchten. Mit jeder solchen Strömung erhöhen sich dann immer wieder die masslosen Forderungen des skrupellosen und geriebenen *Soweräns*. Indes steht seine koloniale Skandalwirtschaft derart vor dem Zusammenbruch, dass die belgische Regierung wohl eine festere Hand bei den Verhandlungen zeigen könnte. Jede Fortsetzung des kolonialen Raubbau-systems muss zudem den Zukunftswert des Freistaates herabdrücken und die Übernahme mit jedem weiteren Aufschub zu einer Quelle vielleicht recht grosser finanzieller Verlegenheiten machen. Wenn sogar das amerikanische Parlament, das gewiss nicht an Besitzerwerb in West- und Zentralafrika denkt, ein Einschreiten der Signatarmächte gegen die heutigen Missbräuche des Kongoregiments fordert, so müsste es nicht allzu schwer sein den gekrönten *Va banque*-Spieler zur Raison zu bringen.

× Kurze Chronik Die Tagung des *Bundes  
der Landwirte*, am  
17. Februar in Berlin,

zeigte das alte Bild der agrarischen Kraft und Einigkeit. Die Beschlüsse, bei solchen Zusammenkünften naturgemäss nicht die Hauptsache, galten der Blockpolitik, der man als dem *Versuch* einer Verständigung in *nationalen* Fragen zustimmte, ohne sich jedoch »von der Verfolgung der . . . wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen«, ferner der Reichsfinanzreform, bei der man die direkten Steuern den Einzelstaaten unbedingt vorbehalten will; das

Reich solle neben dem Ausbau der indirekten Steuern zu einer Stempelabgabe für Dividenden und zu einer besonderen börsenmässigen Besteuerung des in ausländischen Wertpapieren angelegten Vermögens greifen. X Das Kolonialprogramm, das Dernburg vor der Budgetkommission entwickelte, scheint die ostafrikanischen Pflanzer wegen des geforderten mässigen Eingeborenenschutzes arg zu verschnupfen. X Der Kolonialrat, nach dem Vorbild des Staats- und Volkswirtschaftsrates vor 13 Jahren gebildet, ist aufgelöst worden. Geleistet hat er nie viel; seine Befürwortung grosser Landkonzessionserteilungen hat, sogar nach der Meinung von Kolonialenthusiasten, viel Unheil gestiftet; er wurde schon längere Zeit nicht mehr einberufen. X In England hat ein Teil der Linksliberalen, von Arbeitervertretern unterstützt, einen schärferen Kampf gegen alle Rüstungsvermehrungen angekündigt, hinter dem manche Beobachter die Keime eines unversöhnlichen Zwiespaltes innerhalb der liberalen Mehrheit erblicken wollen. Das jetzt veröffentlichte Marinebudget für 1908-1909 beläuft sich auf 32,32 Mill. Lstrl. (gegen 31,42 Mill. für das Jahr 1907-1908).

### Sozialpolitik / Robert Schmidt

**Unfallversicherung** Nach den Zusammenstellungen, die das Reichsversicherungsamt über die jährlichen Rechnungsergebnisse veröffentlicht, wurden im Jahre 1906 von allen Versicherungsträgern 142 436 864,35 M. Renten gezahlt, gegen 135 437 932,63 M. im Vorjahre. Die Berufsgenossenschaften wendeten ausserdem auf an Kosten zur Fürsorge für die Verletzten 714 071,81 (im Vorjahre 701 592,43) M., Kosten der Unfalluntersuchung und der Feststellungen der Entschädigungen 4 511 509,55 (4 315 169,57) M., Schiedsgerichtskosten 1 967 417,32 (1 785 192,78) M., Kosten der Unfallverhütung 1 549 733,41 (1 340 211,32) M., an laufenden Verwaltungskosten 12 635 208,67 (11 890 134,63) M., sonstigen Ausgaben 1 245 614,68 (1 202 641,55) M., Reservefonds 19 114 815,11 (18 042 541,06) M. Der Betriebs- und Reservefonds betrug am Ende des Jahres 270 762 946,39 (249 479 224,73) M. Die Zahl der Unfälle, für die im Jahre 1906 zum erstenmal eine Entschädigung gewährt wurde, belief sich auf 139 726 (141 121 im Vorjahre). Darunter Unfälle mit tödlichem Ausgang 9141 (8928), Unfälle mit der

Folge einer dauernden Erwerbsunfähigkeit 1463 (1487). Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten betrug 19 151 (19 086). Die Anzahl aller zur Anmeldung gekommenen Unfälle erhöhte sich von 609 160 im Jahre 1905 auf 645 583 im Jahre 1906. Der Anteil, den die einzelnen Berufe zu den Unfallschäden stellen, ist sehr verschieden. Im Bergbau kommen auf 1000 Versicherte 15,70 durch Unfall zu Schaden gekommene Arbeiter. Diese Zahl sinkt bis zu 3, der niedrigsten Ziffer, die die Textilindustrie erreicht.

X **Kost- und Logiszwang** Die Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens im Handwerk,

die von den an der Frage interessierten Vorständen der Gewerkschaften im Jahre 1904 eingesetzt wurde, veröffentlicht eine Erhebung über Art und Umfang des Kost- und Logiswesens im Handwerk. Das Material ist in recht übersichtlicher Weise von Richard Calwer bearbeitet. Die Umfrage erstreckt sich auf 4010 Betriebe mit 13 257 Beschäftigten, verteilt auf 18 Berufe. Vorausgeschickt wird dem eigentlichen Thema das Ergebnis über die in den Betrieben herrschende Arbeitszeit. Von 12 982 Beschäftigten hatten 232 eine Arbeitszeit von 8 bis 10 Stunden, 3294 eine solche von 10 bis 12 Stunden, 5557 von 12 bis 14 Stunden, 3899 von mehr als 14 Stunden. Der Zustand der Schlafstätten gibt ein erschreckendes Bild von der Mangelhaftigkeit, der Unsauberkeit und der Unzulänglichkeit der meisten Räume. Liest man diese Schilderung, so sollte man glauben, dass mancher Schlafräum kaum einem Vieh, wie viel weniger einem Menschen als Lagerstätte zugemutet werden könne. In 585 Räumen kam auf eine Person eine Bodenfläche von unter 4 qm. 2195 Personen schliefen in Räumen, die im Keller oder auf dem Boden gelegen waren. Selbst der sehr einfachen Anforderung, dass für jede Person ein Bett zur Verfügung gestellt werde, wurde nicht genügt, denn 388 Personen schliefen zu zweien in einem Bett, und in 506 Fällen standen die Betten über einander, da für ein Nebeneinanderstellen der Betten kein Raum war. Schwierig war es natürlich die Kostverhältnisse zu erfassen, das Material ist hier unvollständig, weil statistische Erhebungen hier versagen müssen. Die vorzügliche Bearbeitung beginnt mit einer Betrachtung allgemeiner Art, um dann zu den einzelnen Berufen und

Gebietsgruppierungen überzugehen. Für den Sozialpolitiker ein sehr interessantes Material, das zur Begründung der Forderung der Abschaffung des Kost- und Logiswesens für die Gewerkschaften von grossem Wert ist.

× **Binnenschiff-fahrt** Das im Januar herausgegebene Protokoll des Beirats für Arbeiterstatistik enthält die Niederschrift der Vernehmung von Auskunftspersonen aus dem Binnenschiffahrtsbetrieben. Es bestätigt die mündliche Vernehmung die schon durch die Fragebogen festgestellte unregelmäßige und ausserordentlich lange Arbeitszeit. Eine gewisse Regelung der Arbeitszeit ist nur in der Schifffahrt auf dem Rhein durch den Streik der Heizer durchgeführt. Der Erfolg dieses Streiks besteht darin, dass eine 8 stündige Ruhezeit des Nachts eingeführt wurde. Sonntagsruhe ist nur dann zu verzeichnen, wenn die Schiffe im Hafen liegen und durch die Bestimmungen über die Sonntagsruhe das Löschen und Beladen der Schiffe nicht gestattet wird. In Holland, so wurde von den Auskunftspersonen wiederholt betont, besteht für die gesamte Schifffahrt mit Ausnahme des Eilverkehrs die strikte Sonntagsruhe. Auf dem Stromgebiete der Elbe und den märkischen Wasserstrassen besteht eine vollkommene Willkür in der Arbeitszeit. Es kommt vor, dass die Schiffsbesatzung bis zu 48 Stunden im Dienst ist, in einigen Fällen sind Ruhepausen von 1 oder 2 Stunden üblich, die bei günstigem Fahrwasser und guter Witterung eingefügt werden können.

× **Wasch- und Plättanstalten** Die Erhebungen über die Arbeitszeit in Plätt- und Waschanstalten (Kleinbetrieben) sind zum Abschluss gekommen. Der Beirat für Arbeiterstatistik empfiehlt den Erlass einer Bundesratsverordnung ähnlich derjenigen für das Konfektionsgewerbe. Nur soll die Überarbeit, die an 60 Tagen im Jahre gestattet sein soll, so begrenzt werden, dass nur an 30 Tagen vor Sonn- und Festtagen diese Ausnahmen zulässig sind. Ausserdem wird auf die sanitären Missstände hingewiesen, die für die Arbeiterinnen als gesundheitsschädigend erachtet werden.

× **Kurze Chronik** Der **Achtuhrladenschluss** gelangt immer mehr zur Einführung. Gegenwärtig ist in 346 Gemeinden durch

Ortsstatut diese Beschränkung in der Geschäftszeit durchgeführt. × Der 8. internationale Kongress für Arbeiterversicherung ist für den 12. Oktober nach Rom einberufen. Aus der Tagesordnung ist hervorzuheben: Arzt und Arbeiterversicherung, Schaffung eines besonderen Unterrichtszweiges für soziale Medizin, Ausbildung der Beamten für die Arbeiterversicherung, Krankheit und Invalidität, Berufskrankheit, Mutterschaftsversicherung, Witwen- und Waisenversicherung, Arbeitslosenversicherung. × Der *Verband deutscher Gewerbevereine* wird seinen diesjährigen Verbandstag am 28. August in Jena abhalten. Zur Erörterung stehen unter anderem: die Gesetzgebung über den Arbeitsvertrag, die Literatur über den Arbeitsvertrag, die Überweisung von Rechtsstreitigkeiten vom Gewerbegericht an das Kaufmannsgericht und umgekehrt, das Recht des Arbeitszeugnisses, die Angliederung der Schlichtungskommissionen an die Einigungsämter, die Vertretung vor dem Einigungsamt.

**Kommunalpolitik / Hugo Lindemann**

**Polizeikostengesetz** Gegen den Polizeikostengesetzentwurf haben die Oberbürgermeister der grossen Städte Preussens eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus gerichtet, die sich in vielen Punkten mit der Kritik deckt, die wir in der vorigen Rundschau (pag. 123 ff.) an dem Entwurf geübt haben. Die Petition weist in eingehender Weise nach, dass der Entwurf vollständig mit dem bisherigen Prinzip breche, das für die Aufbringung der Beiträge durch die Städte mit königlicher Polizeiverwaltung zu den Kosten dieser Verwaltung massgebend war. Damit ist eine grosse Schmälerung der Rechte der Städte herbeigeführt, die tief in ihr Etats- und Selbstbestimmungsrecht einschneidet. Der Staat erhält in Zukunft in Sachen der Polizeikosten das freie Verfügungsrecht über die Mittel der Städte. Die Städte werden nicht mehr gehört über die Zahl der anzustellenden Beamten, über die auszuführenden Bauten, sondern sie haben lediglich die Pflicht das zu bezahlen, was die Staatsregierung für gut findet. Dieser in der preussischen Gesetzgebung bisher einzig dastehende Vorgang muss nach der Petition zu den bedenklichsten Konsequenzen führen. Was heute bei den Städten mit staatlicher Polizei für richtig befunden und gesetzlich eingeführt wird, wird morgen in anderen Fragen auf die anderen

Gemeinden und Kommunalverbände ausgedehnt. Es dient dazu die Allmacht des Staates, die von der Staatsregierung auf allen Gebieten immer mehr erstrebt wird, wieder einmal weiterhin zu erstrecken. Zutreffend bemerkt auch die Petition, dass die Einstellung in den Etat und die Mitwirkung des Landtages keine Beschränkung der Willkür bedeute, da derartige Positionen von den Parlamenten kaum nachgeprüft und geändert werden könnten.

Ein zwingender Grund für die Einführung eines völlig neuen Prinzips bei der Festlegung der Polizeikostenbeiträge liegt nach der Petition nicht vor. Die Mängel des jetzigen Gesetzes lassen sich ebenso gut bei dem festen Kopfbeitrag wie bei der Bemessung der Beiträge nach einer Quote der Ausgaben beseitigen. Auch gegen das Fortfallen der Rechtskontrolle des Oberverwaltungsgerichtes macht die Petition Front. Hier lassen sich die Übelstände, soweit sie überhaupt vorhanden sind, gleichfalls beseitigen, ohne dass diese Kontrolle abgeschafft wird. Insbesondere müsse ein Rechtsweg offen bleiben zur Entscheidung der Frage, was zu den Kosten der örtlichen Polizei gehört, und was unmittelbare und mittelbare Polizeikosten sind.

Die statistischen Berechnungen, mit denen die Regierung ihren Entwurf zu begründen sucht, werden in der Petition deshalb als völlig verfehlt bezeichnet, weil sie die Polizeikostenbeiträge der Städte mit königlicher Polizei mit den Gesamtkosten für die kommunale Polizei vergleiche. Dadurch kommt es, dass die bisherigen Leistungen der Städte mit königlicher Polizei ganz erheblich geringer erscheinen als die Kosten der Städte mit kommunaler Polizei, während tatsächlich diese Städte neben den Beiträgen zur königlichen Polizei noch erhebliche Kosten für Polizei- und andere Zwecke aufwenden, die sie bei kommunaler Polizei nicht haben dürften. Die Petition weist auf die Ausgaben für die Veterinärpolizei, Personenstandsaufnahme, Zählungen, Meldeämter und dergleichen hin. Rechnet man diese Kosten noch zu den Beiträgen hinzu, so wird sich der Gesamtaufwand nicht so sehr von dem der Städte mit kommunaler Polizei entfernen. Dabei hätten die Gemeinden mit kommunaler Polizei den in Geld gar nicht zu bewertenden Vorzug, dass sie Herren im eigenen Hause seien und nicht fremde Gewalten darin schalten und walten zu lassen brauchten.

Infolge der Ausführungen eines Regierungskommissars bei der 1. Lesung im Abgeordnetenhaus sind Zweifel darüber entstanden, ob das Nachwachswesen, das den Städten durch das Gesetz vom 20. April 1892 entzogen und auf den Staat übertragen worden war, im Verordnungswege wieder den Städten zugewiesen werden soll. Damals haben die meisten Städte mit grossen Opfern die Nachwächter, für die sie keine weitere Verwendung mehr hatten, pensionieren müssen. Dass sie das meist erst nach langen Prozessen getan haben, verschweigt allerdings die Petition. Mit Recht hebt sie aber hervor, dass geradezu unerträgliche Zustände geschaffen würden, wenn es dem Ermessen der Regierung überlassen bliebe das Nachwachswesen wieder den Städten zuzuweisen oder bei Einführung der königlichen Polizei es ihnen zu belassen. Die Petition bezeichnet es daher als dringend notwendig durch Gesetz die Zweige der Polizei festzulegen, die der Staat übernehmen kann, und die den Gemeinden zukommen. Nur dadurch könne der Willkür vorgebeugt werden. Eine solche Regelung ist aber um so wichtiger, als der neue Entwurf die in der Begründung zu § 6 des Gesetzes vom 20. April 1892 gemachte Zusage den Städten die Wohlfahrts-polizei auf Verlangen zu übernehmen direkt ignoriert. Schliesslich nimmt die Petition noch dagegen Stellung, dass Städte, deren Polizei zur Aushilfe und Unterstützung der Dorfpolizei ihrer Umgegend herangezogen werde, also direkt staatliche Zwecke erfülle, in der gleichen Höhe zur Zahlung von Beiträgen herangezogen werden sollen.

Die Kritik der Petition ist, wie man sieht, scharf, und man kann auch nicht behaupten, dass ihr die genügende Sachkenntnis fehle. Trotzdem wird sie wohl kaum im Abgeordnetenhaus von Erfolg sein. Wenn es gegen die Städte geht und eine Beschränkung ihrer Selbstverwaltung von der Regierung angestrebt wird, hat diese bisher noch immer die Unterstützung des Abgeordnetenhauses gefunden. Und ob der Einfluss der Oberbürgermeister im Herrenhaus ausreicht dieser städtefeindlichen Gesinnung das erforderliche Gegengewicht zu bieten, ist doch im höchsten Grade zweifelhaft.

× **Wahlrecht** ×  
Wir haben bereits in einer früheren Rundschau berichtet, dass von seiten der sozialdemokratischen b a y r i s c h e n Land-

tagsfraktion. ein Antrag auf Abänderung des Gemeindewahlrechtes gestellt worden ist (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1907, 2. Band, pag. 1033 ff.), und dass dieser nach einer eingehenden Beratung im Plenum des Landtages einem Ausschuss überwiesen wurde. Es liegen jetzt die Referate der vom Ausschuss bestellten Referenten Dr. Quidde und Bürgermeister Weissenfeld vor. Der erstere stellt die folgenden Grundsätze auf: Das Gemeindewahlrecht, das heisst das Recht bei Beratung und Abstimmung über Gemeindeangelegenheiten mitzuwirken und zu den Gemeindeämtern zu wählen und gewählt zu werden, soll jedem in der Gemeinde Heimatsberechtigten zustehen, der nach Artikel 11 der Gemeindeordnung zur Erwerbung des Bürgerrechtes befähigt ist, das heisst jedem volljährigen, selbständigen Mann, der sich im Besitz des bayrischen Indigenats befindet und dort mit einer direkten Steuer angelegt ist. Die zum Bürgerrecht zugelassenen Frauen sollen nicht mehr verpflichtet, aber berechtigt sein sich zur Ausübung ihrer Rechte eines Vertreters zu bedienen. Die Gemeindewahlen sollen nach dem Grundsatz der Verhältniswahl stattfinden. Von dem sozialdemokratischen Antrage, wonach mit der selbständigen Heimat das Bürgerrecht gebührenfrei erworben wird, unterscheidet sich der Antrag Quiddes dadurch, dass er das Wahlrecht vom Bürgerrecht trennt, dass er die Verleihung dieses Wahlrechtes auf alle Heimatsberechtigten ausdehnt, und dass er zum Ausdruck bringt, dass die Erwerbung des Wahlrechtes von den gleichen Bedingungen abhängig sein soll, an die die Erwerbung des Bürgerrechtes geknüpft ist, nämlich männliches Geschlecht, Volljährigkeit, Staatsangehörigkeit, Selbständigkeit, Wohnsitz und Steueranlagung. Der Quiddesche Antrag ist nach verschiedenen Richtungen hin eine Halbheit. Er trennt zwar das Gemeindewahlrecht vom Bürgerrecht, kann sich aber nicht entschliessen die letzte Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung zu ziehen und die Heimatgemeinde durch die Einwohnergemeinde zu ersetzen. Das gleiche gilt hinsichtlich des Frauenwahlrechtes. Hier schneidet er nur den Zopf ab, dass das Wahlrecht, soweit es den Frauen überhaupt gegeben ist, von ihnen nur durch einen Vertreter ausgeübt werden kann. Zu einer allgemeinen Forderung des kommunalen Frauenwahlrechtes schwingt er sich aber

nicht auf. Der Korreferent, ein Vertreter des Zentrums, macht in seinem Referat darauf aufmerksam, dass dem Landtage ein Antrag vorliege das Heimatrecht zu beseitigen und durch den Unterstützungswohnsitz zu ersetzen. Sollte dieser Antrag die Zustimmung des Landtages finden, so würde auch dem Antrage des Referenten der Boden entzogen, weil es eine Heimat im gesetzlichen Sinne nicht mehr gebe und damit auch das Wahlrecht also nicht verbunden werden könne. Entweder müsse man also die Stellungnahme der Kammer in der Frage des Unterstützungswohnsitzes abwarten oder das Gemeindewahlrecht unabhängig von der Heimat gestalten. Die Vorschläge des Korreferenten sind infolge dieser Auffassung auch sehr unbestimmt gehalten. Das Gemeindebürgerrecht soll kraft Gesetzes erworben werden, jedoch unter Voraussetzungen, die einen hinreichenden Schutz der Ansässigen gegen die ab- und zugehenden Gemeindeeinwohner gewährleisten. Damit ist herzlich wenig gesagt, da alle näheren Bestimmungen sorgfältig vermieden werden. Die Verhältniswahl soll in den grösseren Gemeinden obligatorisch werden, den anderen unter bestimmten Vorbehalten freigegeben werden. Gegen den Antrag betreffend das Frauenstimmrecht hat der Korreferent nichts einzuwenden.

In Meiningen ist eine Änderung des Gemeindewahlgesetzes zu stande gekommen. Bisher konnte in den Städten ein Wähler bis zu 10 Stimmen abgeben, und zwar bei einem Jahressteuersatz bis zu 15 M. 1 Stimme, von 15 bis 30 M. 2 Stimmen, von 30 bis 50 M. 3 Stimmen, von 50 bis 75 M. 4 Stimmen, von 75 bis 120 M. 5 Stimmen, für jeden weiteren Jahressteuersatz von 100 M. 1 Stimme mehr, bis zu 10 Stimmen. In den Landgemeinden war eine Beschränkung der Stimmenzahl nur dadurch gegeben, dass ein Stimmberechtigter nicht mehr als ein Viertel sämtlicher Stimmen abgeben konnte. Eine Beschränkung wie in den Städten existierte also in ihnen nicht. Die Zustände, zu denen dieses Wahlgesetz in den Landgemeinden geführt hat, sind vor allem in der sozialdemokratischen Presse mehr als einmal in der ausführlichsten Weise geschildert und auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten aufs schärfste kritisiert worden. Unter der Herrschaft des Gesetzes ist es in einigen Landgemeinden dahin gekommen, dass wenige Leute die Gemeinderäte ernannten, während die übrige Masse der Bevölke-

rung vollständig rechtlos war. Sozialdemokratische Anträge auf Einführung des gleichen Wahlrechtes sind aber von der Landtagsmehrheit immer abgelehnt worden, die nur die Stimmenbeschränkung, wie sie in den Städten bestand, auch für die Landgemeinden konzidieren wollte. Nach langem Sträuben hat nun die Regierung eine Vorlage eingebracht, die den Forderungen der Landtagsmehrheit entspricht. Die Regierungsvorlage wurde vom Landtage angenommen; in Zukunft kann also auch in den Landgemeinden ein Wähler im Höchsthalle nur 10 Stimmen abgeben. Das nennt sich dann Gemeindevahlrechtsreform!

× **Kurze Chronik** Die **Krefelder Stadtverordneten** beschlossen den städtischen Arbeitern nach der Kinderzahl abgestufte Familienszuschüsse zu gewähren. × In **Worms** wird die vierte kommunale Apotheke errichtet. Von insgesamt 123 Apotheken in Hessen gehören nunmehr 14 den Kommunen. × Die **Darmstädter Stadtverordnetenversammlung** beschloss die Einführung der Berufsvormundschaft und bestellte den Vorstand des städtischen Pflegeamtes für alle die unter Vormundschaft zu stellenden Minderjährigen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt oder in der mütterlichen Familie unter Aufsicht des Pflegeamtes erzogen werden. × Die **Hamburger Bürgerschaft** hat den Senat um Vorlegung eines Gesetzes ersucht, das die Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts in allen Staatsschulen für Knaben und Mädchen anordnen soll. × Die **Stadtverordneten Magdeburgs** beschlossen die Übernahme des Begräbniswesens in städtische Regie.

### **Gewerkschaftsbewegung / Ernst Deinhardt**

**Kloss** † Der deutschen Gewerkschaftswelt ist Karl Kloss entrissen worden. Der Verstorbene gehörte zu den markantesten Erscheinungen der deutschen Arbeiterbewegung. Er stellte seine Kräfte ebenso sehr in den Dienst der sozialdemokratischen Partei wie der Gewerkschaften, wie ja seine aufopfernde agitatorische und organisatorische Parteitätigkeit der letzten 30 Jahre wie sein parlamentarisches Wirken in der Stuttgarter Gemeindevertretung, im württembergischen Landtag und im Reichstag im Interesse der Partei erweist. Sicher hat er auf diesen Gebieten seiner Tätigkeit auch

recht grosse Erfolge erzielt. Doch lag seine Bedeutung mehr auf gewerkschaftlichem als auf politischem Gebiet. Hier hat er wirklich bahnbrechend gewirkt. Bereits in der vorsozialistengesetzlichen Zeit hat er für die Gewerkschaft seines Berufes, den *Bund deutscher Tischler*, rege gearbeitet. Unter dem Sozialistengesetz war er aber mit der erste, der gewerkschaftliche Organisationen zu gründen versuchte und gründete. Schon im Jahre 1880 gründete er Schreinerfachvereine; im Jahre 1883 sehen wir ihn als Führer der Stuttgarter Schreiner eine für die damalige Zeit bedeutsame Aussperrung erfolgreich abwehren. Und am Schluss des selben Jahres schon berief er einen Kongress der Schreiner (Tischler) Deutschlands nach Mainz ein, auf dem die Gründung einer neuen Zentralorganisation der Tischler vollzogen wurde. Kloss wurde zum besoldeten Zentralvorsitzenden dieser Organisation gewählt, und er hat diese Stellung ohne Unterbrechung mehr als 24 Jahre lang inne gehabt, auch nachdem der Tischlerverband zu einem Holzarbeiterverband erweitert wurde. Als Vorsitzender der lange Jahre hindurch grössten und bedeutendsten gewerkschaftlichen Organisation Deutschlands hat Karl Kloss wirklich Hervorragendes geleistet. Wesentlich ihm ist es mit zu verdanken gewesen, dass der Tischlerverband den vielen polizeilichen und gerichtlichen Schikanen und Verfolgungen zum Trotz sich auch unter dem Sozialistengesetz recht günstig entwickeln konnte. Der Verband zählte schon im Jahre 1893 bei seiner Überführung in den Holzarbeiterverband 19 400 Mitglieder, eine ansehnliche Zahl, gemessen an den Mitgliederzahlen der übrigen Gewerkschaften. Und der Holzarbeiterverband entfaltete sich unter seiner 15jährigen Leitung in der Folge auch recht günstig; zählt er doch zurzeit rund 150 000 Mitglieder. Aber weit über die von ihm geleitete Gewerkschaft hinaus sehen wir Spuren von Karl Kloss' erfolgreichem Wirken im Interesse der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er gehörte zu den Mitbegründern und war zwei Jahre lang Mitglied der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*. Er hielt auf dem ersten Parteitag nach dem Sozialistengesetz /1890/ das Referat über Streiks und Boykotts, wobei er sehr wirksam für die Zentralverbände plädierte und viel mit dazu beitrug, dass man in der Partei mehr und mehr von

der Unterstützung der lokalistischen Gewerkschaften abkam. Auf dem ersten Kongress der deutschen Gewerkschaften, in Halberstadt, führte er den Vorsitz; hier trat er für eine grössere Zentralisation der Branchenorganisationen ein. Die von ihm vertretene Resolution der Holzarbeiter, die Industrieverbände empfahl und die Zentralisation als die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation bezeichnete, wurde vom Kongress mit 148 gegen 37 Stimmen zum Beschluss erhoben. Damit war der Bruch mit den Lokalisten endgültig vollzogen. Auf dem sozialen Kongress in Frankfurt a. M. im Jahre 1893 hielt Kloss das Referat über Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeiten. Das ist ihm in Parteikreisen sehr verdacht worden, man sprach auf dem Parteitag in Köln sogar von einem *Cano-sagang* der Gewerkschaftsführer nach Frankfurt a. M.; heute hält man es für selbstverständlich, dass man auch auf Tagungen mit bürgerlichen Sozialpolitikern gemeinsam arbeitet, wenn es gilt das Wohl der Arbeiterklasse zu fördern. Bemerkenswert muss auch werden, dass Kloss im Jahre 1893 das internationale Sekretariat der Holzarbeiter übernommen hat, das er 10 Jahre lang leitete.

Karl Kloss war ein prächtiger liebenswerter Mensch von lauterem Charakter, er verfügte über eine seltene Rednergabe und verstand es stets sich die Liebe und Zuneigung seiner Kollegen und Genossen wie die Achtung der Gegner zu erwerben. Das befähigte ihn in hohem Masse zum Agitator und Organisator der Arbeiterbewegung. Und für die Sache seiner Partei und seines Standes hat er noch bis zum letzten Atemzug gewirkt, trotz seines Alters und seines Siechtums, dem er in den letzten Jahren verfallen war. Auch darin war er den jüngeren Kollegen und Genossen ein Vorbild. An seinem Grabe sagte Genosse Dietz: »Wenn die besten Namen genannt werden, wird auch der Name Karl Kloss' genannt.«

×  
**Lokalisten** Die Einigungsverhandlungen, die im Auftrage des Mannheimer Parteitags vom Parteivorstand zwischen den lokalistischen Gewerkschaften und den Zentralverbänden angebahnt worden sind, haben in gewissem Sinne einen Abschluss gefunden. Und man kann jetzt schon sagen, dass dieser Abschluss einen Erfolg der Einigungsfreunde und besonders des Parteivorstandes bedeutet. Denn die grösseren und bedeutendsten lokalisti-

schen Organisationen haben ihren Anschluss an die Zentralverbände bereits vollzogen oder wenigstens beschlossen, so dass die *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften* künftig nur mehr ein Schattendasein führen dürfte. So haben sich die Zimmerer mit grosser Mehrheit für den Zusammenschluss mit dem Zentralverband erklärt, und wenn gegen diesen Beschluss auch, besonders in Berlin, von anarcholokalistischen Elementen Sturm gelaufen wurde und hier eine neue Abspaltung sich vollziehen dürfte, so wird doch der Übertritt der Mehrzahl der lokalistischen Zimmerer in den Zimmererverband erfolgen. Fast ohne Widerspruch ist die Einigung bei den Maurern und Bauarbeitern erfolgt. Auch die lokalistischen Schiffbauer, Isolierer und Steinholzleger und die Fliesenleger sind der Einigung mit dem Zentralverbände ihres Berufs durchaus geneigt. Die genannten Organisationen bildeten das Rückgrat der *Freien Vereinigung*, sie verfügten über die besten Mitgliedschaften und stärksten Kassen und hatten die lokalistische Bewegung bisher in der Hauptsache unterhalten. Man konnte erwarten, dass der für Ende Januar in Berlin einberufene Kongress der lokalistischen Gewerkschaften in Rücksicht auf diese Sachlage die Auflösung der *Freien Vereinigung* und den Anschluss der ihr angeschlossenen Organisationen an die Zentralverbände beschliessen würde. Doch weit gefehlt. Die Einigungsgegner hatten für eine starke Vertretung auf dem Kongress Sorge getragen, so dass die Auflösung der *Freien Vereinigung* mit 88 gegen 48 Stimmen abgelehnt wurde. Die Anhänger der Einigung und bisherigen Kerntruppen der Lokalisten verliessen daraufhin unter Protest den Kongress. Es sind nur noch die anarchistischen und anarchisierenden Elemente der lokalistischen Gewerkschaften, die das Banner der *Freien Vereinigung* hochhalten, und sie werden den paar Lokalorganisationen künftig ganz ihren Stempel aufdrücken. Sie hatten schon auf diesem Kongress ganz die Führung an sich gerissen, was der Beschluss beweist die *Einigkeit* künftig ganz im Sinne der syndikalistisch-anarchistischen *Voix du Peuple* zu redigieren und die Herausgabe einer anarchisistisch-syndikalistischen Tageszeitung in die Wege zu leiten.

Die Gewerkschaften können mit dieser Entwicklung der Dinge nur zufrieden sein. Denn jetzt ist doch eine reinliche

Scheidung zwischen den sozialdemokratischen und den anarchistischen Elementen unter den Lokalorganisationen erfolgt. Auf sich selbst gestellt, werden die Anarcholokalistischen bald versagen, die Folge dieser anarcholokalistischen Sonderorganisation wird nur ein langsames und unwürdiges Absterben der *Freien Vereinigung* sein. Schon jetzt befindet sich die grösste der ihr angeschlossenen Organisationen, der Wiesenthalverband, in der Zersetzung.

X  
**Hirsch-Dunckersche Gewerkevereine** X  
 Erst auf dem letzten Verbandstage, Pfingsten 1907, haben sich die Hirsch-

Dunckerschen Gewerkvereine ein neues Programm gegeben, und schon Ende des gleichen Jahres ging durch die Arbeiterpresse die Mitteilung, die Leitung jener Gewerkvereinsrichtung habe bei dem Professor B. Harms, einem bürgerlichen Sozialpolitiker, wieder ein neues Programm in Auftrag gegeben. Die Nachricht wurde von Hirsch-Dunckerscher Seite entschieden dementiert, nichtsdestoweniger erwies sie sich in der Hauptsache durchaus als richtig: der *Zentralrat* der Gewerkvereine beschäftigt sich zurzeit tatsächlich mit einer erneuten Revision des noch nicht  $\frac{1}{4}$  Jahr alten Programms. Am 25. Januar fand in Berlin eine Konferenz des *Zentralrates* und der *Generalräte* der Gewerkvereine statt, um das Gewerkvereinsprogramm einer Revision zu unterziehen. Auch dieser Programmrevision ist wie der des Jahres 1907 irgend welche besondere Bedeutung nicht beizumessen. Auch hier handelt es sich in der Hauptsache nur um eine neue Formulierung der alten Hirsch-Dunckerschen Grundsätze. Die gewerkvereinssoffiziöse Pressnachricht, dass nach dieser Programmrevision »neue Hoffnungen in allen Gewerkevereinskreisen rege« sind, ist danach wohl für naive Gemüter berechnet. Denn wenn die Gewerkvereine mit dem alten Programm im letzten Jahre rund 10 000 Mitglieder verloren haben, wird es ihnen mit dem neuen alten Programm im Jahre 1908 sicher nicht viel besser ergehen.

Die Gewerkvereinskonferenz beauftragte den *Zentralrat* noch zur Erweiterung der Bildung der Beamten und Mitglieder nach Bedarf Konferenzen der Gewerkevereinsredakteure wie der Beamten, ferner Bezirkskonferenzen der Ortsverbände einzuberufen. Durch solche Konferenzen soll der Bildungsgrad der Mitglieder gehoben werden. Beschlossen wurde ferner

künftig an allen sozialen Wahlen durch selbständige Wahlvorschläge teilzunehmen. Nur, wo konfessionelle oder politische Arbeitervereine in Frage kommen, soll mit diesen gemeinsame Sache gemacht werden, nicht aber mit gewerkschaftlichen Organisationen anderer Richtungen. Diese Wahltaktik ist bezeichnend für den Geist, der in den Gewerkvereinen herrscht, und sie dürfte das Hirsch-Dunckersche Fiasko nur besiegeln.

X  
**Handlungs-** X  
**gehilfen**

Am 26. Januar fand in Berlin eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des *Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes* (Hamburg) und des *Verbandes deutscher Handlungsgehilfen* (Leipzig) statt, um eine Annäherung beider Organisationen herbeizuführen. Dass diese Sitzung möglich sein konnte, hat wohl manchen überrascht, denn beide Organisationen haben sich bisher bitter befehdet, und nach Lage der Sache konnte man erwarten, dass dieser *Kampf bis aufs Messer* künftig an Schärfe nicht verlieren werde. Der antisemitische Hamburger Verband, der rund 108 000 Mitglieder zählte, proklamierte bisher stets den Grundsatz mit dem Gegner nur *mit dem Knie auf der Brust* zu verhandeln. Nichtsdestoweniger war er es gerade, der den älteren und solideren, aber nicht ganz *judenreinen* Leipziger Verband zu jener Sitzung einlud. Wie Kenner der Verhältnisse versichern, sollen die *Deutschen nationalen* durch gewisse Existenzsorgen zu diesem ungewöhnlichen Schritt genötigt worden sein. Denn ihre Mitgliedschaft fluktuiert recht stark, und ihre Finanzverhältnisse sind trotz aller geschickten Bilanzierung nicht die besten. Dazu kam, dass sie durch die Konkurrenz namentlich des jetzt 85 000 Mitglieder zählenden Leipziger Verbandes, der in den letzten Jahren eine rege sozialpolitische Tätigkeit entfaltete, politisch zu immer radikaleren Forderungen gedrängt wurden, obwohl sie von Haus aus unreaktionär waren und noch sind. Um sich dieser Konkurrenz zu entziehen und den Hamburger Verband auf eine bessere Grundlage zu stellen, erfolgte an den Leipziger Verband die Einladung zur Einigungssitzung in Berlin, die denn auch am 26. Januar zu stande kam. Es wurde dort beschlossen ohne Verzug die erforderlichen Schritte zur Erörterung einer Interessengemeinschaft mit dem so bald wie möglich zu erstrebenden Endziele eines völligen Zusammenschlusses beider



Verbände vorzunehmen«. Damit ist die Fusionierung beider Verbände in sichere Aussicht gestellt. Bereits ist eine Kommission gewählt worden, in der von jedem Verband vier Vertreter sitzen sollen, um über die schwebenden Differenzen zu beraten; die Vereinigung des Hamburger und des Leipziger Verbandes dürfte dann nur noch eine Frage der Zeit sein, wenn nicht im letzten Augenblick die Mitglieder des *Verbandes deutscher Handlungsgehilfen* in Leipzig sich gegen die ihnen von den *Deutschnationalen* zuge dachte Umklammerung und **Aufsaugung** energisch zur Wehr setzen.

× Österreich In der *Gewerkschaft* veröffentlichte die *Gewerkschaftskommission Österreichs* bereits ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1907. Erfreulicherweise kann wieder über grosse Fortschritte in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung berichtet werden. Denn im Berichtsjahre betrug allein die Mitgliederzunahme in der Gesamtorganisation rund 60 000. Das entspricht nicht den Fortschritten, die im Jahre 1906 erzielt wurden, aber das Jahr 1907 war nun einmal für die Gewerkschaftsarbeit nicht so günstig wie die früheren Jahre. Die Kräfte der organisierten Arbeiterschaft wurden im 1. Halbjahr fast ganz von dem Wahlkampf in Anspruch genommen, und im 2. Halbjahr war die gewerkschaftliche Agitation durch die einsetzende Krisis sehr erschwert. Unter diesen Verhältnissen ist die Zunahme von 60 000 Mitgliedern ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Damit hat die Gesamtorganisation die erste halbe Million von Mitgliedern überschritten. Hand in Hand mit dieser Zunahme der Mitgliederzahl ging eine Steigerung der wirtschaftlichen Erfolge und eine finanzielle Kräftigung der Organisationen. Diese zeigte sich auch in den vermehrten Einnahmen der Reichskommission. Sie betragen 101 824,93 K., somit 6378,41 K. mehr als im Vorjahre. Verausgab wurden insgesamt 100 960,23 K., davon 11 092,76 für das Reichssekretariat, 21 454,44 für die Landessekretariate, 16 374,24 Subventionen an andere Körperschaften und Einrichtungen, 9531,21 für Agitation und Organisation, 9660,83 für die *Gewerkschaft*, 12 126,36 an Kongresskosten. Durch Streiksammlungen wurden 91 958,60 aufgebracht. Darin sind die Einnahmen für den Solidaritätsfonds nicht mit einbegriffen.

Belgien Die belgische Gewerkschaftsbewegung entbehrt, wie wir jüngst erst ausgeführt haben (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1907, 1. Band, pag. 487) in ihren Grundsätzen und in ihrer Organisation durchaus der Einheitlichkeit. Man unterscheidet Gewerkschaften, die der Arbeiterpartei und der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, mit insgesamt 37 057 Mitgliedern, Gewerkschaften, die nur der Arbeiterpartei angeschlossen sind, mit 12 926 Mitgliedern, Gewerkschaften, die nur der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, mit 15 184 Mitgliedern, unabhängige Gewerkschaften mit 61 949 und christliche Gewerkschaften mit 31 000 Mitgliedern. Das wären insgesamt 158 116 Mitglieder von gewerkschaftlichen Organisationen. Soweit bekannt, sind im Baugewerbe erst 1,96 %, in der Holzindustrie 12,14 %, im Buchdruckgewerbe 41,1 %, in der Metallindustrie 19,47 %, in der Steinindustrie 27,98 %, in der Tabakindustrie 19,19 % der Berufsangehörigen organisiert. Die Gewerkschaftsbeiträge variieren zwischen 72 fr. bis herab auf 4,80 fr. pro Jahr. Auch aus diesem Bericht geht hervor, dass die belgische Gewerkschaftsbewegung noch viel zu wünschen übrig lässt, es kann aber gesagt werden, dass sich auch hier die Verhältnisse im letzten Jahre gebessert haben. Im Dezember hielt der Bergarbeiterverband seinen 19. Kongress ab. Diese Tagung war von besonderer Wichtigkeit, weil sie gegen die von der Bergindustrie geplanten Lohnreduktionen Stellung nahm. Es wurde beschlossen diesen Absichten der Unternehmer entschieden entgegenzutreten. Ferner wurde beschlossen im Falle der Ablehnung des von der sozialdemokratischen Partei im Parlament eingebrachten Gesetzentwurfs über den Achtstundentag durch eine Urabstimmung im Verband eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob auf das eventuelle Votum des Parlaments mit einem Generalstreik geantwortet werden soll. Während der Weihnachtsfeiertage fand in Molenbeck-Saint-Jex der 9. Kongress der belgischen Gewerkschaften statt. Es wurde beschlossen einen Reservefonds zu gründen, zu dem auch die Partei und die Genossenschaften, ferner die Unterstützungs- und Bildungsvereinigungen Beiträge leisten sollen. Im Prinzip stimmte der Kongress ferner der Schaffung eines Widerstandsfonds zu; endgültig soll darüber durch Urabstimmung

× ×

in den Gewerkschaften entschieden werden.

×  
**Kurze Chronik** Der Vorstand des Bäckerverbandes beabsichtigt eine Geschichte dieser Organisation herauszugeben. × In Leipzig hat die Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Jahre 1907 um 3504 zugenommen; in München ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im gleichen Zeitraum um rund 7000 gesteigert worden. × Die christlichen Gewerkschaften nahmen nach einer vorläufigen Berechnung des *Zentralblatts* im letzten Jahre um rund 30 000 zu.

## WISSENSCHAFT

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Werttheorie** Die kleine vom *Vorwärts*-verlag publizierte Broschüre Paul Fischers *Die*

*Marxsche Werttheorie* ist seinerzeit in der *Berliner Arbeiterbibliothek* der *Volkstribüne* erschienen und war damals unter dem Sozialistengesetz gewiss eine sehr verdienstvolle Arbeit. Ich entsinne mich noch des starken Eindrucks, den ich selbst von dieser übersichtlich klaren und flotten, logisch konzisen Darlegung der allgemeinen Grundsätze des *Kapitals* empfang. Heute, wo seit bald anderthalb Jahrzehnten der 3. Band des Marxschen Werkes vorliegt und das abgeschlossene System in seinem ganzen inneren Zusammenhang zum Gegenstand der Diskussion geworden ist, würde jedoch, wer sich an jener Skizze orientieren wollte, sehr schlecht beraten sein. Mit keinem Wort ist die so weit zurückliegende Entstehungszeit der Schrift erwähnt, mit keinem Worte darauf hingewiesen, dass die gegen Marx damals erhobenen Einwände, die Fischer mit vollem Recht als ein Gewebe plumper Missverständnisse verhöhnt, inzwischen auch bei den Gegnern ausser Kurs geraten sind. Das gilt vor allem von der früher so beliebten Unterschiebung, dass Marx sich seine Werttheorie erdacht habe, um im Namen des *Rechts auf den vollen Arbeitsertrag* die Unrechtmässigkeit des Mehrwerts und so der ganzen kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorzudemonstrieren, gilt von der Illusion durch eine Widerlegung jener Werttheorie den Sozialismus selbst widerlegen zu können. Mit dem Schwinden dieser schönen Hoffnung trat auch die unmittelbare, den Willen zur Erkenntnis fälschende Interessiertheit mehr in den

Hintergrund, man gewöhnte sich im generischen Lager daran die Marxsche Theorie wie andere Theorien zu betrachten, und die Polemik erhielt ein sachlicheres Rüstzeug.

Das *Wertgesetz*, so hatte Fischer damals die Marxsche Auffassung interpretiert, sei das »Grundgesetz einer historisch bestimmten Epoche«, nämlich der modernen Gesellschaft mit ihrer entwickelten Warenproduktion, es stehe »heute in voller Wirksamkeit« und biete »den Schlüssel zum Verständnis der ökonomischen Erscheinungen der heutigen Gesellschaft«. Im 3. Bande aber, wo Marx die Gesetze, die er hinsichtlich der Preis- und Einkommensbildung in der modernen Volkswirtschaft strikt konsequent aus seinem *Wertgesetz* abgeleitet, mit den Gesetzen, die jene Preis- und Einkommensbildung in Wirklichkeit aufweist, konfrontiert, klappt ihm ein offener Widerspruch entgegen. Es zeigte sich nicht etwa, dass beim Kauf oder Verkauf unter dem Einfluss besonderer Umstände (Verschiebung in dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage, Monopolstellung usw.) die Preise und Gewinnsätze in einzelnen Branchen zeitweilig, eventuell auch dauernd, von der nach seinem Arbeitswertgesetz erforderlichen Grösse abweichen. Das wäre gegen die Gültigkeit der Marxschen Werthypothese, wonach der Austausch normalerweise Austausch gleicher Arbeitsgrössen sein muss, noch durchaus kein Gegenbeweis. Denn wie soll hinsichtlich der Preis- und Gewinngrössen in einer auf freier Konkurrenz gegründeten Gesellschaft eine andere als eine nur *tendenzielle* Gesetzmässigkeit bestehen? Ein *Gesetz des Austausches* kann selbstverständlich nie und nimmer in dem Sinne eine letzte, nicht weiter auflösbare und darum strikte Kausalformel des Geschehens sein wie sie die Naturwissenschaften auf ihrem Gebiet mit dem Wort *Gesetz* bezeichnen. Der Name bedeutet hier offensichtlich immer nur eine Durchschnittsregel, deren Realisierung unter den jeweils gegebenen Produktionsverhältnissen durch das egoistisch interessierte und so gewissen regelnden Maximieren unterworfenen Verhalten der konkurrierenden Produktionsveranstalter kausal garantiert wird. Die Geltung einer solchen Austauschregel kann daher stets nur eine annähernd allgemeine, eine durch allerhand Umstände im einzelnen modifizierbare und modifizierte sein. Das Zurückgehen auf die dem interessierten Verhalten der Produktions-

und Austauschagenten notwendigerweise gesetzten Ziele — heute das Ziel nach möglichst hohem Kapitalgewinn —, ergänzt durch die Reflexion auf die konkreten Umstände, unter denen jenes durchgängige Zielstreben sich betätigen muss, ergibt mit der Einsicht in das ursächliche Begründetsein der *Regel* zugleich die Einsicht in die ursächliche Notwendigkeit partikulärer Abweichungen von ihr. Der Tatbestand, der sich bei der Vergleichung der kapitalistischen Wirklichkeit mit der aus jener Marxschen Hypothese des *Wertgesetzes* deduzierten Gesetzmässigkeit dann herausstellt, ist vielmehr der, dass das System der Preise, unter dem der Umsatz kapitalistisch erzeugter Produkte gegen Geld erfolgt und erfolgen muss, nicht etwa nur partikuläre Divergenzen von seinem *Wertgesetz* einschliesst sondern eine diesem im Prinzip widersprechende Gesetzmässigkeit aufweist.

Gemäss dem *Wertgesetz* muss sich die Grösse des Warenpreises nach dem notwendigen Arbeitsgehalt der betreffenden Waren, die Grösse des Profits nach der Menge der in ihnen verkörperten Mehrarbeit bestimmen. Das Jahresprodukt gleich grosser in verschiedenen Branchen angelegter Kapitale schliesst aber, je nachdem — von anderen Momenten abgesehen — der Grad der technisch maschinellen Entwicklung in diesen Branchen differiert, offenbar einen ganz verschiedenen zusätzlichen Arbeitsaufwand ein. Der in einer Branche von hochentwickelter Maschinenteknik sein Kapital anlegende Unternehmer wird nur einen Bruchteil der Arbeiterzahl beschäftigen und ausbeuten, die sein Kollege hat, der gleich viel Kapital in einer technisch weniger vorgeschrittenen Branche anlegt. Mit den verschiedenen Mengen zusätzlichen Arbeitsaufwandes im jährlichen Produkt gleich grosser Kapitale variiert aber natürlich auch die in diesen Jahresprodukten steckende Menge der *unbezahlten Arbeit*, des Mehrwerts. Wogegen das System der kapitalistischen Preisbildung auf grund des allseitigen Unternehmerstrebens nach möglichst hoher Kapitalverwertung sich unter dem Zwang der Konkurrenz selbstverständlich so regeln muss, dass die Geldgewinne gleich grosser Kapitale der Tendenz nach in den verschiedenen Branchen annähernd gleich stehen, die Profitrate sich nivelliert. Diese Antinomie, die zwischen der Hypothese, dass die Arbeitsmenge den Wert und Preis, dass mithin die Mehrarbeit den Mehrwert

oder Preisüberschuss bestimme, und jenem Geregeltsein des Preissystems nach dem Prinzip des gleichen Durchschnittsgewinns besteht, ist aphoristisch von Ricardo schon bemerkt. Sie auf der Basis einer methodisch-konsequenten Durchführung der Arbeitswerthypothese zu völliger Evidenz gebracht zu haben zählt zu den grössten Verdiensten des Marxschen *Kapitals*.

Hier ist der Punkt gegeben, an dem seither die Polemik — und, wie man nicht bestreiten kann, mit gutem Recht — eingesetzt hat. Denn Marx — statt nach Konstatierung der prinzipiellen Divergenz nun den Schluss zu ziehen, dass das angebliche *Wertgesetz*, von dem er ausging, in Wahrheit nicht als ein notwendig immanentes Gesetz des Austausches gelten kann, vielmehr nur eine provisorische Annahme darstellt, die versuchsweise zur Erklärung der kapitalistischen Preis- und Einkommenphänomene angewandt werden konnte, aber bei Ausföhrung des Versuches zu evidenten Widersprüchen föhrt — bemüht sich auf allerhand Umwegen trotzdem der Hypothese den Anschein eines wirklich wirksamen Gesetzes zu bewahren. Wenn es früher hiess, das *Wertgesetz* bedürfe zur Wirksamkeit der Konkurrenz, die sich mit voller Energie doch nur in einer kapitalistischen Gesellschaft entfaltet, wird nun gesagt, es habe seine unmittelbare Geltung umgekehrt gerade in den v o r kapitalistischen Epochen der Warenproduktion. In der kapitalistischen Gesellschaft verschwinde es freilich von der Oberfläche, doch nur, um die geheime Kraft in einer höheren Sphäre zu betätigen. Nämlich, wenn auch die Profite und damit die Preise, die beim Umsatz der einzelnen Kapitalprodukte in den verschiedenen Branchen erzielt werden, von den durchs *Wertgesetz* geforderten abweichen müssen, sei ja damit über die Preissumme des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und die Gesamtsumme aller Profite noch nichts ausgemacht. Und hier in der Normierung dieser Totalsummen erweise das nur in dem Detail des Umsatzes in Ruhestand versetzte *Arbeitswertgesetz* doch wieder seine Geltung. Ein Versuch jedoch dies in *abstracto* ja denkbare Verhältnis als ein kausal, das heisst durch die Konkurrenz des Gewinnstrebens notwendig garantiertes nachzuweisen wird gar nicht unternommen; er hätte, wie leicht nachzuweisen, auch notwendig scheitern müssen. Dass aber Marx trotz des vorhandenen

Widerspruchs so zäh an seinem *Wertgesetz* festhält, hat seine Erklärung darin, dass ihm von vornherein jede tiefer gehende Analyse der kapitalistischen Warenproduktion und -verteilung, die nicht vom Austausch gleicher Arbeitsgrößen als Grundgesetz ausgeht, unmöglich schien. Das *Wertgesetz* aufgeben bedeutete in seinen Augen so viel wie auf jede methodische Untersuchung der Beziehungen verzichten, die in der modernen Wirtschaft zwischen den Preis- und den Arbeitsgrößen der Waren, zwischen der Grösse der vom Arbeiter vollbrachten Arbeitsleistung und seinem Arbeitsentgelt bestehen: auf den Nachweis der Mehrarbeit und der die Mehrarbeitsrate regelnden Bestimmungen verzichten.

Ein System kann durch die Aufdeckung von Widersprüchen erschüttert, aber nach dem bekannten Worte nur durch ein neues wirklich *überwunden* werden. Der negativ polemischen Kritik, dem Nachweis der Mängel, muss der Nachweis folgen, dass und wie die Aufgaben, die dort keine widerspruchsfreie Erledigung fanden, nach einer anderen Methode ihrer Lösung näher zu bringen sind. Ein Zurück zu den nichtssagenden Banalitäten der alten *Vulgärökonomie* oder der neueren wohl noch unfruchtbareren *Grenznutzentheorie* ist für jeden, dem die Bedeutung der von Marx ergriffenen Probleme einmal klar geworden, ganz unmöglich. Es handelt sich deshalb darum die Marxsche Ansicht, es gäbe für eine ins Innere eindringende Analyse keinen anderen Stütz- und Ausgangspunkt der Deduktion als die Hypostasierung jenes unbewiesenen, unbeweisbaren und schliesslich durch die Konsequenzen sich selbst widerlegenden *Wertgesetzes*, in positiver Weise nachzuprüfen. Nur durch ein positives theoretisches Experiment lässt sich die Streitfrage zu einem Austrag bringen: durch den Versuch, ob es gelingt, ausgehend von den allgemeinsten Bestimmungen der Warenproduktion, ohne eine Unterstellung des *Arbeitswertgesetzes*, die Gesetzmässigkeit, der der Gesamtprozess der kapitalistischen Ökonomie kausal notwendig unterworfen ist, zu eruieren. Die Entwicklung hätte an den offenkundig notwendigen, das heisst durch das egoistisch interessierte Verhalten der Produktions- und Austauschagenten zweifellos sicher garantierten Bestimmungen fort zu gehen und dann erst zu erforschen, was aus diesen gesicherten Bestimmungen — denen sich eines bekannte, oben erwähnte regulie-

rende Prinzip kapitalistischer Preisbildung natürlich eingliedert — bei kapitalistischer Wirtschaft hinsichtlich des Verhältnisses der Preisgrößen der Waren zu ihren Arbeitsgrößen sowie der Arbeitsleistung zum Entgelt der Arbeit kausal notwendig folgt. Nach der theoretischen Riesenarbeit, die Marx auf dem von ihm gewählten Weg vollbracht hat, sind die Schwierigkeiten, die der Durchführung eines solchen Versuches sonst entgegenstehen würden, aufs äusserste gemindert. Die *Umstülpung* der Marxschen Methode in einem solchen Experiment böte die Handhabe all die von ihm untersuchten Probleme von einer Basis aus, die nicht mehr auf einer Hypothese ruht, zu behandeln; mit der Ausschaltung des *Wertgesetzes* als Deduktionsprinzip würden, wenn der Versuch gelänge, die daraus resultierenden Widersprüche in ihrer Wurzel abgeschnitten sein.

Von neueren Aufsätzen, die gegen die Marxsche Werttheorie, in der Ausgestaltung, die sie im 3. Band erhält, polemisieren, seien die, freilich mit schwerem Formelkram belasteten, aber prinzipiell interessanten Ausführungen des Professors von Bortkiewicz *Wertrechnung und Preisrechnung* im Marxschen System, erschienen im *Archiv für Sozialwissenschaft*, namentlich erwähnt. Auch Tugan-Baranowskijs Selbstverteidigung in der *Neuen Zeit* bringt in der Hinsicht manches Anregende, so seltsam des Verfassers unentwegtes Festhalten an seiner früher hier in den *Sozialistischen Monatsheften* (1901, 2. Band, pag. 669 ff.) ausführlich kritisierten Krisentheorie erscheint.

X

X

**Neuauflagen** In seiner Sammlung *Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik* / Leipzig, Hirschfeld/ hat Georg Adler auch des bei Marx zitierten John Gray Schrift *Vom menschlichen Glück* in deutscher Übersetzung herausgegeben. Ein Vorwort legt die Verbindungsfäden klar, durch die Grays Kritik — das Büchlein erschien 1820 — mit den Ausführungen Owens und Thompsons interessantem *Inquiry into the principles of the distribution of wealth the most conducive to human happiness* zusammenhängt. Danach wäre die Originalität John Grays nicht sehr gross. X Die *Soziologie* des Auguste Comte ist jetzt in einer 2 bändigen Ausgabe bei Gustav Fischer in Jena deutsch erschienen; die Einleitung schrieb der Hallenser Professor Waentig.

X Des Philosophen Eduard von Hartmann *Soziale Kernfragen* sind in der *Deutschen Bücherei* in Berlin von neuem aufgelegt. Unbeschadet mancher interessanten Ausführungen bieten sie doch eine charakteristische Illustration für seines grossen Lehrmeisters Schopenhauers Satz von dem Primat des Willens über den Intellekt. Man erstaunt immer wieder, wie ererbte oder erworbene Instinkte einen Geist, der sich in anderer Hinsicht von allem Autoritätsglauben so gründlich frei gemacht, bis zu dem Grad irreführen und verblenden können, dass er bei seinen Angriffen auf die Sozialdemokratie die stumpfsten Philisterargumente kritiklos wiederholt oder noch übertrumpft. Schon die Parteen seiner berühmten *Phänomenologie des sittlichen Bewusstseins*, in denen er einen prinzipiellen Gegensatz zwischen den sozialistischen Idealen und den Idealen des Kulturfortschritts herauszudestillieren sucht, waren arg kompromittierend, aber man konnte die allgemeine Unkenntnis, die damals am Ausgang der siebziger Jahre in Sachen des Marxismus herrschte, noch als mildernden Umstand anführen. Jedoch der Wandel der Zeiten hat sein Verständnis nicht gebessert. In dieser z., 1906 kurz vor seinem Tode von ihm durchgearbeiteten Ausgabe der *Kernfragen* hantiert er in heiterer Unbefangenheit gelegentlich noch immer mit den ältesten Kindermärchen. »Nicht die soziale, wohl aber die demokratische Seite der sozialdemokratischen Lehre« heisst es zum Beispiel im 1. Bändchen, »verlangt eine völlige Gleichstellung aller Arbeiter in bezug auf ihren Anteil am Arbeitsertrag. Der dumme, ungeschickte und faule Arbeiter soll den gleichen Lohn erhalten wie der intelligente, geschickte und fleissige . . .«. Das mag als Stichprobe genügen. X Leon Zeitlin hat unter dem Titel *Sozialstatistik* eine Auswahl der Vorlesungen, die der verstorbene Dr. Gottlieb Schnapper-Arndt über Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Moral- und Justizstatistik hielt, veröffentlicht /Leipzig, Klinkhardt/ und die Zahlen nach den letzten statistischen Publikationen ergänzt. Die Tabellen treten, was sicherlich ein Vorzug ist und dem Buch weitere Verbreitung schaffen wird, an Umfang weit hinter den lebendig geschriebenen Text zurück.

X *Kurze Chronik* Das *Internationale Institut für Sozialbibliographie* erhält jetzt jährlich eine Reichsunterstützung von 15 000 M.

Es will sie zur Vollendung eines *Führers durch die internationalen sozialwissenschaftlichen Zeitschriften* verwenden. X Professor R. Ehrenberg entwirft in seinem *Thünenarchiv* einen Plan zur Errichtung eines *Instituts für exakte Wirtschaftsforschung*, das sich mit dem Brüsseler *Institut de Sociologie* berühren soll. Die Kostendeckung würde jährlich ungefähr 30- bis 40 000 M. erfordern. X In der *Frankfurter Zeitung* ist von Dr. R. Brunhuber die Gründung eines *Archivs für Zeitungskunde* angeregt worden. X Der Bonner Dozent A. Weber spricht in einer kleinen instruktiven Schrift über *Die Grossstadt und ihre sozialen Probleme* /Leipzig, Quelle-Meyer/. X *Die freudige Welt* des holländischen Dichters Frederik van Eeden (deutsch von Else Otten /Berlin, Schuster & Loeffler/) propagiert eine Erneuerung des Gesellschaftslebens im Sinne und mit den Argumenten älterer Utopisten. Der Autor dementiert sich übrigens in der der Übersetzung angefügten *Nachschrift* selbst. Er erklärt den Glauben an die soziale Umgestaltungsmacht individueller Moral, worauf er bei der Abfassung des Buches all seine Hoffnungen gesetzt, eingebüsst zu haben. Was bleibt dann aber von dem Werk?

X *Literatur* Von Professor J. Conrads *Grundriss zum Studium der politischen Ökonomie* /Jena, Gustav Fischer/ ist der z., die *Volkswirtschaftspolitik* behandelnde Band jetzt in 5. Auflage herausgekommen. Die einschlägigen Materien werden mit ausgebreiteter Sachkenntnis grösstenteils historisch und international vergleichend erörtert, die Darstellung zeigt bei aller Komprimiertheit doch eine angenehme Flüssigkeit des Stils. Der Verfasser tritt in dem Kapitel über die *Arbeiterfrage* zuerst mit einem gewissen Liberalismus für Sicherung und Fortbildung des Koalitionsrechts ein, schwenkt aber, sobald er auf den Kontraktbruch und den Schutz der sogenannten *Arbeitswilligen* zu sprechen kommt, ins Fahrwasser reaktionärer Scharfmacher ab. Er bringt es fertig sich im Prinzip mit der verrufenen *Zuchthausvorlage*, die in ihren Strafbestimmungen nur über das gebotene Mass hinausgegangen sei, einverstanden zu erklären. X Eine Broschüre des Leipziger Privatdozenten Dr. Biermann *Die Weltanschauung des Marxismus* /Leipzig, Roth & Schunke/ skizziert recht fasslich und mit offensichtlichem Be-

mühen um Objektivität die Marxsche Wert- und Geschichtstheorie und wiederholt die üblichen Einwände dagegen. × Kurz, doch ungewöhnlich inhaltsreich und anregend ist Ferdinand Tönnies' *Entwicklung der sozialen Frage* /Leipzig, Göschen/. Auch wer auf dem Gebiet nicht unbewandert ist, ja der vielleicht am meisten, wird aus dem Büchlein lernen, das mit einem allgemeinen Ausblick auf die Grundlagen der sozialen Fragen beginnend deren Entwicklung in England, Frankreich und Deutschland, ihren gegenwärtigen Stand und ihre Chancen resümierend schildert. Die Auffassung des Autor ist entschieden freiheitlich, er verschmäht es seine Stellung durch ängstliche, ausgeklügelte Kautelen zu verdunkeln.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hochdorf

Busch † Um ein Jahrfünt hat Wilhelm Busch die papierne Feier überlebt, die ihm zum 70. Geburtstag veranstaltet wurde. Als er kürzlich starb, hatten die berufsmässigen Psalmensänger nichts Besseres zu tun als ihr altes Lob von frischem zu verkünden. Da ist manches Wort gesagt worden über den meisterlichen Zeichner, über den klassischen Reimer und erstzunehmenden Philosophen. Viele sahen in Busch ihren Freund, die sich nie besannen, dass dem Künstler solche Brüderschaft gar nicht passte. Das waren nämlich die lauen und lustigen Menschen, die an des Geschickes Tragik mit oberflächlicher Witzelei vorüberhuschen. Man hat Wilhelm Busch ein strafbares Unrecht getan, dass man seinen Spott so wenig aufreizend fand. Der Mann ist viel bissiger gewesen, viel gefährlicher, viel persönlicher und gar nicht geeignet zum Kinderstübendichter und Familienhort. Die ihn so sänftiglich sahen, verstanden ihn gar nicht. Er war ein toller Kerl, den wir lieben müssen, weil er ohne Erbarmen Heuchelei und Philisterei zerstört hat. Es ist nicht wahr, dass er ein Lachhannes für den Sempel gewesen ist. Er war ein hoher Individualist und anarchischer Eiferer von der gleichen Gattung, die heute noch im russischen Leo Tolstoj mächtig weiterlebt. Der eine arbeitet mit Pathos und mit dem lieben Gott, der zweite mit der Komik und mit der verzerrten Linie. Sie sind nur Arbeiter mit verschiedenem Handwerkszeug; ihr Geist und ihre Absicht jedoch sind sehr verwandt. An

Wilhelm Busch haben sich die aufgeklärten Mucker nicht gewagt, weil sie nicht klug genug waren seine Satire zu fassen.

× Satirisches Was ist denn überhaupt Satirisches? Nicht das gemütlliche Hinnehmen und Ausspotten der menschlichen Dummheiten. Satire ist eine Tat der Verzweiflung, der Zwang etwas zu zerstören, das morsch und in Verwesung ist. Der beste Satiriker ist der erbarmungsloseste, nicht der versöhnende, der immer wieder glaubt, dass die Welt prächtig und gut und gescheut sei. Es soll optimistische Satiriker geben, aber das sind bloss schwache und dürrtliche, solche, deren Courage lahm und lässig ist. Man vergleiche die Grundstimmung, die im seligen Busch herrscht, mit der schämigen Ironie, die den jüngsten Roman des Wilhelm Hegeler durchzieht. Der Roman heisst *Das Argernis* /Berlin, S. Fischer/. Er will gegen die angehen, die in der nackten Kunst eine Schweinerei finden, weil sie entweder ihrer Veranlagung nach verkümmertem Gemüt sind oder nach dem Austollen der Jugend sich zur scheinheiligen Zimmerlichkeit bekehren. Ein Brunnen mit nackten Frauengestalten ist das Argernis, das eine Kleinstadt aufstöbert. Das ist schon dramatisch dargestellt worden. Wilhelm Hegeler schrieb früher besser, sorgfältiger, weniger fix und weniger fad. Jetzt tritt er die Dinge breit. Jetzt hat er vielleicht mehr Freunde, aber geringeren Ernst. Und das ist bedauerlich.

Ein Sittenheuchler zerschlägt die nackte Schönheit, weil sie seinen Augen ein Greuel ist. Das ist nun schon oft in Zeitungen berichtet worden, und darum ist es ja kein Zufall, dass solch böses Geschehnis im *Argernis* eine Rolle spielt, dass sich das gleiche Thema in einer Schnurre der Ludwig Thoma'schen *Kleinstadtgeschichten* /München, Langen/ findet. Dieser *Lausbube* Thoma ist stets ein munterer, derber Kerl gewesen, doch sein letzter Band ist nicht ganz geraten. Die Sarkasmen auf alles und auf nichts sitzen diesmal nicht ganz so fest.

Der Wiener Peter Altenberg macht schlechte Verse, er machte aber einmal entzückende Geschichtchen, deren Duft so süß und gleichzeitig so zerstörend war, dass ein recht Radikaler ihm anhing. Altenberg war ein fremd-

artiger Schwärmer, der in unserer Gefühlsmacht ein seltsames Gestirn bedeutete, nämlich den Leitstern zum Zigeunerstolze, zur Einsamkeit des verlederten Verfallmenschen. Er zeigt diesen Dekadenten manchmal verlockend, wie er gewissermassen sich hinopfert, damit die Normalmenschen zu selteneren Nervenfeinheiten erzogen werden. Er wusste, dass wir gleich Tölpeln in unseren Kindern einen falschen Ton hören; er wusste, dass unser Glück nicht im Besitz sondern im Geniessen besteht. Und er dichtete eine Genussphilosophie für den armen Schlucker. Wilhelm Busch mag wohl die verborgene Musik dieser Lehre verspürt und gelobt haben. Er wird aber auch wohl gemerkt haben, dass Altenberg nicht das Zeug besass ein Evangelist zu werden, dass er unter tausend Worten höchstens eine Viertelperle sprach. Altenberg will das nicht merken. Und das ist schlimm. Der Mangel an Selbsterkenntnis, besser noch der Egoismus des Ruhmsüchtigen, verführt ihn dazu seine eigene Lehre zu parodieren, miserabel zu parodieren. So hat er die *Märchen des Lebens* /Berlin, S. Fischer/ niedergeschrieben. Er ist zerbrochen und fertig. Er hat sich selbst einmal so wichtig genommen, dass man seiner jetzigen Wichtigtuerei die Wahrheit entgegenhalten muss, mag er auch daran sterben.

×  
**Romane** Stirbt einer überhaupt an der Wahrheit? Glaubt man dem Pathetiker Georg Hirschfeld, dann ist die Wahrheit im Gegenteil ein köstliches Lebenselixier. Man sehe nur zu, wie der Wirt von Veladuz, Jakob Freydank, durch die Ausdauer bei der Wahrheit in sittlicher und körperlicher Kernigkeit erhalten bleibt. In dem *Wirt von Veladuz* /Berlin, S. Fischer/, dem neuesten Roman Hirschfelds, begibt sich das Wunder. Im Berglande der Schweiz liegt das schöne Veladuz. Erst ist es eine herrliche Einsamkeit. Dann wird es ein Ort der leidenschaftlichsten Menschenverirrung. Der Mann, der das verlorene Land für eine moderne Kulturmenschlichkeit gewann, geht zu grunde an der Überspanntheit seines Ehrgeizes, der nicht im gleichen Verhältnisse zur Schwäche seines Charakters stand. Kranke Gemüter stecken gesunde an mit Lüge, mit verlogener Sinnlichkeit, mit entgleister Moral, mit Habsucht und mit Heuchelei. Die wahrhaftige Tochter und der Sohn

des Wirtes Jakob Freydank werden fortgerissen von solcher Falschheit. Der Kampf von Kultur und Natur sind gezeigt; er sollte vielmehr gezeigt werden. Georg Hirschfeld hat sicherlich noch Kraft und auch Willen. Aber alles zer rinnt ihm. Die *Gartenlaube* blendet ihn, und so stellt er sich freiwillig in eine Reihe mit den Routiniers. Man kann das gleiche von Felix Hollaender behaupten, der in *Charlotte Adutti* /Berlin, Wedekind/ eine heftige Sünde gegen den heiligen Geist der Literatur beging.

Gar keine Routiniers sondern im Gegenteil recht ungeschickte Herren sind Josef Kohler und Friedrich Fürst Wrede. Sie beide haben eine grosse, eine ideelle Absicht sogar. Das überrascht weder bei Kohler noch bei dem Fürsten Wrede. Kohler ist der bekannte Rechtsgelehrte, der in allen Künsten während seiner Mussestunden Verheerungen anrichtet. Die Lyrik Kohlers und seine ästhetischen Aufsätze haben mir stets die Frage nahegelegt, wie es möglich sei, dass in einem so hochgelehrten Manne so viel Mangel an Kunsturteil und Geschmack zu Hause sein könne. Max Müller und Hermann Grimm waren gewiss keine schaffenden Poetennaturen, die äusserster Strenge widerstehen konnten. Aber die wundervolle Persönlichkeit redete hinter ihren poetischen Versuchen. Sie erzählten mit dem grossen Herzen und mit der weit-sichtigen Vernunft. Und ihre Romane sind dennoch eine Freude dem Mann, der sich an so viel menschlicher Reife bildet. Aber Josef Kohlers Roman *Eine Faustnatur* /Berlin, Concordia/ ist das ganz ungenügende Extemporale eines Dilettanten. Ein Primaner hätte das besser gemacht. Er hätte besser erzählt von den Seelenzwistigkeiten dieses Gelehrten, der zwischen Frauenliebe und der Begeisterung zum Wissen schwankt, der sich nicht in das Herz einer Frau einleben kann, weil seine Ideen an Heiligerem haften. Fürst Wrede ist ein verkappter Soziologe. Er kapriziert sich jedoch auf die Form des Romans, und sein Werk *Das Liebesleben des Menschen* /Berlin, E. Hofmann/ hat durch diesen Irrtum unglaublich gelitten. Fürst Wrede kann nicht so erzählen, dass er künstlerisch in betracht käme. Er will zeigen, wie die Liebesbetätigung, deutlicher gesagt: der Geschlechtstrieb, die Menschen der Gegenwart lenkt. Er bringt Menschen aller Gattung und Richtung, lüsterne, kühle,

homosexuelle und heterosexuelle, geschlechtslose und geschlechtstolle zusammen. Die Konstruktion des Ganzen ist zu deutlich, und wo irgend ein Gefühl die erklügelten Geschöpfe beseelen soll, da verfällt der Verfasser in öde Alltäglichkeit und Frivolität. Der Stil des Fürsten ist stellenweise von beklagenswerter Lächerlichkeit.

× **Kurze Chronik** Der grosse Künstler Anatole France hat soeben den 1. Band einer Jeanne

d'Arc-Biographie bei Calman Lévy in Paris erscheinen lassen. Dieser in edlem Französisch geschriebene Band führt das Leben der Jungfrau bis zur Königskrönung in Reims. Der 2. Band wird die psychologische Ausdeutung und das Dokumentenmaterial des Prozesses bringen.

× Die Gräfin Reventlow übersetzte Maupassants *Bauerngeschichten* für Langen in München. Französisches Patois ersetzt sie oft geschickt durch Niederdeutsch. × Die *Reisebriefe* der Lady Montague übersetzt Max Bauer aus dem Englischen /Berlin, Seemann/. 1716 bis 1718 fand diese Reise statt; sie ging über Wien nach dem Balkan.

## DIVERSA

### Bücher

**Gurlitt: Der Verkehr mit meinen Kindern** Ludwig Gurlitt erzählt in seinem Buch *Der Verkehr mit meinen Kindern* /Berlin Concordia/ viel von der Art, wie er mit seinen Jungen umgeht, und es ist eine frohe Sache einen Erzieher mit solch ungeheucheltem Vergnügen und Lustigkeit von seinem Amt sprechen zu hören. Seine Jungen haben es gut, und er nicht minder: das klingt durch das ganze Buch und erfreut. Im Anfang entwickelt er seine theoretischen Ansichten in erster Reihe über den Kleinkinderunterricht und betont unter anderem wieder, dass die Arbeit des Schreibenlernens den Kindern unendlich erleichtert werden würde, wenn vorher das Zeichnen ihnen ganz in Fleisch und Blut übergegangen wäre. Gurlitt hat seine Kinder erst mit dem 8. oder 9. Jahre schreiben lernen lassen, sie bis dahin aber zeichnerisch unausgesetzt angeregt, sowohl sie selbst zeichnen lassen als auch alle Dinge, von denen sie hörten, ihnen vorgezeichnet, so dass den Begriffen, soweit es ging, stets ein anschauliches Bild mitgegeben war. Dass den Kindern dabei ein viel lebendigeres Umgehen mit ihnen ermöglicht ist, liegt auf der Hand.

Gurlitt verspricht sich aber von dieser Methode auch ein Hineinwachsen in die Kunst, und das scheint grundfalsch. Wenn seine Jungen künstlerisch empfinden, so tun sie es wohl losgelöst davon, denn diese Bilderchen scheinen mir nicht viel mehr zu bedeuten als eine Art Bilderschrift für die Kinder, die zwar immer Vorzüge vor der Buchstabenschrift hat, die aber künstlerisch vollständig indifferent ist. Im Gegenteil finde ich in den dort abgedruckten Zeichnungen eine nicht angenehme Routine, die die Jungen, wenn sie einmal Maler werden sollten, erst gründlich verlernen müssten. Immer in der selben geschickten Weise ist da ein Haus oder Baum wie hingeschrieben ohne jede künstlerische Färbung.

Den grössten Teil des Büchleins nimmt die Erzählung von Gurlitts Leben in Tölz ein, und wie er an die dortigen Gänge seinen Natur- und Geschichtsunterricht geknüpft hat, an dem die Kinder durch eigne Fragen und Kopfzerbrechen produktiv mitgearbeitet haben. Das ist riesig lebendig gemacht und wirkt selbst im Bericht überaus anregend. Und doch, auch dagegen habe ich Bedenken, die allerdings sehr vager Art sind und sich nur auf einige abgerissene Eindrücke stützen. Kinder scheinen mir auf bestimmte Vorstellungen, an die sich für sie stark subjektives Empfinden knüpft und die sie einmal in ihrer ganzen lebendigen Kraft mit der Phantasie aufgenommen haben, durchaus eifersüchtig; sie wollen sie mit keinem teilen, auch nicht dem besten Freunde, geschweige dem Lehrer. Nachts in aller Heimlichkeit holen sie sie wohl vor und halten ihre Zwiesprache mit diesen Bildern. Ich fürchte, dass Gurlitt für diesen heimlichen Kult zu wenig übrig lässt und manches vorholt, was zum gemeinsamen Gespräch den Kindern zu nahe ist. Es wird da erzählt, wie die von der Pest heimgesuchten Tölzer Bauern zum wunderwürdigen Muttergottesbilde des nächsten Dorfes wallfahrten; von den Nachbarn werden sie aus Angst vor Ansteckung mit Gewalt zurückgetrieben. Die Verzweiflung und Wut der ihrer letzten Hoffnung beraubten Tölzer durfte nun nicht in so breiter Ausmalung den Kindern gegeben werden wie Gurlitt es tut; hier hätten Andeutungen genügt, und die Ausmalungen, mit denen die eigene Phantasie der Kinder den Vorgang begleitet hätte, wären, wenn sie auch dürftiger ausgefallen wären, für die Kinder selbst lebendiger und um vieles wertvoller gewesen.

LISBETH STERN







WILHELM BÜSCHHOLTZ F. AUFNAHME.  
MÄRZ 1907